

Ausg. Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung (02 28) 304-10 / Vertrieb (02 28) 304-10 / Druckerei (02 28) 304-10
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr., Dänemark 8,00 dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 1300 Din., Luxemburg 36,00 Fr.
Niederlande 2,00 flr., Norwegen 7,50 kr., Österreich 13 S., Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 sfr., Schweden 1,00 skr., Spanien 125 Ptas., Tschechoslowakei 150 Pts.

POLITIK

US-Zurückhaltung: Vizepräsident Bush bekräftigt nach der Begegnung mit Tschernenko die Haltung Washingtons: „Wir wollen Taten sehen und nicht Worte.“ Amerikanische Zurückhaltung über Gipfelfreund.

Nationale Frage: Zwischen Bonn und Moskau stehe „die ungelöste nationale Frage des deutschen Volkes mit ihren vielen Belastungen, darüber hinaus aber auch das politische Expansionsstreben Moskaus mittels Übermacht und Einschüchterung“, so Staatsminister Mertes. (S. 12)

Panzer für Ägypten: Die Bundesregierung ist nach eigenen Angaben bisher nicht mit den Überlegungen von Krauss-Maffei zur Entwicklung eines Panzers für Ägypten befasst worden. (S. 1)

Nahost-Runde in USA: König Hussein von Jordanien lehnte bei einem Treffen mit Präsident Reagan in Washington eine Schlüsselrolle Jordaniens bei der Beilegung der Libanon-Krise ab. (S. 5)

Kanzler-Gespräche: Nach seiner Unterredung mit SED-Chef Honnecker am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Staats- und Parteichef Andropow hatte Bundeskanzler Kohl eine erste Begegnung mit Andropow-Nachfolger Tschernenko. (S. 12)

Mahnwache: Etwa 1000 Jugendliche aus der „DDR“ haben an der Ruine der Frauenkirche in Dresden eine spontane Mahnwache für den Frieden gehalten. (S. 12)

Golfkrieg: Irak beschloß eine einwöchige Pause in den Luft- und Raketenangriffen auf Iran.

Panama: Vizepräsident Illneca übernimmt überraschend die Staatsführung, nachdem Präsident de la Espartero und sein Kabinett ohne Angabe von Gründen zurückgetreten waren. (S. 6)

Neuzeit: Untersuchungsausschuß im Fall Kießling hört erstmals MAD-Offiziere. US-Vizepräsident Bush bei Mitterrand in Paris.

Silber für Angerer

- Im Biathlon über 10 Kilometer holte Peter Angerer aus Hammer die Silbermedaille hinter dem Norweger Kvåfoss. Über 20 Kilometer hatte er am Wochenende Gold gewonnen. S. 9
- Im Riesentorlauf siegte der Schweizer Max Julien vor dem Jugoslawen Franko. S. 9
- Gaetan Boucher aus Kanada holte Gold im 1000-m-Eisprint.



Sarajevo '84

WIRTSCHAFT

Exporte: Im Osthandel erzielte die Bundesrepublik 1983 einen Überschuss von 370 Millionen DM, nach einem Defizit von 837 Millionen im Vorjahr. - Im USA-Handel ergab sich ein Überschuss von 5,2 Milliarden DM. (S. 13)

Krauss-Maffei: Umsatz 1983 rund 2,24 Milliarden DM (1982: 1,57 Milliarden). (S. 15)

Butterfahrten: Kurz-Butterfahrten an den norddeutschen Küsten sind unzulässig, wenn im Ausland kein wirklicher Landgang stattgefunden hat, entschied der Europäische Gerichtshof.

Genossenschaftsbanken: Die Bilanzsumme der 3800 Volks- und

Raiffeisenbanken erhöhte sich 1983 um 7,9 Prozent auf 365 Milliarden DM. (S. 13)

Ford: Nach drei verlustreichen Jahren verdiente der zweitgrößte US-Autokonzern 1983 nach Steuern 1,87 Milliarden DM. (S. 15)

Großhandel: Der Preisauftrieb beschleunigte sich im Januar auf eine Jahresrate von 3,4 Prozent.

Börse: Fehlende Aufnahmebereitschaft führte an den Aktienmärkten wieder zu nachgebenden Kursen. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 150,3 (151,4). Dollarmittelkurs 2,7430 (2,7371) Mark. Goldpreis pro Feinunze 376,00 (376,85) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Wir sind auf das Détente-Gerede im Erstauflauf hereingefallen. Deshalb sollten wir ihm nicht ein zweites Mal auf den Leim gehen.“

US-Senator Patrick Moynihan FOTO: DIE WELT

KULTUR

Stavengagen: Nach dem Tod des aus Deutschland stammenden Kunstmalers Kurt Stavengagen in Mexiko City streiten sich die mexikanischen Museen um seinen Nachlaß. Mit etwa 7000 Objekten hat Stavengagen die bedeutendste Privatsammlung präkolumbischer Kunst zusammengetragen. (S. 19)

Kirchen: Den ökumenischen Geist des Luther-Jahres würdigte der EKD-Vorsitzende Bischof Eduard Lohse in einem Brief an Papst Johannes Paul II. Noch vor kurzem sei undenkbar gewesen, daß sich Katholiken an den großen Feiern zum 500. Geburtstag des Reformators beteiligen würden. (S. 4)

AUS ALLER WELT

Herstatt-Prozess: Die Staatsanwaltschaft fordert fünf Jahre Haft gegen den früheren Bankier wegen des früheren Bankrotts und Untreue. Der 70jährige sei dafür verantwortlich, daß beim Zusammenbruch der Herstatt-Bank 1974 mehr als 50 000 Bankkunden Gefahr liefen, ihre Einlagen zu verlieren. (S. 20)

Anastasia: 63jährig ist in Charlottesville im US-Bundesstaat Virginia Anna Anderson gestorben, die vor Jahren aufsehen erregte, als sie behauptete, die Zarentochter Anastasia zu sein.

Wetter: Ruhiges und niederschlagsreiches Hochdruckwetter. 0 bis 4 Grad. Nachtfrost.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Amateure mit Klaus Blume über die olympische Zulassungsregel. S. 2
- Banken:** M.P. geht - und die Dresdner auf Ruhe - Von Claus Dertinger. S. 3
- Personalstrukturgesetz:** Wie kann der Bundesgrenzschutz der Überalterung Herr werden? S. 4
- Düsseldorf:** Den Schwarzen Peter gibt die Regierung Johannes Rau nach Bonn weiter. S. 4
- Libanon:** Sieger von Beirut sitzen in selbstgelegter Falle; ernste Versorgungsprobleme. S. 5
- Bonn:** Hat das Bildungsministerium zu wenig Zurückhaltung? Änderungen stehen an. S. 5
- Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 8
- Fernsehen:** Bundesminister Windelenz verließ Jakob Kaiser und Ernst Reuter-Preis. S. 8
- Fußball:** Nach Kälteeinbruch mußte Bundestrainer Derwall das Trainingslager absagen. S. 10
- New York:** Im Waldorf-Astoria lebt der kleine Unterschied; Hamburger auf Silbertablett. S. 20

US-Senator: Westen darf sich von Tschernenko nicht täuschen lassen

Warnung vor „Beförungen“ / Hinweis auf Krankheit des neuen KP-Chefs

In den Hauptstädten des Westens festigt sich der Eindruck, daß unter dem neuen sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko keine gravierende Änderung der Kreni-Politik eintreten wird. Eine Folge dieser Einschätzung ist offenbar auch die jüngste Erklärung von Präsident Reagan, daß ein amerikanisch-sowjetisches Gipfelfreund nicht sinnvoll sei, wenn es lediglich dem Kennenlernen von zwei Staatsmännern diene.

In Äußerungen amerikanischer Politiker kommt auch so etwas wie eine Warnung zum Ausdruck. So wies der New Yorker Senator Patrick Moynihan (Demokratische Partei) auf die Gefahr hin, daß der Nachfolger Andropows als ein alter Anhänger der Brezhnevschen „Entspannungspolitik“ den Versuch unternehmen könnte, den Westen abzuwehren, um hinter dem Schleier freundlicher Worte um so heftiger Expansions- und Aufrüstungspolitik zu betreiben.

Moynihan, der als stellvertretender Vorsitzender des Senatsausschusses für Geheimdienstfragen Zugang zu vertraulichen Berichten über Vorgänge in der Sowjetunion hat, wies darauf hin, daß der neue Mann im Kreml einer der sowjetischen Führer sei, „die besonders eng mit der Diktatur-Politik verbunden sind“. Er kenne deren Sprache, „und die kann sehr bedrohend sein“.

Im übrigen lieferte Senator Moynihan einen Hinweis auf den labilen Gesundheitszustand Konstantin Tschernenkos. „Wir glauben, daß

Tschernenko mehr als nur einfach krank ist.“ Alle sowjetischen Zeitungen veröffentlichten gestern auf den Titelseiten außer einem Porträt des neuen KPdSU-Generalsekretärs ein Foto, das Tschernenko zusammen mit den übrigen Mitgliedern des Politbüros vor Andropows Sarg zeigt. Es fiel auf, daß rechts von Tschernenko der ZK-Sekretär Michail Gorbatschow (53) und Grigorij Romanow (81) standen. Links vom neuen Kreml-Chef hatten

KGB weiterhin größeren Einfluß ausüben wird als zuvor.“

US-Vizepräsident Bush, der ebenso wie Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem neuen Nummer eins der KPdSU zusammengetroffen war, sagte anschließend zu Journalisten: „Nach meinem Gespräch mit dem Generalsekretär Tschernenko werde ich dem Präsidenten berichten, daß er (Tschernenko) im Interesse des Friedens der Notwendigkeit zugestimmt hat, unsere Beziehungen auf einen konstruktiveren Weg zu führen.“ Er habe Tschernenko auch einen Brief Reagans übergeben, in dem dieser sich für eine Zusammenarbeit der beiden Supermächte ausspreche. In dem Gespräch, an dem auch Sowjetaußenminister Gromyko teilgenommen habe, seien Signale gesetzt worden, „auf die wir aufbauen können“. Der US-Vizepräsident bekräftigte die Linie der USA: „Wir wollen Taten sehen und nicht nur Worte.“

Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Andropow kam es auch zu Gesprächen zwischen Tschernenko und den Parteilchefs der im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Ostblockstaaten. Als Teilnehmer führte die offizielle Nachrichtenagentur Tass an: Todor Schiwkoff (Bulgarien), Janos Kadar (Ungarn), Erich Honecker („DDR“), Wojciech Jaruzelski (Polen), Nicolae Ceausescu (Rumänien) und Gustav Husak (CSSR).

Unter Andropow hatte sich - ob nun mit Wissen und Willen des verstorbenen Parteilchefs oder bedingt durch dessen monatelange Krankheit

SEITE 3: Politische Signale beim Abschied

Ministerpräsident Nikolai Tichonow (78), Außenminister Andrej Gromyko (74) und Verteidigungsminister Dimitri Ustinow (75) Aufstellung genommen. Das Herausstellen Gorbatschows und Romanows wird von Beobachtern als Demonstration der Einmütigkeit der Sowjetführung gesehen. Beide sind die jüngsten Mitglieder des Politbüros und galten als Vertraute Andropows.

Die Annahme, daß die Politik gegenüber den USA und dem Westen überhaupt im wesentlichen unverändert bleiben wird, wird auch durch eine Bemerkung des früheren US-Botschafters in Moskau, Malcolm Toon, gestützt. „Ich glaube, Tschernenko wird nur als Sprecher der Gruppe handeln, die bisher regiert hat“, sagte Toon im Fernsehen.

Zu ähnlichen Schlüssen war auch Senator Moynihan in einem Zeitungsbeitrag gekommen, der noch vor der Wahl Tschernenkos erschien. Moynihan: „Das bedeutet, daß das

Der KP-Chef mußte sich stützen lassen

langsam fand er den roten Faden wieder. Mehrere Male unterbrach er seine Ansprache durch Husten und Räuspern oder störte den Redefluß durch zögernde Wahl von Worten und Gesten. Im Sowjet-Fernsehen wurde die Ansprache in vollem Wortlaut, aber ohne alle sprachlichen Mängel und Räusperpassagen gesendet. Beobachter meinten, die Rede würde „geschützt“, damit die anscheinend geringe Popularität Tschernenkos nicht noch weiter sinkt.

Und noch etwas fiel auf: Wie die anderen Mitglieder des Politbüros legte Tschernenko, als der Sarg mit dem Leichnam seines Vorgängers ins Grab gesenkt wurde, die Hand zum Salut an den Kopf. Aber dann sank sie ihm nach unten. Er hob sie erneut, konnte sie aber nicht oben halten. Seine Hand zitterte. Schließlich ließ er den Arm ganz nach unten sinken, während die anderen Polit-Prominenten weiter salutierten.

Nach der offiziellen Zeremonie wurde der 72jährige gestützt, als er vom Mausoleum auf den Roten Platz hinunterstieg. Kurze Zeit später, als er im Sankt-Georgs-Saal des Kreml die Beileidswünsche der ausländischen Trauergäste entgegennahm, befand sich der neue KPdSU-Generalsekretär dann aber wieder in besserer Verfassung.

Im vergangenen Jahr war Tschernenko zweimal von der politischen Bühne verschwunden. Die Zeit seiner Abwesenheit währte länger als drei Monate. Im April und Mai 1983 wurde sein Verschwinden von der Sowjetpropaganda mit einer „Erkältung“ erklärt. Die Parallelen zu Jurij Andropow sind nicht zu übersehen. Für die westliche Öffentlichkeit galt auch Andropow als „erkrankt“. Aus allgemein gutunterrichteten Kreisen verlautete, der neue Parteilchefe leide an einem Lungenemphysem, einer Überblähung der Lunge. Schon wird die Frage gestellt: Wie lange wird Tschernenko den Strapazen seines Amtes gewachsen sein?

Auch in Bonn hieß es gestern, die Bundesregierung sei bisher nicht mit dem Projekt eines Kampfpanzers für Ägypten befaßt gewesen. Sie stehe einer derartigen Rüstungskoopeation auch ablehnend gegenüber. Nach Informationen der WELT zeigte sich Bundeskanzler Kohl, der über die Krauss-Maffei-Erklärung vom Montag in Moskau informiert wurde, über diese verwundert.

Im Bundeswirtschaftsministerium hieß es gestern, dort seien weder Anträge noch Anfragen der Firma Krauss-Maffei in dieser Angelegenheit eingetroffen. Der Sprecher des Hauses Lamsdorff wollte jedoch nicht ausschließen, daß es auf „unterer Ebene“ Kontakte gegeben habe. Er schloß jedoch aus, daß die Spitze des Ministeriums (Minister, Staatssekretäre, Abteilungsleiter) je mit einer Anfrage dieser Art befaßt worden sei. Normalerweise werde auch das Wirtschaftsministerium zentralisiert angegangen; zuvor schalteten Firmen üblicherweise das Verteidigungs- oder das Außenministerium ein.

Kairo: Panzerwagen mit deutschen Teilen

„Fahd“ schon 1984 einsatzbereit / Krauss-Maffei korrigiert Erklärung vom Montag

Daimler-Benz und Thyssen-Henschel werden nach einer Meldung der Deutschen Presseagentur (dpa) aus Kairo mitbeteiligt an der Produktion eines neuen gepanzerten Mannschaftstransportwagens beteiligt sein, der noch in diesem Jahr in der ägyptischen Armee eingeführt und auch in andere arabische Länder exportiert werden soll. Ein Prototyp des Fahrzeuges war von der staatlichen ägyptischen Rüstungsfirma Qader in Kairo entwickelt worden. Es hat den Namen „Fahd“ (übersetzt: Leopard) erhalten. Der „Fahd“ ist nach dpa-Informationen mit einem Dieselmotor von Daimler-Benz ausgerüstet und mit Stahlplatten von Thyssen-Henschel gepanzert.

Der Wagen kann zwölf Soldaten mit Waffen und Gerät aufnehmen, aber auch als Munitions- und Raketen- und Raketen-Transporter eingesetzt werden. Er ist gegen bakteriologische und chemische Waffen geschützt. Ob auch ausgesprochen offensive Ausstattungsvarianten vorgesehen sind, ist nicht bekannt.

Der Münchner Rüstungskonzern Krauss-Maffei ließ gestern erklären, er habe wegen der möglichen Entwicklung eines Kampfpanzers für Ägypten (die WELT berichtete gestern) noch keine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Dies könne erst dann geschehen, wenn die technische Prüfung des Objekts abgeschlossen sei. Am Montag dagegen hatte ein Sprecher der Firma gesagt, die Bundesregierung sei schon informiert. Krauss-Maffei stellt den deutschen Kampfpanzern „Leopard“ bereit.

Der Firmensprecher erklärte, die ägyptische Regierung habe Interesse an der Entwicklung eines Panzers, der speziell auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnitten sei. Er müsse deshalb wahrscheinlich leichter sein als der deutsche „Leopard“. Mit Ägypten sei aber bislang weder über konkrete Stückzahlen noch über die mögliche Form einer Zusammenarbeit gesprochen worden. Denkbar sei beispielsweise die Lieferung von Teilen nach Ägypten.

Auch in Bonn hieß es gestern, die Bundesregierung sei bisher nicht mit dem Projekt eines Kampfpanzers für Ägypten befaßt gewesen. Sie stehe einer derartigen Rüstungskoopeation auch ablehnend gegenüber. Nach Informationen der WELT zeigte sich Bundeskanzler Kohl, der über die Krauss-Maffei-Erklärung vom Montag in Moskau informiert wurde, über diese verwundert.

Im Bundeswirtschaftsministerium hieß es gestern, dort seien weder Anträge noch Anfragen der Firma Krauss-Maffei in dieser Angelegenheit eingetroffen. Der Sprecher des Hauses Lamsdorff wollte jedoch nicht ausschließen, daß es auf „unterer Ebene“ Kontakte gegeben habe. Er schloß jedoch aus, daß die Spitze des Ministeriums (Minister, Staatssekretäre, Abteilungsleiter) je mit einer Anfrage dieser Art befaßt worden sei. Normalerweise werde auch das Wirtschaftsministerium zentralisiert angegangen; zuvor schalteten Firmen üblicherweise das Verteidigungs- oder das Außenministerium ein.

Zahl offener Stellen steigt weiter

Arbeitslosenquote saisonbereinigt gesunken / Günstige Prognose für 1984

AP/DW, Nürnberg/Bonn
Trotz gestiegener Gesamtzahlen ist die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit saisonbereinigt seit August 1983 zurückgegangen. Wie ein Sprecher der Bundesanstalt in Nürnberg mitteilte, erniedrigte sich die Zahl innerhalb der vergangenen fünf Monate um rund 130 000. Unter saisonbereinigten Zahlen werden solche Zahlen verstanden, bei denen alle nicht-konjunkturellen Einflüsse wie etwa die saisonalen Indikatoren der Witterung und Urlaubszeiten abgerechnet werden.

Nach den Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit lag danach der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit saisonbereinigt mit 3 224 000 Arbeitslosen im August vergangenen Jahres. Im September 1983 verminderte sich saisonbereinigt die Zahl der Arbeitslosen um 10 000, im Oktober um 40 000, im November um 35 000, im Dezember um 16 000 und im Januar 1984, als die höchste Gesamtzahl der Arbeitslosen seit 1950 mit 2 539 000 Arbeitslosen erreicht wurde, um 30 000.

Der Sprecher der Bundesanstalt wies auch darauf hin, daß von Januar 1983 bis Januar 1984 eine merkliche Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften registriert worden sei. Während es im Januar vergangenen Jahres nur 74 000 offene Stellen gab, erhöhte sich diese Zahl bis zum Janu-

ar 1984 auf 91 500. Die Durchschnittszahl der Arbeitslosen im Jahre 1984 werde aller Voraussicht nach niedriger liegen als ursprünglich erwartet und berechnet. Der Sprecher der Bundesanstalt wies darauf hin, daß bei der Vorlage des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit für das laufende Jahr bereits im November 1983 eine Zahl von durchschnittlich 2,39 Millionen Arbeitslosen im Monat zugrundegelegt worden sei. In dem vor zwei Wochen veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht sei diese Zahl bereits auf rund 2,2 Millionen erniedrigt worden.

Dazu sagte gestern der Sprecher der Bundesanstalt: „Diese Zahl halten wir für realistisch.“

DER KOMMENTAR

Trend-Wende

PETER GILLIES

Das vermeintliche publizistische Grundgesetz, nur schlechte Nachrichten seien gute Nachrichten, erfreut sich weitest Verbreitung. Wer dem Rekord vom Januar mit mehr als 2,5 Millionen Arbeitslosen die Unumstößlichkeit gegenüberstellt, daß die Wende am Arbeitsmarkt bereits voll im Gange sei, hat es weiter schwer - nicht nur auf Gewerkschaftsversammlungen.

Es ist noch gar nicht lange her, da wurde die Öffentlichkeit mit Prognosen geschockt, im Winter 1983/84 würde die Drei-Millionen-Grenze bei den registrierten Erwerbslosen überschritten. Aus dieser Sicht waren auch die nächsten Millionen-schritte schon wohlfeil: vier, fünf - wer bietet mehr?

Die Wirklichkeit sieht anders aus, wenngleich Vollbeschäftigung noch fern ist. Die Arbeitslosenquote ist in den vergangenen fünf Monaten um 130 000 gesunken, wenn man den Arbeitsmarkt von jahreszeitlichen Einflüssen bereinigt. Gleichzeitig erhöhte sich die Nachfrage, ausweislich der offenen Stellen, um rund ein Viertel, die Kurzarbeit sank um die Hälfte.

Für das Schicksal eines einzelnen Arbeitslosen sei ohne jeden Bezug, so wird eingewen-

det, ob er „saisonbereinigt“, „strukturell“ oder „nur konjunkturell“ ohne Job sei. Stempeln sei schließlich Stempeln. Das wäre zu kurz gesprungen; denn es macht einen großen Unterschied, ob ein Erwerbsloser lange Monate oder gar Jahre der Stellensuche vor sich wähnt oder damit rechnen kann, schon im Frühjahr wieder eingestellt zu werden.

Hier verbessern sich die Chancen stetig. Entgegen weitverbreiteter Naivökonomie reicht derzeit bereits ein Wirtschaftswachstum zwischen zwei und drei Prozent aus, um die Personalchefs wieder an Einstellungen denken zu lassen. Zwar wird die Wende am Arbeitsmarkt durch jahreszeitliche Einflüsse und die geburtenstarken Jahrgänge überdeckt, aber es ist durchaus möglich, daß wir in diesem Jahr bei der Arbeitslosenquote wieder eine Eins vor dem Millionenkomma schreiben.

Gewiß, eine gute Nachricht, die manche als schlechte tarnen wollen. Aber zu dem medialen Grundgesetz gehört es eigentlich nicht, daß die Wende in der Wirtschaft nur auf den ökonomischen Dienstgebrauch beschränkt bleibt. Man darf sogar darüber reden.

Generale packte die „blanke Wut“

dpa, Travemünde
„Uns hatte die blanke Wut gepackt.“ So schilderte ein hoher Offizier auf der Travemünder Kommandantur die Gefühle vieler der mehr als 200 Generale und Admirale, die sie in den vergangenen Wochen in Zusammenhang mit dem Fall ihres Verteidigungsministers Manfred Wörner zunächst entlassen und wieder rehabilitierten Kameraden Günter Kießling hatten.

Kießling, der jetzt zum 31. März frühzeitig aus der Bundeswehr ausscheidet, ist aus Gesundheitsgründen nicht zum Treffen der Offiziere an die Trave gekommen. Generalinspekteur Wolfgang Altenburg machte aber schon zu Beginn des Offizierstreffens klar, daß „aktuelle Ereignisse“ der vergangenen Zeit bei den Diskussionen nicht ausgepart werden sollen. Jetzt sind alle Spitzenmilitärs gespannt, wie sich ihr Chef Wörner in Sachen Kießling geben wird. Ein Admiral: „Es wäre besser gewesen, Wörner hätte die Konsequenzen gezogen und wäre gegangen. Er hat sich selbst keinen Gefallen getan, daß er auf seinem Posten geblieben ist.“

Im allgemeinen ist die Stimmung unter den Generalen der Bundeswehr nach Einschätzung von Beobachtern aber „nicht gerade gegen Wörner eingestellt“. Dahinter steht jedoch ein großes „Aber“. Was passiert, wenn in der immer noch unübersichtlichen Angelegenheit doch noch neue Aspekte auftauchen? In Berichten hieß es, Wörner habe über Kießling „sechs Seiten“, die er nicht preisgeben könne und wolle. Was steht da drin? fragen die Offiziere.

Strauß spricht in Damaskus mit Assad

MANFRED SCHELL, Bonn
Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat in aller Stille eine Reise in die syrische Hauptstadt Damaskus vorbereitet. Nach Informationen der WELT reist Strauß heute für zwei Tage dorthin. Er wird in Damaskus unter anderem mit Staatschef Assad zusammentreffen, um mit ihm die Zuspitzung im Libanon-Konflikt und die Lage im Nahen Osten insgesamt zu erörtern.

Ob Strauß zuvor Bundeskanzler Kohl von seinen Reiseabsichten unterrichtet hatte, konnte gestern in Bonn zunächst nicht beantwortet werden, weil sich der Kanzler in Moskau aufhielt. Erst am späten Nachmittag wurde dann bekannt, daß Kohl von den Reiseplänen des CSU-Vorsitzenden zuvor nichts gewußt hatte. Auch im Auswärtigen Amt war von der Reise des CSU-Chefs nichts bekannt gewesen.

Aus dem Bundeskanzleramt war zu hören, man sehe eine solche Reise von Strauß nach Syrien zum jetzigen Zeitpunkt zumindest als „problematisch an“. Schließlich sei Damaskus mitverantwortlich für die Verschärfung der politischen Situation und der bewaffneten Auseinandersetzungen in Libanon.

Der CSU-Vorsitzende wird in Damaskus nach Informationen der WELT auch mit dem Verteidigungsminister und dem Außenminister Syriens zu Gesprächen zusammenkommen. In Bonn war gestern nicht bekannt, welche Gründe Strauß zu der Reise nach Damaskus veranlaßt haben.

Straßburg beschloß Entwurf für die Europäische Union

„EG kommt mit bisherigen Instrumenten nicht weiter“

ULRICH LÜKE, Straßburg
Das Europäische Parlament hat gestern abschließend über den Vertragsentwurf zur Gründung der Europäischen Union beraten. Mit diesem Vertrag wollen die Straßburger Abgeordneten der Europäischen Gemeinschaft in den kommenden Jahren zum entscheidenden Schritt verfahren. Der Initiator der Vertragsidee, der italienische Abgeordnete Altiero Spinelli, meinte gestern zur Begründung, die Parlamentsinitiative „hätte zu keinem günstigeren Zeitpunkt vorgelegt werden können“. Das Scheitern des Athener Gipfels habe jedermann deutlich gemacht, daß die Gemeinschaft mit den bisherigen Instrumenten und Institutionen nicht weiterentwickeln sei.

Kernpunkte des 87 Artikel umfassenden Vertragsentwurfes sind die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen den Institutionen der Gemeinschaft und eine Ausweitung ihres sachlichen Zuständigkeitsbereichs. Danach sollen der Ministerrat und das Europäische Parlament zu gleichberechtigten Teilen der europäischen Legislative werden. Läßt

der Ministerrat - wie heute üblich - Vorschläge des Parlaments über bestimmte Fristen hinaus unerledigt liegen, gelten diese Vorschläge als angenommen. Die Einsetzung der Brüsseler EG-Kommission soll nach dem Vertragsentwurf auch von der Zustimmung Straßburgs abhängig werden.

Sachlich sieht der Entwurf eine Ausweitung der Gemeinschaftsaktivitäten auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips vor. Brüssel soll die Aufgaben übernehmen, die national nicht mehr lösbar sind. Dazu zählt der Entwurf unter anderem alle Probleme der Freizügigkeit in Europa, die Wettbewerbspolitik und die gesamten Außenwirtschaftsbeziehungen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hessen langsam

Von Joachim Neander

Im Bundesland Hessen wollen SPD und Grüne sozusagen zur Feier ihres Verhältnisses den Autofahrern offenbar tatsächlich eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und Landstraßen beschreiben. Sie wollen dabei an Bonn vorbei bestimmte Länderkompetenzen in der Einzelgestaltung des Straßenverkehrs nutzen.

Ob dieser Provinz-Coup verfassungsrechtlich lupenrein und politisch klug wäre, mögen andere prüfen. An dieser Stelle sei den hessischen Bremsern ein praktischer Rat erteilt. Sie sollten sich ins Auto setzen und nur ein paar Tage lang in einem unserer westlichen Nachbarländer spazierenfahren, wo es bekanntlich seit langem Tempogrenzen gibt, zum Beispiel in den Niederlanden.

Die Schilder verkünden hier: auf Autobahnen höchstens 100, auf Landstraßen höchstens 80 km/h. Die Praxis unterscheidet sich davon auf verblüffende Weise.

Wer z.B. auf der dreispurigen Autobahn Amsterdam-Utrecht vormittags gesetzestreu nicht über Tempo 100 fahren will, sieht sich automatisch auf die rechte Fahrspur zwischen den Lastwagen gedrängt. Auf der mittleren Spur wird im Schnitt 120, auf der linken Spur zwischen 140 und 150 gefahren. Auf einer einigermaßen geraden Landstraße kann es einem mit Tempo 80 durchaus passieren, daß man sogar von Tanklastzügen zuerst ungeduldet angeblinkt und dann in halsbrecherischer Fahrt überholt wird.

Natürlich gibt es Unterschiede je nach Region und Verkehrslage. Der Gesamteindruck bleibt: Nicht einmal die Hälfte aller Autofahrer hält sich an die Grenzen. Zwar finden Kontrollen statt, es werden auch Temposünder bestraft. Aber lückellos durchzusetzen ist das Ganze offenbar nicht.

Die hessischen Grünen und ihre sozialdemokratischen Freunde werden sich also darauf gefaßt machen müssen, daß sie parallel zur Tempobegrenzung die Personalstellen der Polizei drastisch erhöhen müssen. Zwar gäbe es auch noch eine andere Methode der drastischen Verlangsamung des Autoverkehrs: Straßen wie in der Sowjetunion. Aber so weit reichen die Absichten in Hessen hoffentlich noch nicht.

Waffen vor Kaffee

Von Manfred Neuber

Spannungsgebiete sind keine Tabuzonen für brasilianische Waffenexporte. Besonders im Nahen Osten floriert das Geschäft. Libyen war der erste und größte Abnehmer. Dann öffnete der Golfkrieg neue Märkte. Im Tausch für Erdöl kam Irak an Ausrüstungen der Marke „Industria Brasileira“. Sie haben sich anscheinend so gut bewährt, daß nun auch der Gegner Iran in Südamerika einkaufen will.

Mit Ägypten wurde gerade die Lieferung von 120 Düsenflugzeugen vereinbart. Iran aber bekam vom mittlerweile größten Rüstungsproduzenten der Dritten Welt zunächst einen abschlägigen Bescheid. Und bei der UNO wurde kundgetan, solange der Golfkrieg andauere, werde nichts geliefert. Was aber hindert Kadhafi, als Zwischenhändler zu fungieren?

Nicht nur diese Frage beschäftigt Israel. In Jerusalem sorgt man sich auch darum, ob eigene Technologie über brasilianische Flugzeuge in arabische Hände gelangt. Das wäre beim Bordradar der israelischen Kfir-Maschine möglich, das in Lizenz im brasilianischen Jagdbomber AM-X eingebaut wird, und zwar vom italienischen Sub-Kontraktor Macchi.

Zum Ärger der Israelis hat sich Brasilien andererseits zum Kauf der französischen Exocet-Rakete entschlossen, anstatt die israelische Gabriel-Lenk-Waffe zu kaufen. Dabei mußte sich Brasiliens Admiralität der „pragmatischen Außenpolitik“ ihrer Regierung beugen: Man befürchtete negative Folgen für den Handel und die Waffengeschäfte mit den Arabern.

Brasiliens Rüstungsindustrie exportierte im vorigen Jahr wertmäßig (2,2 Milliarden Dollar) erstmals mehr als seine Kaffee-Pflanzer. Ob Panzer oder Kanonen, Flugzeuge oder Raketen, die brasilianischen Waffen sind einfach und robust konstruiert und werden als „kampferprobt“ angepriesen. Als weiterer Vorzug gilt, daß Soldaten unterentwickelter Länder damit leicht umgehen können. Und schließlich erhält Brasilien durch das Abkommen über militärisch-industrielle Zusammenarbeit mit den USA, das der amerikanische Außenminister Shultz gerade in Brasilia unterschrieb, künftig Zugang zu höherentwickelter Rüstungstechnologie.

Himmliches Druckmittel

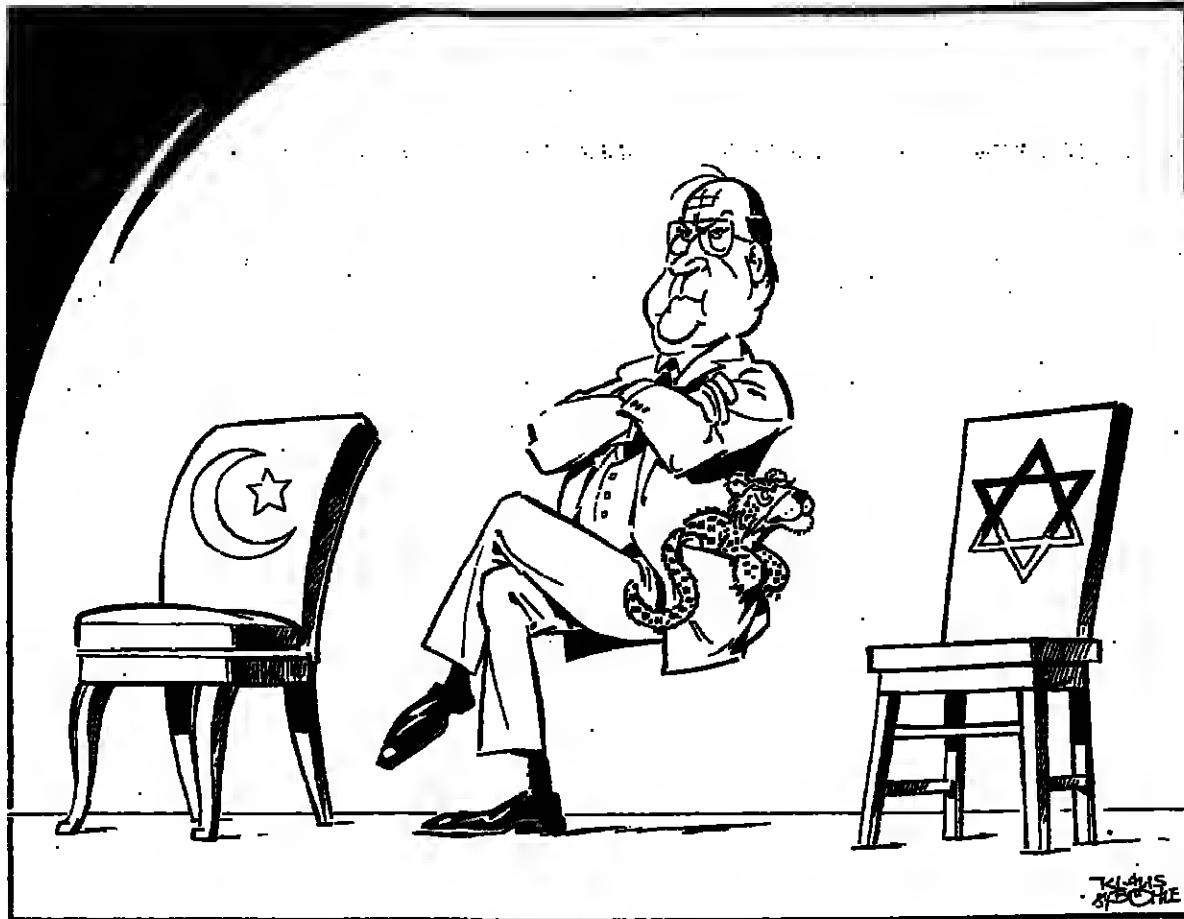
Von Adalbert Bärfolf

Acht Menschen zogen in unterschiedlichen Raumschiffen auf unterschiedlichen Bahnen um die Erde. Fünf Amerikaner kreisten in einem Raumschiff mit Flügeln; drei Russen hockten immer noch in einem Raumschiff, das in der Atmosphäre nicht fliegen kann. Das Raumschiff Space Shuttle mit seinen Doppeldeltaflügeln, das vor wenigen Tagen den ersten Menschen als künstlichen Himmelskörper ausgestoßen hatte, symbolisiert die Ultra-Technologie der Vereinigten Staaten. Die Sowjetunion ist zehn Jahre im Rückstand.

Dieser Rückstand von einer Dekade liegt nicht so sehr in der Aerodynamik. Das können die Russen auch. Moskaus Tupolew flog vor der Concorde und hatte ein vielleicht noch eleganter geschnitten Kleid. Der Unterschied und der Rückstand liegen unter der Haut: in der Mikroelektronik, die mit ihren Prozeßrechnern das Nervensystem des geflügelten Satelliten ausmacht. Das Zusammenspiel von fünf mikrominiaturisierten Computern, die in jeder Phase des kosmischen Fluges – vom höllischen Start auf dem größten Pulverfaß der Welt bis zum Aufsetzen der Räder auf der Betonpiste der Landebahn – elektronisch Verbindung halten müssen, ist das Geheimnis des amerikanischen Vorsprungs.

Doch die Sowjets haben etwas anderes: Sie haben ein Konzept. Unbeirrt verfolgen sie das Ziel, die Raumfahrt als militärpolitisches Instrument einzusetzen. Trotz primitiverer Technik haben sie damit Erfolg. Sie werden als erste die permanent bemannte Station im All bauen. Sie haben hier einen Vorsprung vor den Amerikanern von ungefähr fünf Jahren.

Die Kosmonauten des Raumschiffes Sojus T-10 werden ihren Beitrag zum Bau dieser Station leisten. Längst sind die logistischen Probleme gelöst. Tanker und Raumschlepper sind erprobt. Dauerflüge zwischen 150 und 210 Tagen gehören zur Tagesordnung. Spezifische kardiovaskuläre Probleme werden untersucht. Großraketen sind in Produktion, die Bauelemente von hundert Tonnen schleppen sollen. Die Ultra-Technologie Amerikas kann nur durch ein besseres Konzept verhindern, daß Moskau die ständige Erdaufsenstation mit großem zeitlichen Vorsprung als Druckmittel in die Hand bekommt.



Sicher zwischen den Stühlen

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Amateure mit Elan

Von Klaus Blume

Als die Försterstochter Hanni Wenzel vom internationalen Verband der sogenannten B-Lizenz bekommen hatte, erzählte sie voller Freude, nun dürfe sie endlich für den liechtensteinischen Umweltschutz Reklame machen. Getan hat sie es dann freilich doch nicht. Ihr fehlte die Zeit. Aber die Quittung für die bloße Absicht bekam sie dennoch: Der Ski-Rennläuferin Hanni Wenzel wurde vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) der Start bei den Winterspielen in Sarajewo verboten.

Ein Skandal? Nein, neues Amateur-Recht der Funktionäre. Wer eine B-Lizenz hat, ist ein Amateur und darf dennoch seine Person nach Belieben vermarkten. Nur bei den Olympischen Spielen, dem glanzvollsten Festival der Amateure, darf er nicht mitmachen, dafür ist er nicht Amateur genug. Aber Hanni Wenzel hat sich doch nicht vermarktet, denn erstens hätte ihr der Liechtensteiner Umweltschutz kaum das Porto vergütet und zweitens hat sie ohnehin nicht für ihn geworben – ? Macht nichts. Sie hatte die böse Absicht. Und die wird auch bestraft, im Namen der Reinheit des Amateursports.

Dieser Tage sagte uns der Sprecher der jugoslawischen Skifirma Elan: „Sie glauben gar nicht, was Bojan Krizaj für den Verkauf von Elan-Brettern in Jugoslawien und darüber hinaus im gesamten sozialistischen Lager bedeutet!“ Am Sonntag soll der schwedische Siowene in Sarajewo Slalom-Gold gewinnen, auf daß seine antikapitalistischen Sponsoren es verdienen können. Der kleine Unterschied zwischen Herrn Krizaj und Frau Wenzel: Ersterer ist lupenreiner Amateur.

Jedenfalls durch die olympische Lupe. Krizaj gehört zur jugoslawischen Ski-Nationalmannschaft. Diese wird vertragsgemäß von Elan ausgerüstet. Also darf Krizaj für Elan Reklame fahren. Honorar kriegt er ja nicht dafür – nicht heute. Das Honorar fließt in den sogenannten Ski-Pool und von dort auf ein Sperrkonto. Eines nicht allzu fernem Tages aber, wenn Krizaj die Bretter zum letzten Mal abschneilt,

Geld? Nicht ich – nicht heute! Amateur Krizaj

FOTO: CAMERA PRESS

Als Hans Apel einen Besuch in Flicks Jagdhütte machte

Der Flick-Ausschuß als Bumerang für die SPD / Von Manfred Schell

Man kann es auch so beschreiben: Die Sozialdemokraten betätigen sich im Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages mit selbstmörderischem Fleiß. Denn nach den bisherigen Zeugenanhörungen ist der gewollte Stoß gegen die FDP nicht zu führen. Statt dessen muß jetzt die SPD selber Angst vor den Untersuchungsergebnissen haben.

Bei der Vernehmung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Eberhard von Brauchitsch hat sich, trotz spitzer Fragen der SPD und dem Versuch, Zeugen in die Enge zu treiben, noch nicht einmal ein Indiz dafür ergeben, daß im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung für den Flick-Konzern nach dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien Geld an FDP-Amtsträger geflossen ist. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat erneut jeden Verdacht zurückgewiesen. Der von der Staatsanwaltschaft Bonn erhobene Vorwurf, er habe 135 000 Mark erhalten, sei „so wenig konkret, daß ich mich dabei nicht verteidigen kann“. Es gibt für diesen Vorwurf der Justizbehörde in der Tat keinen

Nachweis, weder einen Augenzeugen noch Belege. Pikiert schrie der „Spiegel“, die Zeugen hätten sich gegenseitig ihre Unschuld bestätigt. Das klingt so, als hätte Graf Lambsdorff, den das Magazin mit Indiskretionen aus trüben Quellen zur Strecke bringen wollte, gefälligst Schuld bekennen sollen.

Es genierte den „Spiegel“ nicht, je nach politischem Belieben im Fall Graf Lambsdorff Vorverurteilung zu betreiben und im Fall Kießling entlastet über „Vorhinrichtung“ zu polemisieren. Dabei liegt gegen Graf Lambsdorff überhaupt kein Beweis vor, während es gegen General Kießling immerhin Zeugenaussagen gegeben hat, gleichviel, was man von ihnen halten mag. Ist die Ehre eines Ministers weniger wert als die eines Generals?

Der Untersuchungsausschuß war erkennbar zu dem Zweck berufen worden, solchen Blättern Futter zu liefern. Aber nun haben seine Erfolge allen Grund, auf das Weghören ihrer publizistischen Freunde zu hoffen. Denn der SPD-Schatzmeister Nau, der inzwischen verstorben ist, hat 1975 von Flick 100 000 Mark erhal-

ten. Er hat damals die Zahlung bestätigt, nachdem ihm eine Quittung vorgelegt worden war. Interessanter noch ist das Ergebnis der Befragung des Zeugen Hans Apel, sozialdemokratischer Bundesfinanzminister, als es um die Steuerbefreiung ging. Sie ergab ein Detail, das nicht in den Akten stand: „Am Rande“ des SPD-Bundesparteitages im Juni 1976 in Dortmund ist Apel eine Stunde mit dem Auto in das Jagd-Haus von Flick im Sauerland gefahren. Dort hat es eine mehrstündige Begegnung mit Flick gegeben, die von Nau vermittelt worden war. Dabei war auch ein Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung zugegen.

Apel hat über diesen Abend wenig gesagt. Es sei um die „Perspektiven“ der Firma Flick gegangen. Die bestritten damals allerdings darin, zwei Milliarden Mark anzulegen. Apel ging seinerzeit alsbald in Urlaub. In seiner Abwesenheit verweigerte sein Stellvertreter, Staatssekretär Offergeld, die Zustimmung zu dem Flick-Antrag. Als Apel nach Bonn zurückkehrte, korrigierte er diese Entscheidung und stimmte dem Antrag zu.

In weiteren Zeugenvernehmungen

ohnehin riesige Löcher. In Sarajewo baten Daume und Kollegen die Eishockey-Verbände um Offenlegung ihrer Karten. Einige taten es. Andere blüfften. Demzufolge spielen etliche Eiskunstler mit, von denen jeder weiß, daß sie damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Andere, die das auch mal versucht haben sollen, dürfen nicht. So ist das mit der Beweislast.

Die Kehrseite der Goldmedaillen zeigte die Dresdnerin Karin Enke, derzeit erfolgreichste Eisschnellläuferin der Welt. Die „DDR“ vermarktet niemanden offen. Sie macht es mit vaterländischer Konzentration auf Wesentliche. Eine alpine Sektion gibt es seit Jahren nicht mehr. Keine Berge, keine Trainingsmöglichkeiten, kein Geld, kein Markt. Auch die Förderung für die Langläufer wurde reduziert. Das Üben in Skandinavien war zu teuer. Eishockey wird mit Rücksicht auf den Großen Bruder vernachlässigt. Man hält sich an diejenigen Disziplinen, die mit relativ geringem finanziellem Aufwand bei härtesten Exerzitien ein Maximum an Erfolgsgarantie bieten. Die Republik hat davon ihre Werbung, was immer sie wert sein mag. Und die verdienten Meister des Sports leben dennoch eher von ihrer Füße als ihrer Hände Arbeit.

Willi Daume sagt, er hoffe, daß es eines Tages die offenen Spiele geben werde: offen für offene Profis, für Staatsamateur, für Firmen-günstlinge, womöglich sogar, falls es sie dann noch gibt, für richtige Amateure. Er steht mit dieser Hoffnung nicht allein. Kein vernünftiger Mensch, ob jung oder alt, kann etwas dabei finden, daß für sportliche Tätigkeit – ebenso wie für künstlerische, heilende, seelsorgende gar – Geld bezahlt wird. Aber wenn Geld auf Schlechwege unter den Tischen oder in den Pools unterwandert, dann wirkt ausgerechnet der Sport korrumpierend – ausgerechnet die Betätigung, die mens sana in corpore sano schaffen möchte. Und nirgendwo ist der Hautgott strenger als beim großen olympischen Winternummel.

IM GESPRÄCH Alois Weiss

Richter gegen die Zeit

Von Knut Teske

Ein Bart wie Hemingway, das Gesicht freilich etwas schmaler. Die Stimme eher sanft. Und ein Lächeln, das nicht immer Gutes verheißt. Das ist der Eindruck, den Richter Alois J. Weiss hinterläßt, der Mann, der jetzt das letzte Herstatt-Verfahren abwickelte, und zwar die Anklage gegen den Bankier Iwan D. Herstatt selber.

Leicht haben es der Vorsitzende der 6. Großen Strafkammer beim Landgericht Köln und seine Beisitzer nicht gehabt. Wirtschaftsdelikte gehören zu den schwierigsten Dingen, die ein Gericht sich aufhaken kann. Und wenn sie so kompliziert sind wie das 1,2-Milliarden-Debakel vom Frühjahr 1974, kommt das Risiko der Verjährung dazu. Zehn Jahre nach der Tat können auch so schwerwiegende Delikte nicht mehr verfolgt werden. Da bietet sich für die Verteidigung eine Verzögerung des Verfahrens naturgemäß an. Was völlig legitim ist. Ein guter Anwalt bemüht sich, die Interessen seines Mandanten nach Kräften wahrzunehmen. Sache des Staatsanwalts ist es, die Interessen der Anklage wahrzunehmen. Dazwischen steht der Richter. Er wandelt einen schmalen Grat zwischen der Pflicht zur vollständigen Aufklärung, die Zeit kostet, und dem Interesse der Gerechtigkeit, das gebietet, einen Fall möglichst nicht an Zeitmangel „sterben“ zu lassen.

Die Versuchung, sich einem schwierigen Urteil durch den bequemen Weg der Verjährung zu entziehen, ist niemals gering. Richter Weiss ist bemüht, sich dieser Versuchung zu entziehen. Die Art, wie er den Arzt des Beschuldigten examinierte und dessen Atteste im Licht von Gefälligkeitsmaßnahmen erscheinen ließ, beeindruckte viele Zuhörer. Vor allem, wie er dabei sein Lächeln einsetzte. Richter sind in einer starken Position. Die Versuchung, zu lächeln, wenn man sich seiner Stärke bewußt ist, ist groß. Aber Alois Weiss verstand es,



Wenn es ernst wird, lächelt er: Richter Weiss. FOTO: WOLFGANG BAUER

die Klippe der Befangenheitsanträge elegant zu umschiffen. Er kennt seine Akten und hat einen scharfen Verstand. Privat beschäftigt er im Sudentenland Geborene sich mit Ornithologie. Aber natürlich würde er jeden Verdacht zurückweisen, daß er deswegen überall schräge Vögel sehe.

Die Anwälte sind mit allen Anträgen bei ihm aufgelaufen, hinter denen er Prozeßverschleppung vermutete. Sollte das Herstatt-Verfahren in die Revision gehen, so werden die abgewiesenen Anträge – wie immer im deutschen Revisionsverfahren, das eine Überprüfung der Sachverhaltsfeststellungen selber praktisch nicht kennt – eine große Rolle spielen. Sicher ist es nicht, daß es eine Revision gibt. Das Hauptziel der Verteidigung war es gewesen, den Juni des Orwell-Jahres im Kölner Gerichtssaal zu erreichen. Der liebliche Ferienmonat, der anderen Leuten Freizeit avisiert, hätte für den Bankier die bedingungslose Freiheit bedeutet. Viele Geschädigte hätten sich damit nur schwer abgefunden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Berufung Tschernomors beschäftigt am Dienstag die Weltpresse:

The Daily Telegraph

Eines ist klar: Zu ihrer Selbsterhaltung hat die Gerontokratie im Kreml sich für Vorsicht, Disziplin und Mittelmäßigkeit entschieden. Sollte es in den nächsten Monaten nicht ein paar Überraschungen bei der Besetzung der Posten des Staatsoberhauptes und des Ministerpräsidenten geben, so werden die von Gorbatschow angeführten sogenannten Jungtürken weiter warten müssen, bis sie an die Reihe kommen, während Rußland stillsteht. (London)

WASHINGTON POST

Von politischer Bedeutung ist, daß ein ehemaliger Rivale Andropows das Rennen gemacht hat und nicht einer seiner Günstlinge. Andropow hat in Kenntnis seiner schweren Krankheit Schlüsselpositionen in Moskau mit ihm angenehmen Persönlichkeiten besetzt, die seine Politik fortsetzen sollten. Die alte Garde hat jedoch einen aus ihren eigenen Reihen hervorgehoben.

Le Monde

Während schon das Image Breschnevs weit davon entfernt war, beäunend zu sein, als er 1984 die Nachfolge Chruschtschows antrat, so ist das von Tschernomors schlichtweg miserabel. ... Seit November 1982 präsentierte sich Tschernomors als „der neue Susslow“, der strenge Wä-

ter der Orthodoxie angesichts der reformerischen Bemühungen seines an der Macht befindlichen Rivale. Im Dezember 1982 schrieb er einen Artikel, in dem er vor einem Aufgeben Afghanistans warnte, und im Juni vergangenen Jahres erschien seine Rede vor dem Zentralkomitee wie ein Monument des bornierten Konservatismus. (Paris)

LE SOIR

Man kann annehmen, daß unter anderen Gründen die Entscheidung, im innenpolitischen Bereich zu einem allgegenwärtigen Kommunismus zurückzukehren, auf die internationale Konjunktur zurückgeht. Allen sichtbar Spannungen würden die Sowjetunion der Nach-Breschnew-Zeit in ihrer Kraftprobe mit einem Amerika schwächen, das nach aller Wahrscheinlichkeit das von Ronald Reagan bleiben wird. (Brüssel)

SALZBURGER NACHRICHTEN

Mancher in der Sowjetunion mag aufatmen angesichts der Wahl von Tschernomors. Andropows Disziplinierungskampagne hatte die Funktionäre zu Tode erschreckt. Hunderte von Parteikadern in der Provinz mußten um ihre Ämter bangen. Auch in der Industrie hatte Andropow geherrscht. Die Wahl Tschernomors mag da auch eine Rückversicherung an die Partei sein, die durch Andropow aufgewühlt worden war. Denn die Partei läßt sich nicht die Prüfte weghenommen. Funktionäre, die ein Leben lang dem Apparat zueilen, wollen für ihre Loyalität belohnt, nicht durch Strafanordnungen eines KGB-Mannes erniedrigt werden. Die Wahl Tschernomors ist auch eine Rebellion der Partei.

soil jetzt, wie der CDU-Abgeordnete Hillich gestern sagte, geklärt werden, ob es stimme, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung „in nahem zeitlichem Zusammenhang“ zu dem Treffen in der Jagdhütte von Flick eine Million Mark bekommen hat. Der frühere Flick-Buchhalter Diehl, von der Staatsanwaltschaft als glaubwürdiger Belastungszeuge betrachtet, soll am 29. März gehört werden. Ex-Bundeskanzler Schmidt ist für den 29. Februar geladen.

Die Grünen wiederum haben den Antrag gestellt, auch Bundespräsident Carstens zu laden. Die Begründung dafür ist durchsichtig. Der CDU-Vorsitzende Kohl soll gegenüber von Brauchitsch gesagt haben, er werde mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Carstens mit der Zielsetzung reden, daß keine Einwände der Opposition erhoben werden. Das ist alles, und es ist für die Sachaufklärung unerheblich, weil es damals auf die Opposition nicht ankam. Die Entscheidung hatte die Regierung unter Kanzler Schmidt zu treffen. Die Union lehnt es ab, wie Hillich sagte, Carstens als Zeugen zu hören. Sie baut dabei auf das Verfassungs-

und Staatsbewußtsein der SPD. Notfalls will die CDU/CSU einen Verfassungsstreit führen.

Die Justiz interessiert sich inzwischen für die Protokolle der Aussagen vor dem Ausschuß. Der Ausschuß aber interessiert sich für die Justiz. Es ist jedenfalls den Ausschußmitgliedern von der Union mittlerweile aufgefallen, daß die Staatsanwaltschaft in der Tatsache, daß der Flick-Bevollmächtigte v. Brauchitsch nach angeblicher Geldentnahme „wg. Graf Lambsdorff“ den Wirtschaftsminister traf, einen belastenden Beweis sieht, nicht aber in der Tatsache, daß v. Brauchitsch nach angeblicher Geldentnahme „wg. Matthöfer“ den Finanzminister traf (vergl. auch WELT vom 30. Dezember 1983). Nun zweifelt natürlich niemand von den Abgeordneten daran, daß Matthöfer kein Flick-Geld bekommen hat – genau wie Graf Lambsdorff. Was sie zweifeln läßt, ist die unterschiedliche Wertung durch die Bonner Staatsanwälte. Und zwar ausgerechnet zugunsten derjenigen Betroffenen, deren Parteifreunde im Düsseldorfer Justizministerium über die Beförderungen der Bonner Staatsanwälte entscheiden.

M. P. geht – und die Dresdner hofft auf Ruhe

Die Dresdner Bank bleibt hinter der Deutschen Bank die Nummer zwei unter den deutschen Großbanken. Seit Jahren gibt es an der Spitze Personalprobleme. Jetzt verläßt wieder ein Top-Manager das Haus: Manfred Meier-Preschany.

Von CLAUS DERTINGER

Es erregt fast immer Aufsehen, wenn ein Spitzenmanager aus dem Führungsgremium eines großen und bekannten Unternehmens ausscheidet. Und das „Freundschaftliche Einvernehmen“, in dem das geschieht, ist meist nichts weiter als eine Floskel, die etwas wegdecken soll: Schwere Fehler, deren wegen jemand gefeuert wird, Unfähigkeit oder auch Gründe, die im rein persönlichen liegen. Und wenn über die Gründe des Ausscheidens nichts Konkretes bekannt ist, blüht die Spekulation ins Kraut.

Auch über das Ausscheiden von Manfred Meier-Preschany aus dem Vorstand der Dresdner Bank, der den Aufsichtsrat in der Sitzung am 3. April bitten will, ihn auf eigenen Wunsch von seinen Pflichten als Mitglied des Vorstands zu entbinden, um sich anderen Interessen zuzuwenden, wird nach einer Überlegung beider Seiten keine weitere Erklärung abgegeben. Dennoch gibt es in Bankkreisen keinerlei Zweifel, warum der 55jährige seinen Hut nimmt.

Seine Qualifikationen sind unbestritten

Meier-Preschany, seit 1971 im Vorstand der Nummer zwei unter den Großbanken, hat offenbar eingesehen, daß er keine Chancen mehr hat, die Nummer eins in der Dresdner Bank zu werden, falls Vorstandssprecher Hans Friderichs wegen der Flick-Affäre die Bank verlassen sollte. Nicht sachliche Inkompetenz läßt „M. P.“, wie er unter Bankern genannt wird, ungeeignet erscheinen, möglicherweise einmal die Friderichs-Nachfolge anzutreten. Seine fachlichen Qualifikationen sind unbestritten, bei den Kollegen in der Dresdner Bank wie auch woanders im Gewerbe: Daß man Meier-Preschany die risikobeladenen Engagements der Dresdner-Bank-Gruppe in Lateinamerika anlastet, gilt als äußerst unwahrscheinlich. Und auch als Führer und Einpeitscher des Bankenkonjunktur-AEG, dessen Aufsichtsratsvorsitzender sein Chef Friderichs ist, kann man M. P. kaum Versagen vorwerfen, wenngleich sich Friderichs manchmal darüber mokierte, daß M. P. irgendwo im Ausland herumreist, wenn es bei der AEG brannte.

Meier-Preschany hat sich nicht ohne Erfolg für die Bank engagiert. Aber mit einem Ehrgeiz, der immer den Eindruck erweckte, als stünde die Person über der Sache. Was andere über ihn denken, interessiert ihn kaum. Nach dem Motto „Viel Feind, viel Ehr“ schien er die Konfrontation geradezu zu suchen. Auch im Vor-

stand der Dresdner Bank. Aber eine so stark ausgeprägte Extrovertiertheit disqualifiziert letztlich auch einen Mann mit der Energie Meier-Preschany, primus inter pares im Vorstand der zweitgrößten privaten deutschen Bank zu sein, in einem Gremium, an dessen Spitze vor allem Integrationsfähigkeit gefragt ist. Und das um so mehr, als die Wunden der Vergangenheit für die Dresdner Bank immer noch nicht ganz verheilt sind.

Noch heute leidet die Bank daran, daß sie in den sechziger Jahren mit Gewalt versucht hat, dichter an den Branchenherren, die Deutsche Bank heranzuziehen, ein Unterfangen, das die Dresdner Bank seit Beginn dieses Jahrzehnts teuer bezahlen mußte. Wenige Zahlen mögen das Expansionsstreben der Nummer zwei unter den Großbanken beleuchten: Von 1960 bis 1979 wuchs die Dresdner Bank ihre Bilanzsumme um 226 Prozent aus. Die größere Deutsche Bank aber beschied sich mit einer Zunahme der Bilanzsumme um 780 Prozent.

Die Engagements, mit denen die Dresdner Bank vor allem in der Ära des 1977 ermordeten Vorstandssprechers Jürgen Ponto diesen Spruch nach vorn schaffte, waren nicht immer die besten. Ponto war es zwar gelungen, der Dresdner Bank ein neues Image zu geben und sie von dem Ruf zu befreien, eine „Händlerbank“ zu sein, ein Renommée, das ihr die Tatsache einbrachte, daß nicht wenige ihrer früheren Topleute aus dem Börsengeschäft kamen, wo es manchmal etwas hemdsärmelig zugeht. Ponto, hochgebildet und ein Mann mit vielseitigen, vor allem musischen Interessen, gab der Dresdner Bank eine neue Ausstrahlung. Er selbst galt als zweiter Abs in der internationalen Bankenwelt.

Aber wenn's ins Detail ging, hatte er die Fäden doch nicht so fest in der Hand wie der grand old man bei der Deutschen Bank. Und in der Personalpolitik und bei der Besetzung der Vorstandsposten fehlten ihm und seinem Aufsichtsrat wohl das Feingefühl, mit dem bei der Deutschen Bank die richtigen Leute auf den richtigen Platz gesetzt wurden. Denn das vor allem ist ausschlaggebend für den Erfolg einer Bank und auch für



Manfred Meier-Preschany FOTO: DPA

den Vorsprung, den die Nummer eins unter den deutschen Großbanken immer vor ihren Wettbewerbern hatte.

So ist es sicherlich auch kein Zufall, daß bei der Dresdner Bank in den letzten Jahren einige Köpfe rollten. Hans-Joachim Schreiber, früherer Devisenhändler, mußte 1981 aus dem Vorstand ausscheiden, weil er der Bank im Goldhandel riesige Verluste eingebrockt hatte. Und im Jahr davor schied Professor Karl Friedrich Haggenmüller, zuständig für die Ressorts Organisation, Revision, Personal und Bauwesen aus dem Vorstand aus. Er war zweifellos der mächtigste Mann in der Bank. Aber er mußte nicht gehen, weil er in der Ära Friderichs, der im April 1978 Vorstandssprecher wurde, auf eine zu konservative Geschäftspolitik der Bank gedrängt hatte. Er hatte sich schlecht mit Friderichs und anderen Kollegen im Vorstand überworfen.

Der Konflikt war programmiert, weil der äußerlich glanzvolle Professor, der sich selbst einmal Hoffnungen auf die Ponto-Nachfolge gemacht hatte, die Fäden in der Bank so fest in der Hand hielt, wie es nicht mehr zu der neuen Führungsstruktur paßte, die der Politiker und Neubankier Friderichs dem schwankenden Bankriesen verordnete, die unter den Stichworten Klarheit der Entscheidungsprozesse und klare Kompetenzen zu subsumieren sind.

Man hängt Friderichs heute oft an, daß es bei der Dresdner Bank unter seiner Ägide bergab gegangen sei. Tatsächlich hat er sein Amt angetreten, als die Phase langer forscher Expansion zu Ende ging. Er hatte die undankbare Aufgabe, die Dresdner Bank auf einen Kurs der Konsolidierung und Gesundung zurückzuführen, ein Job, der nicht viel Ehre einbringt.

Der Wettlauf mußte aufgegeben werden

Die Dresdner Bank mußte ihren Wettlauf mit der Deutschen Bank endgültig aufgeben und bescheiden mit dem Platz in der Bankenlandschaft vorlieb nehmen, der ihr zusteht. Es galt, Schiefenagen zu verdauen, die aus der Verletzung der „goldenen Bankregel“ resultierten, Verluste aus der Beteiligung und aus Krediten an AEG, aus Krediten an Polen, Lateinamerika, der Stahlindustrie und vielen anderen Unternehmen.

Das Schlimmste ist inzwischen geschafft. Aber noch nicht alles. Die Bank kann noch nicht wieder ihre alte Dividende von neun Mark zahlen. Und sie kommt auch immer wieder ins Gerede, solange nicht endgültig geklärt ist, daß Friderichs nicht in die Flick-Affäre verwickelt ist. Es ist verständlich, daß in dieser Situation das Ausscheiden von Vorstandsmittglied Meier-Preschany neue Unruhe schafft. Aber letztlich ist diese Trennung ein Schritt, der zur Beruhigung führen wird. Denn M. P. ist ein explosives Element in dem Gremium, das nach innen und außen Geschlossenheit aufweisen und an einem Strang ziehen muß.



Das letzte Geleit für Jurij Andropow: Am Sorg Nachfolger Tschernenko, Tichonow, Ustinow, Gromyko FOTO: AP

Politische Signale beim Abschied in Schwarz und Rot

Beisetzung von Jurij Andropow an der Kreml-Mauer: militärisches Zeremoniell, Reden, die Kontinuität versprechen, und ein Nachfolger, den kaum Glanz umgibt. Am Rande die erste Begegnung Kohl-Honecker, in einer guten Atmosphäre.

Von FRIEDRICH NEUMANN

Busse brachten das trauernde Volk zum Roten Platz. Vor dem Kaufhaus GUM hatten verdiente Funktionäre ihren Ehrenplatz. Schwarz-rot umrandete Fotos des verstorbenen Generalsekretärs Jurij Andropow ragten aus ihrer Mitte empor. Es war das offizielle, das einzig zugelassene Foto, nach dem auch das Porträt an der Säulenvorhalle des Gewerkschaftshauses gestaltet worden war. Dort im Gewerkschaftshaus, dem ehemaligen Adelspalais am Marx-Prospekt, hatte die Bevölkerung in den letzten Tagen in langen, wohlgeordneten Kolonnen von Andropow Abschied genommen. Seit Lenin vor 60 Jahren starb, werden die toten Sowjetführer hier aufgebahrt.

Militär bestimmte gestern bei der Beerdigung die Szene. Der Rote Platz war von Einheiten der Militärakademie eingerahmt, breite Offizierskolonnen im Gewoge rot eingefärbter Kränze an der Spitze des Trauerzuges. Wie immer bei einem Moskauer Beisetzungs-Zeremoniell zog ein Schützenpanzer die rot-schwarz drapierte Laferette mit dem Sarg, von vier Gardisten eskortiert. Generale und Admirale schritten mit 21 Ordenskissen voraus, als der Verstorbene im offenen Sarg an die Kreml-Mauer hinter dem Lenin-Mausoleum getragen wurde, begleitet von den Mitgliedern des Politbüros. Die Witwe Andropows, Sohn und Tochter sowie weitere Angehörige der Familie nahmen ein letztes Mal Abschied.

Dann entfernte sich das Fernsehbild, anders als bei der Beisetzung Breschnevs, diskret von der Szene zum Grab. Von weitem blickten die Kameras über die Türme des Platzes, als der Sarg unter Salutschüssen und Sirenenklang in die Erde gesenkt wurde. In tiefer Stille erstarrte dann

Stadt und Land, fünf Minuten lang ruhte überall die Arbeit.

Die Ansprache des neuen Generalsekretärs der Partei, des 72jährigen Konstantin Tschernenko, entsprach seiner Rede vor dem Zentralkomitee: in der Form geriet sie zu dem befürchteten Flakso. Kurzzeitig und stockend, von Pausen unterbrochen, die ihm der Kampf mit dem raschenden Manuskript abnötigte, verlas er unter den besorgten Blicken der benachbarten Politbüro-Mitglieder die Laudatio auf seinen Vorgänger.

Andropow habe ein klares Arbeitsprogramm hinterlassen, das jetzt mit Unterstützung der Volksmassen fortzuführen sei. Auf die konkreten Taten komme es an. Tschernenko wiederholte „unsere“ Bereitschaft zu aufrichtigen und allen Seiten gerecht werdenden Verhandlungen, verwies dabei aber auch auf die gefestigte Verteidigungskraft des Landes, keine Bedrohung könne es erschrecken.

Der Plural sollte das Prinzip kollektiver Führung unterstreichen. Als deren herausragende Mitglieder erwiesen sich, entsprechend ihrer angestammten Machtposition, Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow. In ihren kurzen Ansprachen, deren kraftvolle Rhetorik den Mangel an rednerischem Talent bei Tschernenko noch deutlicher werden ließ, lehnte der außenpolitische Kurs Andropows weiter. Gromyko verwies auf die weitere Gültigkeit der bisherigen Verhandlungslinie des Kreml. Ustinow benutzte die Würdigung des Verstorbenen, um die militärische Macht der Sowjetunion herauszustellen. Wenn er von Verteidigungsfähigkeit sprach, meinte er stets nicht nur Waffen und Soldaten, sondern vor allem die Kampfbereitschaft. Er ist seit langem ein energischer Anwalt der „militär-patriotischen Erziehung“, die im Zeichen der festen „Einheit zwischen Armee und Volk“ auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt werden müsse.

Das ist etwas anderes als die Einheit, um die der neue Generalsekretär besonders besorgt ist. Ihm geht es vor allem um die Verbindung der Partei mit dem Volk. Tschernenko, nach dem Tod seines früheren Rivalen Andropow dank einer rasch wiederauf-

benden Koalition alter Breschnevnutznießer scheinbar problemlos auf den Schild gehoben, wird ein Höchstmaß an Integrationskraft aufbringen müssen, um die widerstreitenden Kräfte unter einen Hut zu bringen.

Bei einer letzten Ehrenwache des Politbüros an der Bahre Andropows deutete Tschernenko am Montag an, mit welchen Mitarbeitern er die Partei zu führen gedenkt. Vor den Kameras des Fernsehens standen rechts neben ihm die ZK-Sekretäre Gorbatschow und Romanow, zur Linken gab es die übliche Reihenfolge mit Regierungschef Tichonow und den Ministern Gromyko und Ustinow. Die beiden jüngsten Mitglieder der Parteiführung bleiben die aussichtsreichsten Kandidaten für die Zeit nach Tschernenko. Im Zweckbündnis mit dem Mann des Übergangs an der Spitze werden sie sich die Sporen verdienen müssen.

Zahlreiche ausländische Staatsgäste, die wie Bundeskanzler Kohl zur Beisetzung nach Moskau gekommen waren, erhofften sich von der Begegnung mit dem neuen Generalsekretär einen unmittelbaren Eindruck. Anders als Andropow, der bei der gleichen Gelegenheit deutliche Beweise seines außenpolitischen Interesses lieferte und erste Akzente setzte, dürfte sich Tschernenko eher bedeckt halten.

Für den Bundeskanzler könnte deshalb die erste Begegnung mit dem Generalsekretär der SED, Erich Honecker, ergebiger gewesen sein. Die beiden deutschen Politiker verbrachten eine Stunde im Gespräch und eine weitere bei Tisch im Gästehaus der Sowjet-Regierung auf den Leninhügeln über der Stadt, in dem sich nach dem Tod Breschnevs auch Bundespräsident Carstens mit Honecker getroffen hatte.

Politisch trafen sich die beiden in der gemeinsamen Befürwortung eines baldigen Gipfeltreffens zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär. Sie stimmten auch darin überein, daß beide deutsche Seiten ihren jeweiligen Beitrag zur Besserung der Lage in Europa leisten sollten.

WIE WAR DAS?

Treffen am Rande früherer Trauerfeiern

Von BERNT CONRAD

Trauerfeiern in Osteuropa sind zu einer beliebten Kulisse für deutsch-deutsche Gipfeltreffen geworden. Es begann im Mai 1980 in Belgrad: Fünf Jahre lang hatte sich der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und SED-Chef Erich Honecker nicht gesehen; darum nutzten sie gern die unverfängliche Gelegenheit, am Rande der Beisetzung des jugoslawischen Staatschefs Tito zwei Stunden lang „ein Gespräch vom Mann zu Mann“ (Schmidt) zu führen.

Aus der hochgelegenen Botschaftsresidenz der Bundesrepublik in der idyllischen Tolstojew 29 drang kräftiges Gelächter. Honecker frozte Klaus Bölling, Regierungssprecher und später Ständiger Vertreter Bonn in Ost-Berlin, wegen dessen inzwischen längst wieder geschiedener Ehe mit einer reichen Erbin an: „Da haben Sie ja wohl einen guten Fang gemacht.“

Hatte der Staatsratsvorsitzende bei der ersten Begegnung mit Schmidt 1975 in Helsinki noch unsicher und verkrampft gewirkt, so schien er in Belgrad sehr gelöst zu sein. Gegenüber den unermüdlich blitzenden Fotografen demonstrierte er sogar saarländisch gefärbte „DDR“-Heiterkeit: „Habt ihr denn genug Material da?“ fragte er animiert.

Am Ende zeigte sich der Kanzler zufrieden. Ihm war es darum gegangen, trotz internationaler Krisen das im innerdeutschen Verhältnis erreichte auszubauen. Möglichst noch im gleichen Jahr wollte er Honecker wiedersehen. Doch bis zu seiner Reise an den Werbellinsee vergingen dann noch einhalb Jahre.

In Belgrad sah Schmidt damals auch den sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnevs. Doch das wurde eine höchst einseitige Angelegenheit, denn der gesundheitlich schwer angeschlagene Sowjetführer erkannte Schmidt gar nicht, als der ihm auf der Tribüne die Hand schüttelte. Erst als Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher herantrat, entfuhr dem bis dahin teilnahmslos darsitzenden Breschnevs der dröhnende Ausruf: „Genscher!“. Freudig zeigte er mit dem Finger auf den FDP-Chef und erläuterte seinem Nachbarn Andrej Gromyko noch einmal lautstark „Genscher“.

Im November 1982, als Breschnevs in Moskau zu Grabe getragen wurde, gab es wieder ein deutsch-deutsches Rendezvous. Diesmal trafen sich Bundespräsident Karl Carstens und Genscher mit Honecker in einem sowjetischen Gästehaus. Wie zwei Jahre vorher in Belgrad und wie jetzt beim dritten gesamtdeutschen Trauergespräch war die Lage kritisch. Um so nützlicher fand Carstens die angenehme Atmosphäre im Gespräch mit dem SED-Chef, der eine besondere Verantwortung Bonn und Ost-Berlins für den Frieden bejahte.

Direktor Haag hat kaum Zeit, sich um seine Geldanlage zu kümmern. Und sein Vermögen wächst trotzdem?



Herr Haag arbeitet hart und verdient gut. Aber ihm fehlt die Zeit, sich um seine Geldanlagen zu kümmern. Das tun wir. Unsere Experten haben ihm eine ausgewogene Anlagemischung zusammengestellt. Sie besteht aus festverzinslichen Wertpapieren unserer beiden Hypothekenbanken, Investment-Anteilen und Immobilien-Zertifikaten. Mit einem Teil seines Geldes gehen wir für Herrn Haag an die Börse. Einen weiteren Teil haben wir mehrwertsteuerfrei in Goldzertifikaten in Luxemburg angelegt. Eine renditeträchtige und sichere Mischung also.

Außerdem sichert sich Herr Haag Steuervorteile durch den Petrofonds Nr. 4 und durch einen Bausparvertrag. Um alle diese Anlagemöglichkeiten zu nutzen, brauchte er nur zu uns zu kommen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

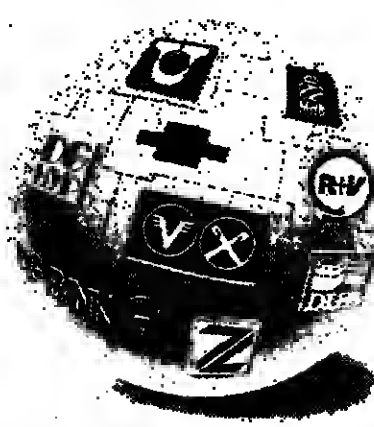
Der Verbund: Alles aus einer Bank. Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Geldangelegenheiten bequem und überschaubar zu erledigen

und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,6 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Hypothekenbank
- OIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekenbank, eG
- R + V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

NRW-Wahlrecht: CDU argwöhnt Manipulationen

WILM HERLYN, Düsseldorf
Mit einer Verordnung zur Änderung des Kommunalwahlrechts hat der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) nach Auffassung der oppositionellen CDU ein „verfassungsrechtlich in höchstem Maß bedenkliches Terrain beschränkt“. Streitpunkt ist die Entscheidung, daß Wahlberechtigte, die ihren ersten Wohnsitz in anderen Bundesländern und nur den zweiten in Nordrhein-Westfalen haben, trotzdem dort zu Kommunalwahlen zugelassen werden können.

Die entsprechende Verordnung war bereits am 5. November 1983 erlassen worden, erst jetzt wurde ihre ganze Tragweite erkannt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Bernhard Worms, verwies gestern in einem Gespräch mit der WELT darauf, daß wahlberechtigte Bürger mit zwei Wohnsitzorten eine Wahlberechtigung in zwei Gemeinden gleichzeitig haben könnten. Worms forderte Schnoor auf, die in ihren Auswirkungen „rechtlich bedenkliche Änderung“ zurückzuziehen, um eine An-

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere – das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT
TÄGLICHE ZEITUNG FÜR DIE BRITANNISCHE

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschluß-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,40 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ-Ort: _____

Beitrag: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschluß-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58/30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift: _____

fechtung der für den 30. September terminierten Kommunalwahl zu vermeiden.

Die vom Innenminister verfügte Bestimmung kann nach den Rechnungen der CDU zu gravierenden Änderungen in kommunalen Parlamenten führen: In der Universitätsstadt Münster beispielsweise wären zusätzlich 12 000 Mieter einer Nebenwohnung – überwiegend Studenten – wahlberechtigt. Dies könnte zu Verschiebungen bei vier Ratsmandaten führen. Die CDU argwöhnt, daß die SPD auf diesem Wege zusätzliche sozialdemokratische Stimmen gewinnen möchte.

Außerdem verwies Worms darauf, daß die Städte und Gemeinden ihre Wahlbezirke nach dem „Bevölkerungszahlen-Stichtag“ vom 31. Dezember 1982 hätten einteilen müssen. Mit der Änderung der Wahlordnung gebe es jetzt einen beträchtlichen Kreis zusätzlich wahlberechtigter Bürger und damit für die festgelegte Größe der Wahlbezirke „unzulässige Abweichungen“, was auch ein Wahlrechtungsgrund sein könnte.

Als „völlig unverständlich“ hat der Innenminister diese Kritik gegenüber der WELT bezeichnet. Er habe es schon immer für sachgerecht gehalten, bei doppeltem Wohnsitz inner- und außerhalb Nordrhein-Westfalens dem Bürger auch doppelte Rechte und Pflichten zu geben.

Wörner und Altenburg fordern: Konventionelle Kampfkraft stärken

27. Kommandeurstagung / „NATO darf nicht auf Nukleareinsatz angewiesen sein“

RÜDIGER MONIAC, Travemünde
Die Bundeswehr steht in den nächsten Monaten vor Entscheidungen von großer Tragweite für ihre friedenssichernde Aufgabe. Vor rund 400 Generalen, Admiralen und Offizieren wiesen Bundesverteidigungsminister Wörner und der Generalinspekteur gestern zum Auftakt der 27. Kommandeurstagung in Travemünde auf die „zwingende“ Notwendigkeit hin, die konventionelle Kampfkraft der Bundeswehr zu stärken.

Zu den geistigen Grundlagen der Bonner Friedenspolitik sagte Minister Wörner, Friedenssehnsucht dürfe nicht mit Friedenspolitik verwechselt werden: „Nicht derjenige stiftet Frieden, der sich einseitig wehrlos macht und damit der Gewaltanwendung Tür und Tor öffnet, sondern derjenige, der durch eine besonnene Politik des militärischen Gleichgewichts und der politischen Verständigung den Ausbruch eines Krieges unmöglich macht, ohne den Preis des Verlustes der Freiheit zu zahlen.“ Die Soldaten der Bundeswehr könnten ihren Dienst „guten Gewissens“ versehen. Schriftsteller wie Günther Grass und andere, die mit der „Heilbronner Erklärung“ behaupten, die Bundeswehr sei einer aggressiven Strategie unterworfen, hielt er vor, die Unwahrheit zu sagen. Bevor sie Kritik üben, sollten sie zuerst die Tatsachen zur Kenntnis nehmen.

Wörner hob hervor, Rechtsbruch und Kasernenblockaden seien keine angemessenen Mittel demokratischer Auseinandersetzung. Mit machte der Minister den Soldaten, sich öffentlich in Uniform zu zeigen, denn ihr Dienst sei Friedensdienst und damit Ehrendienst.

Zur Kampfkraft der NATO sagte Generalinspekteur Altenburg, dem Warschauer Pakt könnte sie mit ei-

nem zunächst konventionell vorgehenden Angriff „nur wenige Tage“ standhalten. Sie wäre auf einen frühen Nukleareinsatz angewiesen. Damit würden, meinte der Generalinspekteur, „Nuklearkräfte als Mittel der Politik, sei es zum Zwecke der Abschreckung oder zum Zwecke der Beendigung eines Krieges, problematisch“. Mit einer verbesserten konventionellen Kampfkraft des Nordatlantischen Bündnisses müsse der Sowjetunion mit sofort präsenten und reaktionsfähigen NATO-Verbänden ein rascher und raumgreifender Vorstoß nach Westen verwehrt werden. Dies schließe die Abwehr von Luftangriffen ein. Gleichzeitig, so Altenburg, müsse erreicht werden, daß die sowjetischen Landstreitkräfte auch dann noch auf eine zusammenhängende Bundesverteidigung der NATO treffen, wenn ihre „Fronten der zweiten Staffel zum Einsatz gelangen“. Schließlich müsse der Sowjetunion verwehrt werden, die für die NATO wichtigen Seeverbindungen nachhaltig zu unterbrechen.

Mit Blick auf die Bundeswehr ließ der General keinen Zweifel daran, daß zu diesem Zweck „größere finanzielle Anstrengungen unternommen“ werden müßten, als sie in der derzeitigen Bundeswehrplanung mit „realem Nullwachstum“ prognostiziert seien. Altenburg kündigte den Abschluß der gegenwärtig im Verteidigungsministerium laufenden Planungsarbeiten bis Juni an. Bis dahin sei der finanzielle Mehrbedarf „zu quantifizieren“. Zu einigen Einzelaspekten der gegenwärtigen „Lage der Bundeswehr“ machte der Generalinspekteur ausführliche Feststellungen.

Friedensdiskussion: Ohne den festen und offenkundigen Willen zum

Verteidigungskampf seien Streitkräfte wertlos. Die Bergpredigt werde häufig falsch interpretiert. Zwar könne danach der einzelne auf den Schutz der eigenen Person verzichten. Aber der für die Mitbürger Verantwortliche, letztlich der Staat, habe die Aufgabe, „für den nächsten einzustehen“ und, falls erforderlich, „so gar unter Opfern zu schützen“. Die „politischen Mandatsträger“ könnten nicht aus der Pflicht entlassen werden, die Bundeswehr als politisches Instrument der Friedenssicherung zu rechtfertigen.

Mehrmassnahmen von Soldaten: Auch sie hätten fraglos das Recht auf eine Meinung, vor allem im privaten Bereich. In erster Linie an die Adresse der Offiziere gerichtet, sagte Altenburg, ihnen werde „entgegengetreten“, wenn sie „an den Maßnahmen der verfassungsmäßig gewählten Regierung entstellende Kritik“ üben sollten. Je höher Dienstgrad und Dienststellung von Offizieren sind, desto mehr hätten sie in der Öffentlichkeit ihre Worte „sorgsam zu wägen“.

Personal: Die bisher gefundenen Erleichterungen des Beförderung- und Verwendungsaufstiegs nach Altenburgs Worten nicht ausreichend. Der Bundeskanzler habe ihn bei der Kabinettssitzung am vergangenen 1. Februar beauftragt, Vorschläge für eine umfassende Lösung vorzulegen. Es gehe dabei nicht um die Behauptung eines Sozialproblems, sondern um die Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte. Zu alte Vorgesetzte in der Truppe seien im Vergleich zu den jungen Wehrpflichtigen nicht mehr belastungsfähig genug. Noch immer fehlten rund 17 000 längerdienende Soldaten. Die Lage aber entspanne sich dank der guten Bewerberzahl und der erhöhten „Geldansatzstärke“ für „Längerdienste“.

Wie kann der BGS die Überalterung meistern?

Mailhofers Personalstrukturgesetz war ein Fehlschlag

BERND HUMMEL, Eschwege
Der Bundesgrenzschutz steckt in der bislang schwersten Personalkrise seit seiner Aufstellung im Jahre 1951. Belastet durch die Auswirkungen des Personalstrukturgesetzes von 1976, das der Truppe ausschließlich Leibesbescheide, gilt es nun, der Überalterung im BGS Herr zu werden. Allerdings: Akzeptable Lösungen sind nicht in Sicht. Das von den Kommandeuren schon Mitte der siebziger Jahre als untauglich kritisierte Struktur-Gesetz ging personell nicht auf 1100 BGS-Beamte rechnete damals Innenminister Werner Mailhofer vor, könnten jährlich an andere Bedienstete – primär an die Landespolizeien – abgegeben werden. Tatsächlich nahmen die Landespolizeien jedoch nur etwa 400 BGS-Beamte ab.

Durch die Abgabe von jährlich 700 BGS-Beamten an den Zoll wollten jetzt Bundesinnenministerium und Bundesfinanzministerium gemeinsam dieses Problem lösen. Seit in der vergangenen Woche Verhandlungen über das Zollmodell scheiterten, fehlt es im Haus von Friedrich Zimmermann an geeigneten Alternativen. Dabei hatte sich das Modell – mit 27 Millionen Mark Kosten veranschlagt – gut rechnen lassen: 400 Beamte sollten weiter an die Landespolizeien und weitere 700 an den Zoll abgegeben werden, die sogenannte Abflußquote von 1100 Beamten hätte damit gestimmt.

Verband und Minister stecken in der Klemme

Doch schon bei den Gesprächen der Staatssekretäre Fröhlich (Innenministerium) und Obert (Finanzministerium) hatte sich schnell der Streitpunkt gezeigt: Obert forderte als Gegenleistung eine Auflösung des 2000 Mann starken Grenzschutz-Einzeldienstes und die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben an den Grenzübergängen ausschließlich durch den Zoll. Bis zu 70 Millionen Mark pro Jahr sollten so eingespart werden. Das aber war für die Mitarbeiter des Innenministeriums Zimmermann kein Thema, wußten sie doch, daß Zimmermann den Einzeldienst wegen seiner Erfolge – Aufklärungsquoten von sechzig Prozent – besonders schätzte. Ergebnis: Das Zollübernahmestrukturmodell war vom Tisch.

Erschrocken erklärte der Vorsitzende des Bundesgrenzschutzverbandes Helmut Pfeffer, die Minister haben sich darauf geeinigt, daß sie sich nicht einigen können. Der BGS-Verband allerdings steckt nun ebenso wie das Bundesinnenministe-

rium in der Klemme: Beiden fehlt es nun an wirkungsvollen Alternativen. Eher zögerlich greift man beim Innenministerium auf ein „BGS-Selbsthilfemodell“ zurück. Durch eine Verlängerung der Verweildauer von derzeit acht auf zwölf Jahre und eine Reduzierung der Einstellungsquoten von bislang 1300 auf 700 BGS-Beamte im Jahr, so die Rechnung, lasse sich bis 1990 der Abgabedruck aus dem BGS auf jährlich 580 Beamte begrenzen.

Das Absinken der Einsatzstärke hätte aber auch eine Minderung der Einsatzbereitschaft des BGS zur Folge. Dies um so mehr, als der Bundesinnenminister gleichzeitig eine personelle Aufstockung des Grenzschutzeinzeldienstes um 1000 bis maximal 2000 Beamte in den BGS-Verbänden rekrutiert werden. Das personelle Loch will man recht einfach stopfen: Durch die Auflösung von voraussichtlich drei Grenzschutzabteilungen.

Die Kommandeure fühlen sich im Stich gelassen

Nach alledem fühlen sich besonders die Kommandeure der an der innerdeutschen Grenze stationierten Dienststellen im Stich gelassen. So beklagte am Wochenende bei einer Zusammenkunft von Abteilungs- und Kommandeuren der Chef einer Grenzabteilung der bereits jetzt angeschlagene Einsatzbereitschaft des BGS: Bei einer Gesamtstärke von 580 Beamten beträgt die Dienststärke nur etwa 250 Mann, die Standortdienste eingeschlossen. Was bleibt, ist eine tatsächliche Einsatzstärke von maximal 150 BGS-Beamten.

Immerhin erarbeiteten die Kommandeure ein Papier mit Lösungsmöglichkeiten. Ihr Vorschlag: Die Wiedereinführung von Zeitbeamten bei gleichzeitiger Option auf Übernahme in den BGS oder Wechsel in einen Zivilberuf nach entsprechenden Berufsausbildungsmaßnahmen. Angeregt wird ferner die Angleichung des Grenzschutzeinzeldienstes an die BGS-Kommandos und eine auf vier Jahre begrenzte jährliche Abgabe von 250 BGS-Beamten an den Einzeldienst unter Beibehaltung der dann bei den Verbänden neu zu besetzenden Planstellen. So könne man sich wenigstens bis zum Ende des Jahrzehnts behelfen, bis durch die Auswirkungen des Pflückenknicks ohnehin mit geburtschwachen Jahrgängen gerechnet werden muß.

Den Schwarzen Peter gibt die Regierung Rau nach Bonn weiter

WILM HERLYN, Düsseldorf
Schweres Geschütz führt heute die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag gegen die Regierung von Johannes Rau auf. Ihre gesamte Spitze – Bernhard Worms, Kurt Biedenkopf und Theodor Schwaier – will das Konzept der mit absoluter Mehrheit herrschenden SPD auseinandernehmen, sich als Gegenpol der unionsgeführten Bundesregierung darstellen. Anlaß dazu bietet die dritte Lesung des 57,5 Milliarden-Mark-Etats für 1984.

Die Eckdaten sind nicht gerade ein Zeugnis guter Finanzpolitik. So rechnete kürzlich erst der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende – Ottmar Pohl dem „Schulden-Johannes“ vor, in den fünfzehn Jahren seiner Amtsführung sei die Kreditmarktschuldung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes von 17,3 auf knapp 60 Milliarden Mark gestiegen. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern steht Nordrhein-Westfalen am unteren Tabellenende. Das Land muß die höchste Brutto-Veranschlagungsquote pro Jahr tragen, die im wesentlichen durch den großen Block der Personalausgaben bedingt ist: Sie macht allein 40 Prozent des Etats aus. Dazu drücken die hohe Arbeitslosenquote und die veraltete und immer aufwendiger subventionierte Monostruktur des Ruhrgebiets. Der Finanzexperte Schwaier: „Wir haben schon vor zehn Jahren auf die Schere zwischen Einkommen und Ausgaben hingewiesen und vor einer Ausgabenexpansion gewarnt. Heute stehen wir vor einem finanziellen Scherbenhaufen. Das Land muß einen Teil der Leistungen zurücknehmen wie bei der Schülerbeförderung, dem kostenlosen Kindergartenbesuch, der Schulgeldbefreiung.“

Er ärgert sich insbesondere darüber, daß die SPD mit dem Hochmut der absoluten Mehrheit Änderungs-

wünsche der Union „mit der Stimm-Guillotine abscheidet“. Sein Fraktionskollege Günter Detert stimmt ein: „Sie gefällt sich in der Rolle der absoluten Herrschaft, die jeden Antrag von uns niederschmettert, auch wenn es dem Wohle des Landes und der Bevölkerung dienen könnte.“

Und ein zweites ärgert die Union: Immer häufiger und immer gezielter versucht die SPD, von den Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen mit Entlastungsgriffen gegen Bonn abzulenken. Seit dort nicht mehr Helmut Schmidt regiert, fällt es Rau und seinen Kabinettsmitgliedern um so leichter, plakativ Forderungen und Wünsche lauthals in der Öffentlichkeit anzumelden – auch wenn sie sich bewußt sind, daß sie keine Mehrheit im Bundestag finden können oder von der Bundesregierung als nicht realisierbar zurückgewiesen werden müssen. Die Schuldzuweisungen und das Schwarze-Peter-Spiel gehen so weit, daß jeder Schritt Bonns als erstes eine negative Reaktion aus Düsseldorf erfährt. Als etwa in der Vorwoche der Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt wurde, tadeltet gleich Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen, das Gutachten verfehle seine gesetzliche Zielsetzung, hinterlasse nur Desorientierung und gehe an den „wirklichen Aufgaben einer durchgreifenden Lösung unserer Arbeitsmarktp Probleme vollständig vorbei“. Und: Die Bundesregierung könne nicht einfach die Hände in den Schoß legen, nur weil die Konjunkturaussichten für 1984 etwas günstiger beurteilt würden. Dabei weiß natürlich auch Jochimsen, daß die CDU-FDP-Regierung in Bonn alles andere tut, als untätig zu sein – aber die Schlagzeile ist ihm zunächst egal. Das ist wichtig für die SPD im Jahr der Kommunalwahl und ein Jahr vor der entscheidenden Landtagswahl. Schließlich ist NRW das einzige Flächenland, in dem die So-

zialdemokraten das Sagen haben. Kein Wunder, daß die politischen Äußerungen aus der Düsseldorfer Staatskanzlei gut mit der Bonner SPD-Baracke abgestimmt sind. Bevor Johannes Rau etwa seine monatliche Kolumne in der hessischen „Wetzlarer Zeitung“ abliefern wird, die Parteizentrale vorher per Telex informiert.

Doppelzüngigkeit nun wirft Bernhard Worms auch Finanzminister Dieter Posser vor. Der verkündete gerade erst in der vergangenen Woche mit großem Applomb beim Abschlußergebnis des Haushalts 1983, das Land habe 1,5 Milliarden Mark mehr an Steuern eingenommen als eingeplant. Die Jahre zuvor mußte Posser meist gestehen, die Einnahmen hätten sich verschlechtert. Woher nun der Umschwung kam, verriet der gewitzte Finanzminister nicht – die Mehreinnahmen schlugen aber nicht der SPD auf der Haben-Seite zu Buche, sondern sind ganz offensichtlich die ersten, wenn auch zaghaften Erfolge einer konjunkturellen Erholung. Doch da hätte der SPD-Landesminister das CDU-FDP-Bundeskablnett loben müssen.

Auch der jüngste Vorstoß von Sozialminister Friedhelm Farthmann gehört in dieses SPD-Konzept contra Bundesregierung. Farthmann hatte vorgeschlagen, die Überlegungen der unionsregierten Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zu einer „Gesamtinitiative“ zu machen und das Kindergeld erheblich zu erhöhen. Denn zum einen versucht Farthmann mit dieser „großen Koalition der Bundesländer“ einen Keil in die Bundesregierung zu treiben, nachdem sich die FDP schon von solchen Plänen distanziert hatte, zum anderen fordert er Vorrang für die Kindergelderhöhung vor einer allgemeinen Steuerenkung, die Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg plant.

Lohse würdigt „Brüderlichkeit“ im Lutherjahr

DW. Hannover

„Ein Jahr wieder gewachsener Brüderlichkeit“, hat der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Eduard Lohse, in einem Brief an Papst Johannes Paul II. das Lutherjahr genannt. Die Verkündigung der Frohen Botschaft angesichts der Herausforderungen der Gegenwart finde besondere Aufmerksamkeit, „wo wir mit einer Stimme sprechen“. Dieses gemeinsame Zeugnis sei im Lutherjahr Wirklichkeit geworden.

Allein die Beteiligung der katholischen Kirche mit Vorträgen und Ansprachen an allen großen Luther-Feiern sei noch vor kurzer Zeit nicht denkbar gewesen. Lohse würdigte auch den Besuch des Papstes in der evangelisch-lutherischen Christuskirche in Rom am dritten Adventssonntag 1983 als „einen Schritt auf unserem Weg zur Einheit“. An ihm sei jedoch „besonders schmerzhaft zum Bewußtsein gekommen, was uns noch trennt“, heißt es in dem Brief weiter. Gerade im Lutherjahr sei bei vielen Protestanten die Trauer darüber groß gewesen, „daß keine gemeinsame Mahlfest unserer Zeugnis hat krönen dürfen“.

Lohse verwies auf das Wort des Rates der EKD zum Lutherjahr, das auch an die Schatten erinnert habe, „die von Luther ausgegangen sind“. Die geduldige Arbeit evangelischer wie katholischer Forscher habe historisch bedingte Kontroversen, die dem gegenseitigen Verständnis bisher im Wege standen, beseitigen und den Blick auf zentrale Fragen lenken helfen. Weitere Mißverständnisse und Gegensätze könnten überwunden werden, wenn Luther „als Lehrer der ganzen Christenheit akzeptiert würde“.

Keine kugelsicheren Westen für Syrien?

Die von der Bundesregierung genehmigte Lieferung von 33 000 kugelsicheren Westen nach Syrien droht zu scheitern. Nach Angaben der Firma Mehler AG hat Washington den sogenannten Re-Export der aus den USA stammenden Kunststoff-Faser Kevlar „suspendieren“ lassen, die in den Westen verwendet wird. Das Bundeswirtschaftsministerium teilte mit, die Bundesregierung müsse bei einem Scheitern des Geschäfts grundsätzlich Schadensersatz leisten.

DIE WELT (Ausg. 600-500) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publishers, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Auch Grüne applaudieren Bastian

„Offene Fragen nicht unter den Teppich kehren“ / Auseinandersetzungen verschärft

WERNER KAHL, Bonn/München
Eine Gruppe namhafter Grüner aus mehreren Bundesländern hat in einem „offenen Brief“ an die Bundestagsfraktion der Grünen dem ausgetretenen General a. D. Gert Bastian für seine „fundierte und konstruktive Kritik“ gedankt. Den „grünen Ansagen“ in der Fraktion – vor allem Otto Schily, Eberhard Walde und Ulrich Tost – wird von den Verfassern Engstirnigkeit vorgeworfen.

Wenn die „Hemmschwelle“ für weitere Fraktionsaustritte höher gelegt werden soll, werde damit zugesagt, daß eine „Ausgangssperre“ für Abgeordnete gerufen: Administrativ soll das Auseinanderbrechen der Fraktion verhindert werden, heißt es in dem Schreiben. Die offenen Fragen dürfen jedoch nicht weiterhin unter den Teppich gekehrt werden, sonst würden sie dort „Schwelbrände auslösen“.

Zu den Unterzeichnern gehören der Sprecher der Grünen im Stuttgarter Landtag, Winfried Kretschmann,

die Düsseldorfer Grünen Ulrike Häberl, Johannes Stüttgen und der ehemalige Bundesvorstandssprecher Ernst Hopfischek.

Der Münchner Wahlkreis Bastians hat den inzwischen fraktionslosen Bundestagsabgeordneten aufgefordert, die tatsächlichen Gründe für seinen Ausstieg darzulegen. Nach dieser Aussprache, zu der Bastian sein Erscheinen zugesagt haben soll, wollen die Münchner Grünen ihr Vorgehen beschließen. Die Grüne Partei in Bayern ist nach dem Austritt Bastians nur noch mit Petra Kelly und Dieter Burgmann im Bundestag vertreten.

In der Wahlkreisversammlung wurde Bastian vorgehalten, er habe zwar das Ehrenwort General Kießlings stets verteidigt, seine eigenen ferialischen Schwüre über die Zusammenarbeit mit den Grünen wolle er jedoch heute offenbar nicht mehr wahrhaben. „Die Verblüffung über seinen abrupten Austritt wäre uns vermut-

lich erspart geblieben, wenn wir seine Laufbahn und sein Verhalten in der Bundeswehr bei der Kandidatenaufstellung unter die Lupe genommen hätten“, sagte gestern August Haußleiter von den bayerischen Grünen der WELT. Bastian sei bereits in der Bundeswehr als unkameradschaftlich und als Einzelgänger bekannt gewesen. Ein Teilnehmer der Sitzung des Kreisverbandes München-Mitte sagte ebenfalls, es sei ein riesengroßer Fehler gewesen, Bastian überhaupt aufzustellen. Entgegen der grünen Idee sei nach „Aushängeschildern“ gesucht worden.

In der kommunistischen Presse ist der Austritt von Gert Bastian und Petra Kelly aus dem Gremium „Kreiskeller Appell“ bisher nicht kommentiert worden. DKP-Funktionäre bemühten sich auf der jüngsten Aktionskonferenz der „Friedensbewegung“ in Köln mit Erfolg, Diskussionen über die Gründe für den Bruch mit dem kommunistisch inspirierten „Appell“ zu vermeiden.

Abstriche an der Qualität machen sich nie bezahlt

„Dafür brauchen wir keine teuren Qualitätsprodukte. Da tun's auch die billigeren Schrauben.“
Bei der gewünschten Menge sicherlich ein wichtiges Argument. Nur, bei der Montage gab's Ärger und Schwierigkeiten. Die Automaten packten es nicht. Das Band stand

mehr, als daß es lief. Und mit dem Nachschub klappte es auch nicht.
Erst standen in der Produktion die Haare zu Berge, dann in der Kostenersparungsstelle, als Ausfall- und Standzeiten sich summierten. Solche Probleme können mit Erzeugnissen der deutschen

Schraubenindustrie vermieden werden.
Qualität, die ständig geprüft wird, hat absolute Priorität. Technische Weiterentwicklungen helfen, die Montage-

kosten zu senken. Und was die Versorgung angeht, da macht es sich bezahlt, daß ein deutscher Hersteller immer in allergrößter Nähe ist.

Ohne richtige Verbindungen bleibt's Stückwerk



ICS Informations-Contur-Schrauben
Wir machen die Verbindungen der CS-Maschinen sicher und schnell.

Waffenruhe im Krieg Iran - Irak?

DW, Paris/Bagdad
Irak hat gestern eine einwöchige Einstellung der Beschließung iranischer Städte unter der Bedingung beschlossen, daß Iran nicht seinerseits Ziele in Irak angreift. Die Bekanntgabe des befristeten Waffenstillstands ist in einer Botschaft enthalten, die der irakische Außenminister Tarek Aziz an den Vorsitzenden des in Paris befindlichen „Nationalen Widerstandsrats“ gegen Khomeini, Massoud Radjavi, sandte.

Der Beschluß Bagdads, das Feuer gegen Iran einzustellen, zeigt nach Ansicht von Beobachtern, daß das irakische Ziel durch Beschließung iranischer Städte Teheran in die Defensive zu zwingen, vorläufig gescheitert ist. Am vergangenen Samstag hatte die irakische Armee die relative Ruhe der letzten Monate im Golfkrieg durch die Beschließung der iranischen Stadt Dezful beendet. Teheran hatte daraufhin im Gegenzug umgehend die irakische Hafenstadt Basra sowie die Grenzorte Mandali und Khanagid beschossen.

Ob es tatsächlich zu dem Waffenstillstand kommen wird, ist fraglich, da die irakische Luftwaffe gestern die bisher schwersten Bombenangriffe auf iranische Städte seit Beginn des Golfkrieges flog.

Craxi beginnt Wien-Besuch

Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi beginnt heute den ersten offiziellen Besuch eines italienischen Regierungschefs in Österreich seit 103 Jahren. Im Mittelpunkt der zweitägigen Gespräche mit Bundeskanzler Fred Sinowatz wird nach den Worten des Sprechers Craxi, Antonio Ghirelli, die Übereinstimmung auf dem internationalen Schachbrett stehen. Das Verhältnis beider Länder - wegen Südtirol oftmals gespannt - sei zur Zeit beispielhaft, wenn auch weitere Verbesserungen möglich seien, sagte Ghirelli. Außenminister Giulio Andreotti begleitet Craxi.

Zu den Problemen, die bei dem auf Initiative Österreichs angesetzten Treffen besprochen werden sollen, gehören der Nahe Osten, die Stockholmer Abrüstungskonferenz (KVAE) - bei der das neutrale Österreich erstmals mitverhandelt - und der Europäische Rat, der aus Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft (EG) besteht.

Zuwenig Zuständigkeiten für ein Ministerium?

Im Hause Wilms stehen Ressort-Änderungen an

PETER PHILIPPS, Bonn
Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms will sich Mitte dieser Woche erstmals öffentlich zu den Folgen äußern, die sie aus den Vorschlägen zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes ziehen will. Dabei hätte es sogar zu der Premiere kommen können, daß die Ministerin vor ihren Regierungschef tritt und ihm sagt: „Ich habe alle Arbeit erledigt.“

Die unabhängige Experten-Kommission unter Leitung des Präsidenten der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Werner Knopp, hatte in ihrem am 20. Januar veröffentlichten Gutachten eine behutsame Reform des Gesetzes angeregt und war mit ihrer Vorschlägen in den Wissenschafts- und Hochschul-Organisationen damit weitgehend auf Zustimmung gestoßen. Überlegungen, wie sie auch im Hause Wilms angestellt wurden, das Hochschulrahmengesetz möglicherweise gänzlich aufzuheben, scheinen vom Tisch zu sein.

Dabei hat sicher eine nicht unbeachtliche Rolle die Tatsache gespielt, daß die Hochschul-Rahmenkompetenz noch die einzige nennenswerte Zuständigkeit ist, über die das 380-Mann-Ministerium noch verfügt. Ansonsten ressortieren im Hause Wilms praktisch nur noch die berufliche Bildung und das Recht, in Bildungsträgern durch öffentliche Reden meinungsbildend zu wirken. Die Studenten-Förderung ist reduziert und weitgehend zum Verwaltungsakt geschrumpft, die Schülerförderung ebenso wie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses von selbstbewußten gewordenen Ländern der Bundes-Kompetenz entzogen worden. Die Bund-Länder-Kommission, über die einst auch mit Hilfe von Schulversuchen das Bundesbildungsministerium Einfluß nehmen konnte, liegt im Koma, der endgültige Tod in wenigen Monaten ist bereits beschlossene Sache.

Möglichkeiten zur politischen Gestaltung sind begrenzt

Die Möglichkeiten für Dorothee Wilms und ihren Parlamentarischen Staatssekretär Anton Pfeifer, beide von Bundeskanzler Kohl entscheidend in ihrer Karriere gefördert, wirklich politisch gestaltend tätig zu werden, sind also eng begrenzt. Hinzu kommt bei der Ministerin eine von vielen

Beobachtern immer wieder registrierte Scheu, kampfbereit und mit Originalität zumindest den verbliebenen Rumpf zu verteidigen und die bildungspolitischen Felder in der öffentlichen Debatte selbstbewußt zu besetzen. Das letzte Beispiel hierfür sind die endlich neu entfachte Elite-Diskussion und die Debatte über mögliche Vorzüge privater Universitäten. Auch diese Felder wurden nicht von der Ressortministerin besetzt, sondern von Koalitionspartner Hans-Dietrich Genscher.

Dabei war Dorothee Wilms eigentlich davon ausgegangen, daß ihr Ministerialdirektor Eberhard Böning, FDP-Mitglied und aus der Hinterlassenschaft der sozial-liberalen Koalition übernommen, den „Rücken freihalten“ würde gegenüber der FDP. Der Name Böning steht auch für ein neben dem Kompetenzmangel - weiteres Defizit im Bundesbildungsministerium.

Nach der „Wende“ nicht fündig geworden

Der Abteilungsleiter, weithin geschätzter Fachmann im Hochschulbereich, ist einer der wenigen originellen und produktiven Köpfe unter den leitenden Beamten des Hauses. Nach der „Wende“ war es trotz vielfältiger Anläufe nicht gelungen, bei der Suche nach vergleichbar qualifizierten CDU-nahen Fachleuten fündig zu werden. So findet die Ministerin in ihren Vorlagen regelmäßig unverfälschtes sozialliberales Bildungsgut.

Hinzu kommt, daß Böning gemeinsam mit den Generalsekretären der großen Hochschul- und Wissenschaftsorganisationen in einem „Interims-Kreis“ vor den Fachleuten für richtig gehaltene Entscheidungen „informell“ vorkonstruiert, die oft nicht den Intentionen der Bildungsministerin entsprechen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß deshalb im Hause Wilms schon seit langem klar geworden ist, daß es Ressort-Änderungen geben muß, wenn Bundeskanzler Kohl tatsächlich von Bonn aus bundesweit bildungspolitische Akzente setzen will. Nach Ansicht von Experten kann dies nur bedeuten, daß in absehbarer Zeit ein Neuschritt der thematisch einander berührenden Ministerien für Bildung, für Forschung, für Arbeit und für Familie erfolgen muß.

Die Sieger von Beirut sitzen in einer selbstgelegten Falle

Ernste Versorgungsprobleme / Stellungen und Stärke der libanesischen Rest-Armee

VON PETER M. RANKE
West-Beirut hat nach Angaben des Roten Kreuzes nur noch Mehl für wenige Tage. Zahlreiche Bäckereien mußten schon wegen Brennstoff-Mangel schließen. Die Versorgung der mehr als eine halbe Million Menschen im abgeschnittenen West-Beirut ist gefährdet.

Das Rote Kreuz hat einen Konvoi mit Medikamenten und Lebensmitteln vom christlichen Ost-Beirut über die umkämpfte „Grüne Grenze“ mitten in der Stadt in das muslimische West-Beirut geschickt. Wegen anhaltender Feuergefechte von Moslem-Milizen mit der Armee ist die innerstädtische Grenze jedoch kaum passierbar.

Die Eroberung West-Beiruts durch die Amal-Miliz der Schiiten und Drusen-Milizen vor einer Woche hat, wie sich immer stärker herausstellt, keine politische Lösung gebracht, sondern nur die westlichen Stadtteile isoliert. Flugplatz und Hafen mußten geschlossen werden, die notwendige Versorgung der Bevölkerung kann nur auf einer einzigen Straße durch das verschnittene und verregnete Schut-Gebirge erfolgen.

Nach der Massenflucht der über 2500 amerikanischen und europäischen Zivilisten, die bis Sonntag abend mit Hubschraubern auf die US-Flotte, zum christlichen Hafen Dschumhail und nach Zypern gebracht wurden, fliehen immer mehr Libanesen über die Küstenstraße nach Süden. Sofern sie noch Benzin haben. Bei Damour werden sie von Posten der christlichen „Lebanese Forces“ weiter ins israelisch besetzte Gebiet geleitet. Wegen des Ansturms halten die Israelis die Brücken am Awali-Fluß Tag und Nacht geöffnet.

„Die Sieger sitzen in einer selbstgelegten Falle“, sagen nachdenklich Politiker und Offiziere im christlichen Ost-Beirut. Die zunehmende Versorgungskrise in West-Beirut trifft dort vor allem die Masse der schiitischen Bevölkerung in den Slums der südlichen Vorstädte, nachdem die Schiiten-Miliz Amal den stärksten Anteil an der Besetzung West-Beiruts hatte. Wie verlautet, strömen immer mehr schiitische Familien mit ihrem Hausrat nach West-Beirut und besetzen leerstehende oder verlassene Wohnungen.

„Die libanesischen Armee existiert weiter und kämpft“, erklärte bereits am Wochenende ein Militärsprecher

in Yarze, dem Sitz des Verteidigungsministeriums und Oberkommandos. In allen Gebäuden sind die Fenster-scheiben zerbrochen. Aber die in Yarze und Baabda stehende Panzerbrigade schützt Präsident Amin Gemayel in seinem Palais und sperrt weiter in Fayyade die Straße nach Damaskus.

Nach Angaben der Armee verlor Oberbefehlshaber General Ibrahim Tannous in West-Beirut rund 5000 Mann, meist schiitische Soldaten und Offiziere, die entweder zur Amal-Miliz überliefen oder in ihren Stützpunkten blieben und Befehle verweigerten. Außerdem sind nach den 800 drusischen Soldaten, die schon im Herbst mit Stabschef Nadim Hakim



28 Punkte für die Versöhnung: Amin Gemayel

FOTO: CAMERA PRESS

desertierten, weitere Drusen zur Dschumhail-Miliz gestoßen.

Dafür aber haben drei Brigaden (je fünftausend Mann) unter ihren christlichen Offizieren starke Stellungen an der „Grünen Grenze“ zwischen West- und Ost-Beirut bezogen und dort bisher alle Angriffe der Milizen abgewehrt. Zu diesen Brigaden gehören auch sunnitische Soldaten, also Moslems, doch besteht die Mehrheit der „Rest-Armee“ aus Christen, vor allem Maroniten, Armeniern und Orthodoxen.

Praktisch sind diese drei Brigaden, die auch den Zugang zwischen Baabda und dem christlichen Ost-Beirut offenhalten, jetzt mit den christlichen Milizen der „Lebanese Forces“ verbündet und arbeiten mit ihnen zusammen. Da sie über M-48-Panzer aus den USA und Schützenpanzer verfügen, ist die militärische Stärke der Christen in Ost-Beirut größer als vorher, zumal die „Lebanese Forces“ mit über 15 000 Mann voll mobilisiert sind. Das hat die Amal-Miliz, die Drusen und die mehr als eintausend Palästinenser auf ihrer Seite bisher ab-

US-Raketen für Jordaniens Luftabwehr

AP, Washington

Die amerikanische Regierung hat den Kongreß davon informiert, daß sie Jordanien bis zu 1600 Luftabwehr-Raketen liefern will. Wie aus Regierungskreisen in Washington verlautet, bemüht sich die Regierung gleichzeitig darum, die israelischen Bedenken gegen eine derartige Lieferung aus der Welt zu schaffen. Eine entsprechende Mitteilung der Regierung sei dem Kongreß Ende vergangener Woche zugeleitet worden, hieß es. Damit habe der Kongreß jetzt 50 Tage Zeit, um den Verkauf der Luftabwehr-Raketen an Jordanien zu verhindern. Falls weder Senat noch Repräsentantenhaus gegen die Lieferung der Raketen ihr Veto einlegen, wird der Verkauf wie geplant erfolgen. Die israelische Regierung ist über die beabsichtigte Lieferung ebenfalls informiert und aufgefordert worden, dem Verkauf der Waffen zuzustimmen. In Washington wird jedoch mit beträchtlichem Widerstand Israels gerechnet. Ein israelischer Beamter erklärte, die amerikanischen Raketen vom Typ „Stinger“ könnten leicht „in die falschen Hände fallen“.

„Evangelische Kirche auf Abwegen“

epd, Bonn

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Höffkes (Nürnberg) hat Teilen der Führung der evangelischen Kirche vorgeworfen, „auf Abwege geraten“ zu sein. Er begründete diese Auffassung mit „Unterstützung von Terrororganisationen im südlichen Afrika“. Diese sei darin zum Ausdruck gekommen, daß sich Anfang des Monats Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Abgesandten des „Afrikanischen Nationalkongresses“ (ANC) getroffen hätten und die rheinische Landessynode im Januar gebilligt habe, daß Kirchchengemeinden Steuermittel für den Sooderfoods des Antirassismus-Programms des ökumenischen Rates der Kirchen in Genf zur Verfügung stellen.

Der ANC und die namibische Untergrund-Organisation Swapo sind nach Auffassung von Höffkes „Organisationen, die bei vielen Gelegenheiten gezeigt haben, daß sie vor keinem blutigen Terrorakt gegen Unbeteiligte zurückschrecken“. In der Erklärung des CSU-Abgeordneten ist von „Einseitigkeit aus dem kirchlichen Bereich“ die Rede.

In eineinhalb Tagen verdienen unsere Sparer

so viel, wie die Bundesregierung für die Erforschung der Meere ausgibt.

Rund 70% der Erdoberfläche werden von Meeren und Ozeanen bedeckt. Die technische und biologische Erschließung dieser größten Lagerstätte für Rohstoffe und Ernährung ist eine der herausragenden Aufgaben der Zukunft. Für die Erforschung der Meere wandte die Bundesrepublik im letzten Jahr insgesamt 100 Millionen Mark auf.

So viel verdienen unsere Kunden in knapp eineinhalb Tagen. Denn die erfolgreichsten Wertpapiere Deutschlands bringen Tag für Tag 75 Millionen Mark Zins-erträge.

Geld sollte Geld verdienen, und zwar so viel wie möglich. Pfandbriefe und Kommunalobligationen sind dazu ideal. Denn: Sie bieten Ihnen hohe, in der Regel die jeweils höchsten Zinsen.

Sie können die für Sie passende Laufzeit aussuchen. Und Ihre Papiere von heute auf morgen zum Tageskurs verkaufen oder beleihen lassen. Ihre Bank oder Sparkasse übernimmt das für Sie.

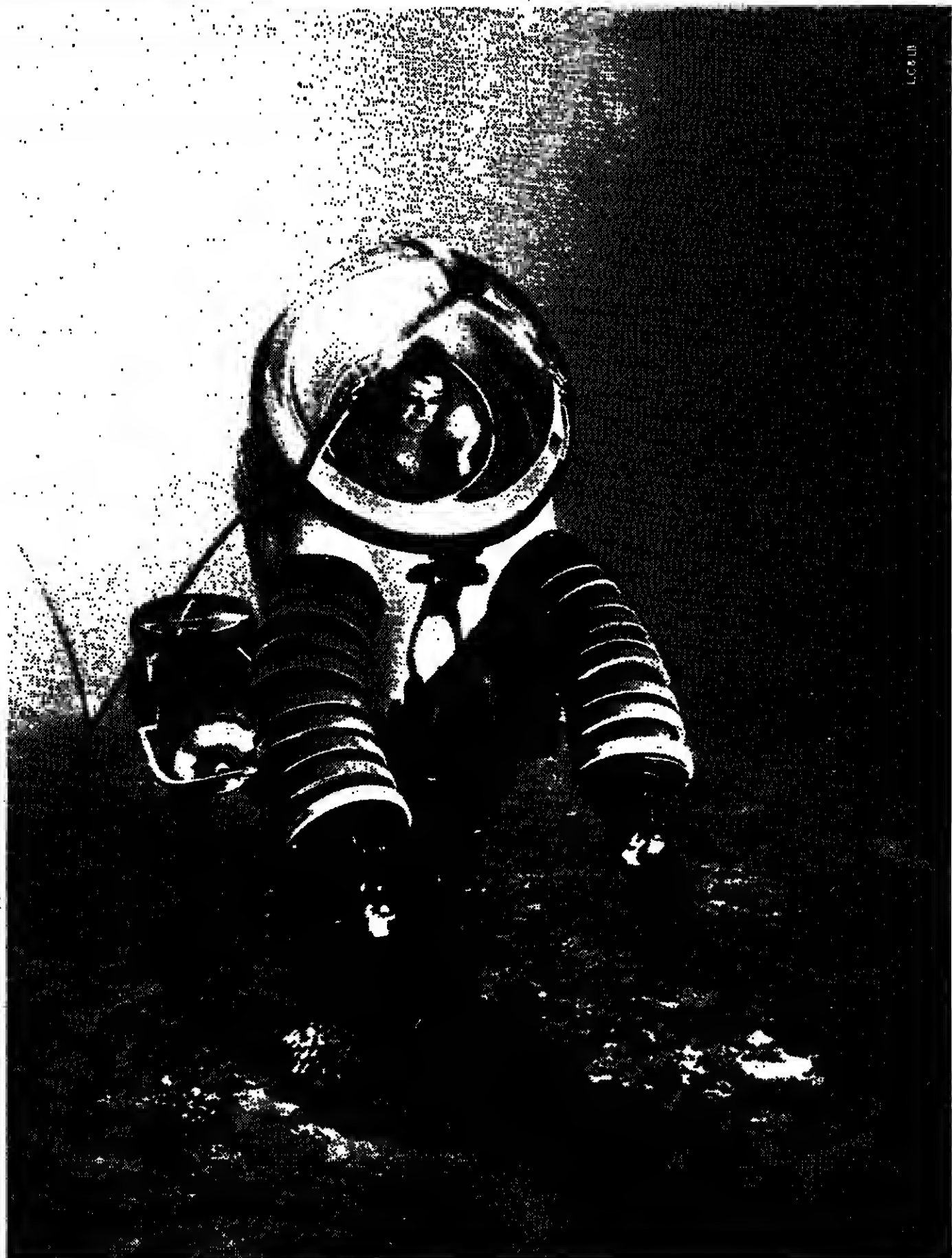
Pfandbriefe und Kommunalobligationen werden von Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben. Sie sind nach den speziellen Vorschriften des Hypothekendarlehensgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes durch Hypotheken und Darlehen an die öffentliche Hand gedeckt. Es gibt sie übrigens bereits seit 1769. Wir verdanken sie dem Alten Fritz.

Banken, Versicherungen und Industriefirmen wissen das natürlich. Sie kauften im letzten Jahr für mehr als 90 Milliarden Mark. Und was für die Profis richtig ist, ist auch gut für den Privatanleger.

Und noch eins: Legen Sie Ihre Pfandbriefzinsen wieder in Pfandbriefe an, damit Ihr Geld noch mehr Geld verdient.

Bei allen Banken und Sparkassen.

Verbrieft Sicherheit.
Pfandbriefe und Kommunalobligationen



Paris und London suchen eine Normalisierung der Verhältnisse zu Moskau

Mitterrand versucht es mit kühler Sachlichkeit

A. GRAF KAGENECK, Paris
Frankreich war bei der Beisetzung Andropows gestern im Kreml durch Premierminister Mauroy und Außenminister Cheysson vertreten. Man wählte das Mini-Profil. Präsident Mitterrand trug sich - wortlos - in das Kondolenzbuch ein, das in der sowjetischen Botschaft in Paris ausliegt, und er widmete dem Verhältnis Frankreich-Sowjetunion am Sonntagabend in einem einstündigen Fernsehinterview ganze vier Sätze. Der Präsident sagte: „Ich glaube nach dem Tod Andropows nicht an einen brüskierten Kurswechsel der sowjetischen Außenpolitik. Man wird auf jeden Fall den Dialog wiederaufnehmen müssen. Frankreich wird daran teilnehmen und ihn soweit wie möglich erleichtern. Ich habe die Absicht, mit der Sowjetunion, mit dem Nachfolger Andropows das fortzusetzen, was zu seiner Zeit bereits begonnen wurde.“

Mit diesem letzten Satz spielte Mitterrand auf eine Entwicklung an, die schon seit einiger Zeit als neues Element in der sozialistischen französischen Außenpolitik zu beobachten ist: den Willen, das nachhaltig schlechte Verhältnis zu Moskau zu verbessern. Die Misere dieses Verhältnisses war sozusagen originärer Natur. Moskau hatte bei allen Wahlen seit 1978 einwandfrei auf einen Sieg des bürgerlichen Lagers in Frankreich gesetzt, und zwar in der massiven Form einer direkten Intervention seines Pariser Botschafters. Darüber hinaus brachte der Kreml der Person Mitterrand ein tiefes Mißtrauen entgegen. Der spätere Sozialistengegner Großbürger hatte 1968 vehement gegen den sowjetischen Einmarsch in Prag protestiert und einen Besuch in Moskau abgesagt. Als Präsident der Republik verurteilte Mitterrand scharf das Vorgehen Moskaus in Afghanistan und Polen und machte das Abbrechen von dieser Politik zur *conditio sine qua non* eines „normalen Verhältnisses“ zur Sowjetunion.

Diese Politik wurde von Mitterrands eigenen Diplomaten als „in die Sackgasse führend“ qualifiziert. Den schärfsten Schlag gegen sowjetische Interessen aber führte er am 20. Janu-

ar im Deutschen Bundestag, als er der christdemokratischen Regierung Kohl mit dem vollen Beistand Frankreichs den Rücken für die Nachrüstungsentscheidung stärkte und damit indirekt zur Aufstellung der ersten Pershing II in Westeuropa beitrug. Dies und auch sein Eintreten für ein politisches Europa, das sich eines Tages selbst verteidigen sollte, steht im strikten Gegensatz zu den Auffassungen seines kommunistischen Koalitionspartners in Paris. Moskau konnte nur gereizt auf diese Breitspitzen gegen seine Interessen reagieren.

Seit einiger Zeit aber weht der Wind in Paris leicht in eine andere Richtung. Nach dem Auszug der Sowjets aus Genf häuften sich offizielle Erklärungen, die eine Rückkehr Moskaus an den Verhandlungstisch wünschten. Die immer spürbarer werdende Führungskrise im Kreml vor dem Hinscheiden Andropows ließ Chancen einer Wiederaufnahme des bilateralen Dialogs am Horizont aufleuchten, und die außergewöhnliche deutsche Aktivität an der innerdeutschen und europäischen Entspannungsfrente drohte Frankreich in eine Außenseiterrolle abzurufen.

Entscheidend für den Kurswechsel aber ist wohl ein Vorgang auf einer außereuropäischen Szene. Die Schwächung der westlichen Position in Libanon zwang Paris, auch Moskau als Ordnungsfaktor im Nahen Osten in sein Kalkül einzubeziehen. Und sofern Mitterrand seinen Wunsch, die bisherige multinationale Streitkraft durch UNO-Truppen ersetzen zu lassen, wirklich durchsetzen will, braucht er die Zustimmung Moskaus.

Cheysson hatte Anfang Januar mit Gromyko in Stockholm den Kontakt wiederaufgenommen. Dies wird sich bald nach Einsetzung des neuen Herrn im Kreml fortsetzen. Nicht ganz so überhastet, wie das der Sozialdemokrat Vogel am vergangenen Wochenende bei einem Absteiger in Paris vor Mitterrand anregte - seine Beurteilung des Gesprächs im deutschen Fernsehen irritierte in der Umgebung des Staatspräsidenten -, sondern in der kühlen Sachlichkeit, die einst die Politik de Gaulles Moskau gegenüber kennzeichnete.

Frau Thatchers Aufbruch zur neuen Ostpolitik

FRITZ WIRTH, London
Einer jener schon zur Legende gewordenen Kernsätze, mit denen Frau Thatcher seit Jahren ihre Politik gegen alle Kritiker verteidigt hat, lautet: „There is no alternative.“ Es war Entschuldigung und Begründung zugleich für die zuweilen unbegreifliche Gradlinigkeit ihrer Politik. Die Anfangsbuchstaben dieses Kernsatzes trugen ihr den Spitznamen „Tina“ ein.

Seit einigen Monaten jedoch wird den Briten offenbar, daß es sehr wohl eine Alternative zu ihrer bisher sehr eiskühlen und zumindest rhetorisch aggressiven Ostpolitik gibt. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir mit den Sowjets auf dem gleichen Planeten leben, und daher ist es nützlich, den Dialog mit ihnen zu suchen“, begründete sie auf dem letzten Konservativen-Parteitag den Wandel in ihrem Verhältnis zum Osten, der seither unter dem Begriff der „Planeten-Theorie“ läuft.

Ihre Ungarn-Reise vor zwei Wochen war der Aufbruch zur neuen Ostpolitik, ihre Kondolenzreise nach Moskau und ihre ersten Gespräche mit der neuen Kreml-Führung zeigen, wie eilig sie es hat, die neue Rhetorik in die Tat umzusetzen. Das Bemerkenswerte ist, daß sie drei führende Oppositionspolitiker - den SDP-Parteichef David Owen, den liberalen Parteiführer David Steel und den außenpolitischen Sprecher der Labour Party, Dennis Healey - mit in ihre Maschine einladet und damit demonstriert diese neue Ost-Initiative zu einem überparteilichen Ereignis macht.

Über die Motive für diesen plötzlichen Wandel, der vom „Daily Telegraph“ mit der Vokabel „schizophren“ gestraft wurde, gibt es wilde und zum Teil widersprechende Spekulationen. Eine sagt, daß diese Wende eine Folge des Zorns Frau Thatchers sei über die Behandlung, die ihr während des Grenadine-Konflikts durch Präsident Reagan zuteil wurde. Diese Theorie ist zeitlich und sachlich falsch. Zunächst hatte Frau Thatcher das Signal zur Entspannung ihrer Ostpolitik schon lange vor dem Grenadine-Konflikt gegeben, zum anderen ist sie bei allem Selbstbewußtsein realistisch genug zu erkennen, daß ihre eigenen Möglichkeiten nicht zu politischen Streifaktionen gegen Washington reichen.

Ebenso falsch ist die Vermutung, daß Frau Thatcher mit ihrer Öffnung zum Osten eine Vermittlerrolle zwischen Moskau und Washington anstrebe. Der amerikanische Vizepräsident Bush hat diese Theorie am Wochenende in London nicht nur scharf zurückgewiesen, sie ist auch sonst unrealistisch. Die Briten haben angesichts ihrer bisher so vernachlässigten Ostpolitik politisch und diplomatisch noch so viel Grund und Boden im Ostblock zu bestellen, daß für eine Vermittlerrolle vorerst die Vertrauensbasis fehlt.

Außerdem verliefen die bisherigen Versuche britischer Premierminister, eine derartige Vermittlerrolle zu spielen, nicht unbedingt ermutigend. Das gilt für Harold Macmillan, der bei Nikita Chruschtschow nicht gut ankam, und das gilt für Harold Wilson, dessen Vermittlungsversuche im Vietnamkonflikt im Jahre 1967 eher mitteilungslos denn überzeugend waren.

Tatsächlich ist die Wende der Frau Thatcher in der Ostpolitik nicht so plötzlich und dramatisch, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Der Grundstein dazu wurde noch von Lord Carrington in dessen Amtsstube, also vor zwei Jahren, gelegt. Carrington strebte in jenen Tagen eine politische Führungsposition in der Europäischen Gemeinschaft für Großbritannien an. Diese Position war ungleichbedeutend mit einem gestörten Verhältnis gegenüber dem Ostblock. Er drängte deshalb bereits vor über zwei Jahren Frau Thatcher zu einer Wende. Der Falklandkonflikt lähmte und überschattete zunächst diese Neuorientierung, sie wurde jedoch dennoch von Carringtons Nachfolger Francis Pym energisch weiter betrieben. Frau Thatcher hielt schließlich im Sommer des letzten Jahres die Zeit für gekommen, auf ihn einzuschwenken.

Die Ziele dieses Kurses? Keine dramatischen Umwälzungen der außenpolitischen Prioritäten Großbritanniens, sondern lediglich eine Normalisierung des Verhältnisses. Das Stichwort „Appeasement“ gegenüber Moskau wird in Downing Street nicht akzeptiert. Im Gegenteil: Nach dem „Raketen-Dialog“ zwischen Ost und West im letzten Jahr glaubt man in London stärker als je zuvor in die neuen Kontaktgespräche mit dem Kreml zu gehen.

Filme für 80 Millionen Dollar

Nea, Frankfurt
Den größten Filmeinkauf in der Geschichte des deutschen Fernsehens meldet die ARD. Für insgesamt 80 Millionen Dollar (ca. 220 Millionen Mark) erwirbt die ARD-Tochtergesellschaft Degeto-Film GmbH die unbeschränkten Lizenzrechte für mehr als 1500 Spielfilme sowie TV-Produktionen und Zeichentrickfilme der US-Firmen MGM, United Artists und Warner Brothers.

Diese Produktionen sollen den Programmvorrat der ARD für die nächsten 30 Jahre auffüllen. Schon 1984 sollen im Deutschen Fernsehen die ersten beiden James-Bond-Filme aus diesem Bestand gezeigt werden.

Arbatow: Peking einbeziehen

dpa, Stockholm
Das sowjetische ZK-Mitglied Georgi Arbatow hat sich dafür ausgesprochen, die Volksrepublik China an den Diskussionen über Sicherheits- und Abrüstungsprobleme zu beteiligen. Arbatow, der Mitglied der sogenannten Palme-Kommission für Frieden und Abrüstungen ist, bestätigte, daß China eingeladen wurde, in dieser Kommission mitzuarbeiten. In einem Beitrag für die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ (Stockholm) schrieb er, die Teilnahme Chinas als einer Kernwaffenmacht sei „sehr wichtig“. Ohne die Mitwirkung aller Kernwaffenmächte sei es schwer, über internationale Sicherheit zu sprechen.

US-Heer riet bei Dien Bien Phu zu Atombomben

rtr, New York

In der Schluphphase des ersten Vietnamkriegs soll das US-Heer den Einsatz von Atombomben vorgeschlagen haben, um die 1954 von den Vietminh bei Dien Bien Phu eingeschlossenen französischen Truppen zu retten. Die „New York Times“ berichtete gestern, dieser Plan sei vom damaligen Präsidenten Eisenhower ebenso verworfen worden wie die Entsendung von sieben konventionell bewaffneten US-Divisionen. Nach dem Fall Dien Bien Phu im Mai 1954 gab Frankreich den ganzen Norden Vietnams auf.

Die Zeitung beruft sich auf den ersten von 17 Bänden der Geschichte des Vietnamkrieges, die vom Archiv des US-Heeres herausgegeben wird. Die „New York Times“ schreibt, der spätere Präsident Nixon habe seinerzeit zu den Befürwortern eines US-Militäreinsatzes in Vietnam gehört. Sein Argument: „Wenn die Franzosen abziehen, könnte es auf die Vereinigten Staaten zu kommen, unsere Jungs dorthin zu schicken.“

Im März 1954 habe der französische General Paul Ely in Washington um militärische Hilfe für die bei Dien Bien Phu eingeschlossenen Truppen ersucht. Daraufhin habe die Planungsabteilung G-3 des US-Heeres den Abwurf von Atombomben auf Vietminh-Verbindungen und ihre Stützpunkte vorgeschlagen. In einer vom 8. April datierten anderen Studie wurde der Einsatz von ein bis sechs Atombomben von jeweils fast dreifacher Stärke der Hiroshima-Bombe angeregt. Diese Pläne seien zwar vom Leiter der Abteilung G-3 gebilligt worden, jedoch auf den erbitterten Widerstand des Heeresstabschefs General Ridgeway gestoßen.

Fernseherfolg für Frankreichs Rechte

v. K. Paris

Nach jahrelanger Ausspernung vom staatlich gefällten Fernsehen hatte der Vorsitzende der rechtsextremen französischen Partei „Nationale Front“, Jean-Marie Le Pen, am Montag seinen ersten großen Fernsehauftritt. Selbst seine zahlreichen politischen Gegner und die Mehrheit der Presse bescheinigten ihm, eine geschickte Vorstellung geliefert zu haben. Die Einschaltquote schlug mit 43 Prozent alle Rekorde seit zehn Jahren.

Le Pen fordert den Abzug der ausländischen Arbeiter ohne Arbeitsplatz, Einwanderungsstopp, die Wiedereinführung der von den Sozialisten abgeschafften Todesstrafe sowie das Wiedererlangen der Abtreibung bei gleichzeitiger Einführung einer geburtenfördernden Familienpolitik. In den Kommunalwahlen der vergangenen sechs Monate hat die „Nationale Front“ Gewinne von bis zu zehn Prozent Stimmen erzielen können, häufig in traditionellen links wählenden Kommunen. Le Pen will für die Europawahlen im Juni eine Liste aufstellen und hofft, mehr Stimmen als die Kommunisten zu gewinnen.

Plötzlich trat Panamas Präsident zurück

Unsicherheit beherrscht jetzt die politische Szene

WERNER THOMAS, Panama

Im mittelamerikanischen Panama, bisher ein ruhiger Pol in einer unruhigen Region, herrscht Rätselraten: Drei Monate vor den geplanten Präsidentschaftswahlen am 6. Mai hat sich ein überraschender Wechsel im höchsten Staatsamt vollzogen. Präsident Ricardo de la Esparilla ist zurückgetreten, Vizepräsident Jorge Illueca ließ sich zum Nachfolger vereidigen.

Die meisten politischen Beobachter vermuten eine tiefgreifende Krise innerhalb der Regierung, hinter der wiederum die Nationalgarde steht, die Armee des Landes. De la Esparilla (50) nannte keinen Grund für seine Entscheidung. „Ich habe mich entschlossen, heute, den 13. Februar, das Präsidentenamt zur Verfügung zu stellen“, hieß es in einem am Montag nachmittag veröffentlichten Schreiben. Auch die Erklärungen Illuecas klangen äußerst lapidar. Sie signalisierten Verlegenheit. Der 63jährige Vizepräsident, der seit September vergangenen Jahres auch als Präsident der UN-Vollversammlung fungierte, würdigte das „patriotische Verhalten“ de la Esparillas. „Persönliche Gründe“ seien für den Rücktritt ausschlaggebend gewesen.

Illueca beruhigte die Bevölkerung. Die ersten Präsidentschafts- und Kongresswahlen Panamas seit 1969 würden planmäßig stattfinden, versicherte er. „Meine erste Priorität sind die Wahlen am 6. Mai 1984“, betonte der neue Staatsoberhaupt. Dieser Umengang sei eine „heilige Verpflichtung“ der Regierung. Illueca weiter: „Dies ist lediglich eine Übergangsregierung.“ Ihre Amtsperiode soll am 1. September enden.

Niemand weiß, wie diese Wahlen ausgehen werden. Obwohl sich die Nationalgarde neutral verhalten will, wird sie wohl eine einflussreiche Hintergrundrolle spielen. General Manu-

el Antonio Noriega, der Kommandeur, ist nach wie vor der starke Mann Panamas.

Es gibt drei aussichtsreiche Kandidaten: Nicolas Ardito Barletta, Vizepräsident der Weltbank, der greise Volkstribun Arnulfo Arias (82 Jahre) und der General im Ruhestand Ruben Dario Paredes, der frühere Kommandeur der Nationalgarde. Paredes hatte zunächst als Bewerber der Regierungspartei antreten wollen. Als er keine Chancen mehr sah, ließ er sich von der konservativen Nationalen Volkspartei rekrutieren. Favorit scheint Ardito zu sein, schon deshalb, weil er die Unterstützung von General Noriega genießt.

Die Politik dieses kleinen Landes mit seinen zwei Millionen Einwohnern ist seit dem Tod von General Omar Torrijos nicht mehr so berechenbar wie zuvor. Torrijos, der im Sommer 1981 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, hatte Panama dreizehn Jahre lang beherrscht. Er war ein ideologisch flexibler Populist. Seine Freunde und Feinde wußten jedoch, daß er allein die Entscheidungen fällte, ohgleich Aristides Royo im Jahr 1978 die Präsidentschaft übernahm.

Den panamaischen „Torrijismo“ ereilte ein ähnliches Schicksal wie den argentinischen Peronismus: ideologische Richtungskämpfe und persönliche Rivalitäten. Im Juli 1982 legte Präsident Royo genauso überraschend sein Amt nieder wie jetzt sein Nachfolger de la Esparilla. Royo galt als Vertreter des linken Flügels der demokratischen Revolutionspartei.

De la Esparilla bewegte sich stets in der politischen Mitte. Diplomatische Beobachter vermuten, daß es aus diesen Gründen manchmal Meinungsverschiedenheiten mit General Noriega gegeben hat. Illueca wird links von der Mitte angesiedelt. (SAD)

Sejm klagt den ehemaligen Ministerpräsidenten an

Jaroszewicz wird Mißwirtschaft angelastet / Gierek entlastet

DW, Warschau
Unter dem Vorwurf, für die Mißwirtschaft in Polen Ende der 70er Jahre verantwortlich zu sein, sollen der frühere polnische Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz und dessen damaliger Stellvertreter Tadeusz Wrzaszczyk unter Anklage gestellt werden. Das Warschauer Parlament (Sejm) hat beschlossen, daß sich beide vor dem neu geschaffenen Verfassungsgericht verantworten sollen. Der frühere Parteichef Edward Gierek und dessen enger Vertrauter Edward Babuch sind dagegen von einer Anklage verschont worden.

Der zuständige Sejm-Ausschuß wirft dem früheren Ministerpräsidenten und dessen Planungsschef vor, für die übermäßige Verschuldung des Landes und eine verfehlte Investitionspolitik in den späten 70er Jahren verantwortlich zu sein. Außerdem hätten beide den Versuch unternommen, die wirkliche wirtschaftliche Lage des Landes in jenen Jahren zu verheimlichen. Sie hätten vor 1980 im Westen Staatsschulden in Höhe von mehr als 25 Milliarden Dollar gemacht.

Gierek und Babuch wurden von dem Ausschuß entlastet. Ihnen konnte, so die offiziellen Angaben, nicht nachgewiesen werden, daß sie in ihrer Amtszeit die Verfassung verletzt haben. Beide sind allerdings bereits schon seit langem aus der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) ausgeschlossen. Der Sejm-Ausschuß stellte außerdem die Untersuchungen gegen die beiden früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Jan Sztybel und Tadeusz Pyka ein.

Das nach der Verhängung des Kriegsrechts im März 1982 geschaffene Sondertribunal kann zwar keine Gefängnisstrafen verhängen, den Angeklagten aber die bürgerlichen Ehrenrechte entziehen. Es gilt als eine „moralische Kontrolle“ der Handlungsweise von Regierungsmitgliedern. Der Ankläger für dieses Tribunal, Zdzislaw Czeszejko-Sochacki, gab bekannt, daß der zuständige Ausschuß in der Untersuchung gegen Mitglieder der Regierung des früheren Parteichefs Gierek rund 3000 Dokumente geprüft und 46 Zeugen vernommen habe.

Der kommt Ihrem Temperament ganz schön entgegen.

PEUGEOT 505 GTI.

Modernste Hochleistungstechnologie kennzeichnet die attraktive Sportlichkeit des PEUGEOT 505 GTI.

Die Details: Temperament - 2165 cm³, 90 kW (123 PS), 185 Spitzel Technik - L-Jetronic-Einspritzung mit Schubabschaltung, Fünf-Gang-Getriebe, Transistorzündung, teilsperrendes Differential, Servolenkung, Scheibenbremsen mit Servounterstützung, Ausstattung - Drehzahlmesser, Colorverglasung, elektrische Scheibenheber vorne, Türzentriegelung, Kopfstützen vorne und hinten, Verbrauch - 6,6 l/8,4 l/11,0 l Super bei konstant 90 km/h, 120 km/h, im Stadtzyklus (Verbrauchswerte nach DIN 70030, Teil 1); Wartung - Inspektion nur alle 22.500 km.

Den PEUGEOT 505 gibt es - außer in der GTI-Version - auch als Benzinmotor mit 55 kW (75 PS), 71 kW (96 PS), als Diesel mit 55 kW (75 PS) und als Turbo Diesel mit 66 kW (90 PS). PEUGEOT 505 GL ab DM 18.990,-. Abb.: 505 GTI DM 25.790,-.

*) unverbindliche Preisempfehlung der PEUGEOT TALBOT DEUTSCHLAND GMBH zuzüglich Überführungskosten.

69% Effektiver Jahreszins der P.A. Creditbank. Ab sofort für alle neuen PEUGEOT 505-MODELLE.

PEUGEOT 505



PEUGEOT TALBOT
DEUTSCHLAND GMBH

Swissair: First Class, Business Class, Economy Class in allen Flugzeugen. Und das weltweit.

Die Swissair bietet vom 25. März 1984 an in allen ihren Flugzeugen nach rund 100 Destinationen in aller Welt eine First Class, eine Business Class und eine Economy Class.

Eine First Class mit exklusivem Komfort und exklusivem Service. Am Boden genauso wie in der Luft. Dafür sorgen in immer mehr Flughäfen die speziellen Check-in-Schalter und die geschmackvoll eingerichteten First-Class-Lounges. Dafür sorgen unter vielem anderen die bequemen Shuoberettes in den Erstklass-Abteilen der DC-10 und der B-747, die drei Menüs, aus denen Sie auf jedem Langstreckenflug wählen können und natürlich die Hostessen und Purser, die Ihnen dazu auch auserlesene Weine nach allen Regeln der Haute Gastronomie servieren.

Die Swissair hat aber auch eine Business Class wie keine andere. Das merken Sie schon vor dem Start am erhöhten Sitzabstand in allen Flugzeugen. In den DC-10 gibt es zudem nur noch 7 Sitze und in den B-747 nur noch 8 Sitze pro Reihe.

So ist es für die Cabin Crew, deren Anzahl wir speziell für die Business Class vergrößert haben, auf Langstrecken möglich, Ihnen von den zwei Menüs, die Sie zur Auswahl haben, jeden warmen Gang einzeln aufzutragen. Und Sie können in den neuen, breiteren Sitzen so entspannt wie zuhause im Fauteuil eines der acht verschiedenen Musikprogramme über angenehm leichte, elektrodynamische Kopfhörer genießen.

Zudem kommen Sie als Business Class-Passagier in den Genuss von bereits bewährten Annehmlichkeiten: Sie können Ihre Reise jederzeit umbuchen oder unterbrechen und auf Langstreckenflügen Ihren Lieblingssitz schon beim Buchen reservieren lassen. Ausserdem finden Sie in immer mehr Flughäfen separate Check-in-Schalter.

Natürlich hält die Swissair neben all dem noch einige Überraschungen für die Economy Class bereit. Wie es der Name schon sagt, sind das ganz besonders die günstigen Tarife.

Die Economy Class der Swissair ist aber nicht nur günstig, sondern auch preiswert. Das merken Sie während des Essens am echten Porzellan, dem richtigen Besteck und an den richtigen Gläsern für den Wein. Aber auch daran, dass Sie für Getränke und Kopfhörer nichts bezahlen müssen und während des ganzen Fluges mit der bereits sprichwörtlichen Gastfreundschaft der Swissair nicht bedient, sondern betreut werden.

Die Swissair bietet also konsequent in allen ihren Flugzeugen 3 Klassen an: Eine First Class für Passagiere, die gerne weltweit besonders luxuriös Swissair fliegen. Eine Business Class für Passagiere, die gerne weltweit besonders komfortabel Swissair fliegen. Und eine Economy Class für Passagiere, die gerne weltweit besonders günstig Swissair fliegen.

swissair 

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

Der Standpunkt Ägyptens

Mubarak und die galoppierende Eroberung von Camp David: WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Herren, als regelmäßiger Leser der WELT und in meiner Eigenschaft als Presserat der Botschaft von Ägypten in Bonn möchte ich folgende Punkte klarstellen.

Die Autonomie-Gespräche zwischen Ägypten und Israel über die Zukunft der Westbank und Gaza sind durch die von Israel laufende in die Wege geleiteten Schritte, die den wahren Status der besetzten Gebiete absichtlich verändern, internationalen Recht zuwiderlaufen sowie im Gegensatz zum Geist und Inhalt des Camp-David-Vertrages stehen, bedeutungslos geworden.

Somit hat Israel

- formell den arabischen Teil Jerusalems annektiert, ohne auch nur im geringsten den weltweiten Verurteilungen und Protesten Beachtung zu schenken;

- anstatt den Bau israelischer Siedlungen in den von Arabern dichtbesiedelten Westbank und Gaza einzustellen, wie dies im Einklang mit dem Geiste von Camp David steht und deutlich durch den amerikanischen Präsidenten und seinen Vizepräsidenten, die die Friedensgespräche festgesetzt wurde, und wie dies einer Respektierung der Appelle der UN, der Europäischen Gemeinschaft und allen anderen Organisationen und Gruppierungen Güte getan hätte, hat Israel den Bau neuer Siedlungen beschleunigt und den der alten vergrößert;

- verfolgt Israel in Westbank und Gaza eine Politik der Unterdrückung und der Gewalt gegen die Palästinenser, gegründet auf sogenannte Kollektivstrafe, wie die Verdrängung der führenden Kräfte und der gewählten Bürgermeister aus Westbank und Gaza und die Sprengung arabischer Häuser. Verteidigungsminister Moshe Arens setzt diese Politik fort. Noch am 27. Dezember erklärte er die Armee für berechtigt, arabische Häuser entlang der Hauptstraßen der Westbank zu sprengen, um so seine wertvolle jugendliche Palästinenser zu bekämpfen;

- interpretiert Israel den Begriff „volle Autonomie“, welche im Camp-David-Abkommen vorausgesetzt wurde, als eine Autonomie – wie nach dem Beginn nachdrücklich darauf

bestand – für die Einwohner, während Land und Wasser der besetzten Gebiete sich weiterhin in israelischer Hand befinden. Wie kann ein Volk volle Autonomie ausüben, ohne dies auf dem Land, auf dem es lebt, zu tun?

- war die „volle Autonomie“, wie in Camp David vorgesehen, für eine Zwischenperiode von fünf Jahren gedacht, nach der die Palästinenser der Westbank und Gaza ihre eigene Zukunft entscheiden würden. Jedoch hat Israel dies nicht nur später abgelehnt, sondern es hat zudem die Gangart der vordringenden israelischen Siedler sowie den Bau von Siedlungen in den besetzten Gebieten beschleunigt, um so jegliche noch offstehende Möglichkeiten für die Palästinenser nach dieser Zwischenperiode von vornherein auszuschließen;

- waren die Invasion in den Libanon und die Bombardierung des irakischen Reaktors bedrohliche Schläge gegen den Friedensprozess in der Region, die doch nach Camp David vertrauensbildende Maßnahmen brauchte und nicht eine Gewaltanwendung solchen Ausmaßes.

Trotz alledem ist Ägypten entschlossen, an dem durch seine Friedensinitiative Gewonnenen weiter zu arbeiten, durch die Schaffung einer Atmosphäre des Friedens, die die Vereinigten Staaten getan haben, da dies, mit den Worten des Bürochefs von Präsident Mubarak, „ein Schritt hin zum Frieden ist.“

Mohammed Wahby, Presserat, Botschaft der Arabischen Republik Ägypten, Bonn

Der Leserbrief gibt die ägyptische Haltung, einseitig Israel für die Eroberung des Friedensvertrages verantwortlich zu machen, gut wider.

Interessant ist die Bestätigung im zweiten Absatz, daß Kairo weitere Autonomie-Verhandlungen als „bedeutungslos“ bezeichnet, was auch wieder einer Verletzung des Vertrages gleichkommt.

Zu den einzelnen aufgeführten Punkten kann man nicht antworten, da es sich um Vorwürfe, Meinung und Auslegung, seien um objektive Tatsachen handelt.

Wenn Herr Wahby die israelische Siedlungspolitik bedauert, so ist zu entgegnen, daß nicht Israel, aber König Hussein es seit 16 Jahren ablehnt, mit Israel Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen einzuleiten oder über die besetzten Gebiete zu verhandeln. Kairo hätte Jordanien ja nach Camp David dazu drängen können, dann wäre ein Besiedlungstopp durch die USA vielleicht durchsetzbar gewesen.

Wichtig ist die Feststellung am Schluss, daß Ägypten an der Entwicklung der Friedensinitiative weiterarbeiten wird.

Die Redaktion

Über die Toten

Sehr geehrte Damen und Herren, daß Ihre Redaktion den bekanntesten Grabspruch der Antike grammatikalisch so schäuderhaft mißhandelt, darf nicht unwidersprochen bleiben: Statt „de mortuis aut bene aut nihil“ muß es natürlich heißen „de mortuis...“. Druckfehler oder zu kleines Lateinum des Autors Volsensky?

Wilhelm Raabe hält diesen Spruch übrigens für ein „dummes Wort, da man über einen Schuft auch nach seinem Versterben nicht schlecht genug reden“ könne (Unseres Herrgotts Kanzlei, 1862, Bd. 2).

Dr. Otto Gritschneider, München 2

Georg Büchmann nennt in „Gefüllte Worte“ diese Version: „De mortuis nil nisi bene.“

Die Redaktion

Wort des Tages

„An einen Gott glauben heißt, die Frage nach dem Sinn des Lebens verstehen. An einen Gott glauben heißt, daß es mit den Tatsachen der Welt noch nicht abgetan ist. An Gott glauben heißt sehen, daß das Leben einen Sinn hat.“

Ludwig Wittgenstein, österr. Philosoph (1889-1951)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Bürgermeister Hans Koschnick, erhält am 15. Februar in Paris die alle zwei Jahre verliehene Auszeichnung „Prix France-Allemagne“. Diese Auszeichnung, mit der Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur geehrt werden, wird Koschnick für seinen Einsatz um die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sowie für seine Tätigkeit als Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über deutsch-französische Zusammenarbeit verliehen. In dieser Funktion ist er ständiger Gesprächspartner des französischen Erziehungsministers. Der „Prix France-Allemagne“ steht unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Senats der Republik Frankreich, Alain Poher. Die von der Association France-Allemagne verliehenen Auszeichnung erhielten unter anderem auch Konrad Adenauer und Carlo Schmid.

Professor Dr. Helmut Beumann, emeritierter Professor für Mittlere und

Neuere Geschichte an der Marburger Philipps-Universität, erhielt für seine wissenschaftlichen Verdienste das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Beumann, seit ihrer Gründung 1947 Mitglied der Historischen Kommission für Hessen und Nassau, übernahm 1967 die Leitung einer der wichtigsten wissenschaftlichen Unternehmungen auf dem Gebiet der mittelalterlichen Reichsgeschichte, der Deutschen Kommission für die Bearbeitung der Regesta Imperii. In Marburg leitet Beumann, der Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Akademien ist, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Programm zur Erforschung der Entstehung der europäischen Nationen im Mittelalter, außerdem ist er geschäftsführender Vorsitzender des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte.

BERUFUNGEN

Professor Dr. Hans Zwielfhofer (51), Jesuitenvater in München, ist vom Generaloberen der Gesellschaft Jesu, Pater Peter-Hans Kotewbach, zum neuen Provinzial der Oberbayerischen Ordensprovinz ernannt worden.

den Zwielfhofer, der an der Jesuiten-Hochschule in München Sozialwissenschaften, Gesellschafts- und Entwicklungspolitik lehrt, wird Nachfolger von Pater Dr. Alfons Klein (55), dessen Amtszeit am 15. April endet.

Oswald Seitter, Rechtsanwalt in Stuttgart, ist von der württembergischen Landessynode in geheimer Wahl mit 46 von 91 Stimmen zum Präsidenten gewählt worden. Der neue Synodalpräsident ist seit 18 Jahren Mitglied der württembergischen Landessynode, die ihn auch in die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) delegierte. Württemberg ist die einzige evangelische Landeskirche in der Bundesrepublik, in der die Gemeindeglieder ihre Landessynode direkt wählen.

Professor Dr. Werner Kaltensleiter von der Universität Kiel ist von der Medienkommission der Länder zur wissenschaftlichen Begleitung der vier Kabelversuchsprojekte in der Bundesrepublik zum Vorsitzenden gewählt worden. Dem Gremium gehören

Professorenstreik

Professorenstreik gegen Stationierung: WELT vom 23. Januar

Die Nachricht, daß aus Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD 90 Hochschullehrer an mehreren Berliner Universitäten am Montag, den 30. 01. 84 für einen Tag ihre Arbeit niederlegten, hat mich zutiefst erschüttert. Die Gefahr einer atomaren Katastrophe sei so einzigartig, daß es jedem legitim erscheinen müsse, den Arbeitsalltag durch einen Tag der Besinnung zu unterbrechen, meinte Professor Tugendhat, einer der in den Ausstand Getretenen. Ich finde die Einstellung dieser Beamten unwürdig. Bedauerlich ist nur, daß solche Lehrkräfte, denen das Wochenende zur Besinnung nicht genügt, nicht im Angestelltenverhältnis und damit kündbar sind.

Den zu erwartenden disziplinarrechtlichen Maßnahmen sehe man gelassen entgegen, heißt es in der Nachricht weiter. Interessieren würde mich, wie diese dringende erforderlichen disziplinarrechtlichen Maßnahmen aussehen.

Dr. Oertel, Metzgering

Geschichtsbild

„Panikraz, die Ethel und das Kaltenbachs“: WELT vom 6. Februar

Panikraz ist herzlich zu danken, wie er den „Miniford“, der sich jetzt Herausgeber des „Merkur“ (von mir einmal 1968 kurz abonniert) nennt, abgemagt hat. Was einen unbefangenen, allerdings geschichtsbewussten Deutschen immer wieder wundern muß, ist die Unfähigkeit dieser „Frankfurter Schiller“, zwischen dem braunen Import in Deutschland und den Deutschen vor 1890 zu unterscheiden.

Wenn englische Historiker Friedrich den Großen und Bismarck als „Verbrecher“ bezeichnen sollte man als Adept einer „Kritischen Theorie“ einmal darüber nachdenken, wo solche „Verbrecher“ sich außerhalb Deutschlands vielleicht ebenfalls zu gewissen Zeitpunkten finden lassen. Jedenfalls ist un- oder nur für passionierte Dialektiker erfindlich, wie man Geschichtsbetrachtung zugleich bejahen und verneinen kann: von solchem Sumpf kann Gott sei Dank nichts überleben. (Selbstmord begeben!)

W. Thorwirth, Gummersbach

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnesprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Bis zum endgültig verkabelten Sein Schnellschuß auf das Gewissen

Wer so videotisch ist, die Lottoschulden aufzuzeichnen, wer Buchtitel erfindet, wie „Mund zu, Augen auf – Wege aus der Kritik“ und ernsthaft spricht, nun ginge er in „multimedias res“, der muß irgendwas an sich haben, was andere nicht haben. Thomas Freitag ist solch ein Mann. Und Freitags Abend in der ARD, erster einer „dreiteiligen Medienkunde für Anfänger“, lieferte ein pralles, sattes halbes Stündchen herrlicher TV-Bildwelt. Thomas Freitag wie der sich hübsch über den Blaurock-Schenk verallgemeinernde Rainer Basedow assistierten beim Spielen. Es ging „um den Menschen in seiner Geworfenheit... bis zu seinem endgültig verkabelten Sein“, das von U-Programmen vergewaltigt, von hilflos gestikulierenden Kulis, Kleinstern und Blackys auf Kutschdrang und -zwang reduziert wurde.

Nun, Regisseur Hans Liesendahl hat den Kabarettisten, die aufgeweckte Crew drumherum und all das Videowerk noch dabei aufs Beste inszeniert; das ganze war gespickt mit guten Ideen, mit Tempo gemacht und angelegt nach dem Motto: „Was sich liebt, das neckt sich.“ Das Medium ständig mit dümmlich-plumpen Verunsicherungen zu umgehen, hat Thomas Freitag nicht nötig. Es feiert sich schon selbst sattsam genug.

Zooms und „Warm-ups“ jedenfalls braucht dieser Medienunterwerfer nicht. IQ (Intelligenzquotient) und EQ (Einschaltquote) stehen in direktem Verhältnis, sein Solodebüt ist ihm glänzend gelungen.

ALEXANDER SCHMITZ



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die ARD

9.25 Sonstige

10.00 heute

10.05 WDR

10.15 Joseph Stille Oppenheimer

10.20 Panoram

10.25 Tagesschau

10.30 Gedenkspruch Deutscher

10.35 Dialektgeschicht

10.40 Fußball – Bundesliga

10.45 Fußball – Bundesliga

10.50 Fußball – Bundesliga

10.55 Fußball – Bundesliga

11.00 Fußball – Bundesliga

11.05 Fußball – Bundesliga

11.10 Fußball – Bundesliga

11.15 Fußball – Bundesliga

11.20 Fußball – Bundesliga

11.25 Fußball – Bundesliga

11.30 Fußball – Bundesliga

11.35 Fußball – Bundesliga

11.40 Fußball – Bundesliga

11.45 Fußball – Bundesliga

11.50 Fußball – Bundesliga

11.55 Fußball – Bundesliga

12.00 Fußball – Bundesliga

12.05 Fußball – Bundesliga

12.10 Fußball – Bundesliga

12.15 Fußball – Bundesliga

12.20 Fußball – Bundesliga

12.25 Fußball – Bundesliga

12.30 Fußball – Bundesliga

12.35 Fußball – Bundesliga

12.40 Fußball – Bundesliga

12.45 Fußball – Bundesliga

12.50 Fußball – Bundesliga

12.55 Fußball – Bundesliga

13.00 Fußball – Bundesliga

13.05 Fußball – Bundesliga

13.10 Fußball – Bundesliga

13.15 Fußball – Bundesliga

13.20 Fußball – Bundesliga

13.25 Fußball – Bundesliga

13.30 Fußball – Bundesliga

13.35 Fußball – Bundesliga

13.40 Fußball – Bundesliga

13.45 Fußball – Bundesliga

13.50 Fußball – Bundesliga

13.55 Fußball – Bundesliga

14.00 Fußball – Bundesliga

14.05 Fußball – Bundesliga

14.10 Fußball – Bundesliga

14.15 Fußball – Bundesliga

14.20 Fußball – Bundesliga

14.25 Fußball – Bundesliga

14.30 Fußball – Bundesliga

14.35 Fußball – Bundesliga

14.40 Fußball – Bundesliga

14.45 Fußball – Bundesliga

14.50 Fußball – Bundesliga

14.55 Fußball – Bundesliga

15.00 Fußball – Bundesliga

15.05 Fußball – Bundesliga

15.10 Fußball – Bundesliga

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die ARD

9.25 Sonstige

10.00 heute

10.05 WDR

10.15 Joseph Stille Oppenheimer

10.20 Panoram

10.25 Tagesschau

10.30 Gedenkspruch Deutscher

10.35 Dialektgeschicht

10.40 Fußball – Bundesliga

10.45 Fußball – Bundesliga

10.50 Fußball – Bundesliga

10.55 Fußball – Bundesliga

11.00 Fußball – Bundesliga

11.05 Fußball – Bundesliga

11.10 Fußball – Bundesliga

11.15 Fußball – Bundesliga

11.20 Fußball – Bundesliga

11.25 Fußball – Bundesliga

11.30 Fußball – Bundesliga

11.35 Fußball – Bundesliga

11.40 Fußball – Bundesliga

11.45 Fußball – Bundesliga

11.50 Fußball – Bundesliga

11.55 Fußball – Bundesliga

12.00 Fußball – Bundesliga

12.05 Fußball – Bundesliga

12.10 Fußball – Bundesliga

12.15 Fußball – Bundesliga

12.20 Fußball – Bundesliga

12.25 Fußball – Bundesliga

12.30 Fußball – Bundesliga

12.35 Fußball – Bundesliga

12.40 Fußball – Bundesliga

12.45 Fußball – Bundesliga

12.50 Fußball – Bundesliga

12.55 Fußball – Bundesliga

13.00 Fußball – Bundesliga

13.05 Fußball – Bundesliga

13.10 Fußball – Bundesliga

13.15 Fußball – Bundesliga

13.20 Fußball – Bundesliga

13.25 Fußball – Bundesliga

13.30 Fußball – Bundesliga

13.35 Fußball – Bundesliga

13.40 Fußball – Bundesliga

13.45 Fußball – Bundesliga

13.50 Fußball – Bundesliga

13.55 Fußball – Bundesliga

14.00 Fußball – Bundesliga

14.05 Fußball – Bundesliga

14.10 Fußball – Bundesliga

14.15 Fußball – Bundesliga

14.20 Fußball – Bundesliga

14.25 Fußball – Bundesliga

14.30 Fußball – Bundesliga

14.35 Fußball – Bundesliga

14.40 Fußball – Bundesliga

14.45 Fußball – Bundesliga

14.50 Fußball – Bundesliga

14.55 Fußball – Bundesliga

15.00 Fußball – Bundesliga

15.05 Fußball – Bundesliga

15.10 Fußball – Bundesliga

STUDIO

Bundesminister Heinrich Wunden verlieh gestern in Berlin den Jakob-Kaiser-Preis 1983 in der Kategorie politische Sendungen an die ZDF-Reihe „Kennzeichen D“. Gleichzeitig wurde der Ernst-Reuter-Preis 1983 für Hörfunksendungen verliehen. Ausgezeichnet wurden die Beiträge „Der Arbeiteraufstand“ von Karl W. Fricke (eingereicht vom Deutschlandfunk) sowie „Die Elbe – Ein Strom mit Geschichte“ von Charlotte Drews-Bernstein (eingereicht vom NDR). In den Kategorien Hörspiel und Fernsehspiel wurde kein Preis verliehen. Die Preise, die jeweils mit 10 000 Mark ausgestattet sind, werden für Sendungen ausgeschrieben, die ihr Thema aus dem Problem der Teilung Deutschlands herleiten.

DW

In London starb, wie erst jetzt bekannt wurde, Alfred G. Wurmser im Alter von 73 Jahren. Seine Serie „Ausgerechnet Tatsachen – Eine Bilanz in bewegten Bildern“ hat es innerhalb von zwölf Jahren auf fast 160 Folgen gebracht. Nachdem diese Sendung 1970 eingestellt wurde, arbeitete er vorwiegend an anderen Projekten mit. Er entwarf Grafikblätter für wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Sendungen; er schuf Kurzfilme, Zeichnungen und Kurzfälle für die Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“. 1957 wurde der Wiener mit britischem Paß von der Londoner „Royal Television Society“ ausgezeichnet, und die Britische Akademie für Film und Fernsehen ernannte ihn zu ihrem Mitglied. E.W.

III.

WEST

- 19.00 Aktuelle Stunde
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Mittwoch in Ennepetal
- 21.45 off-air
- 22.15 Der öffentliche Feind
- 22.30 America, Spielfilm, 1951
- 23.30 Letzte Nachrichten

NORD

- 18.00 Sonstige
- 18.30 Pionierspionier Fischer & Co.
- 19.15 Antiquitäten (Vor)wieser auf Berlin
- 19.30 Landwirtschaft aktuell
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Scherzstreich
- 21.00 Krimiwoche Venedig (4)
- 21.45 Letzte Nachrichten
- 22.00 Franzosen, Spielfilm, 1960
- 22.15 Letzte Nachrichten

HESSSEN

- 18.00 Mokka
- 18.15 Leuchter
- 19.00 Eine Klassenreise (4)
- 19.15 Oktober (2)
- 19.45 Mord und Mord
- 20.15 Streifzug
- 21.00 Drei aktuell und Sport
- 22.00 Wie man in feiner Kreise kommt

SÜDWEST

- 18.30 Telekolleg
- 19.00 Englisch (37)
- 19.15 Nur für Baden-Württemberg
- 19.30 Abendschau
- 19.45 Nur für Rheinland-Pfalz
- 19.50 Abendschau
- 20.15 Nur für das Saarland
- 20.30 Saar 3 regional
- 20.45 Gemeinschaftsprogramm
- 21.00 Zeitpunkt (6)
- 21.15 Die Welt in der Provinz
- 21.30 Duell in Soccero
- 21.45 Amerik. Spielfilm, 1954
- 22.15 Krimiwoche Venedig (6)
- 22.30 Stagnation und Mord

BAYERN

- 18.45 Rundschau
- 19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
- 19.45 Nur ein Viertelstündchen
- 20.00 Krimis
- 20.45 Zeitpunkt
- 21.00 Abendschau
- 21.45 Der steile Weg zw. Downing Street 10
- 22.00 Winston Churchill
- 22.45 Z. E. N.
- 23.00 Arbeit – Was das Leben?
- 23.30 Rundschau
- 23.45 News of the Week

Ein verheißungsvolles Zeichen: die Kanne

Seit Jahrhunderten ist dieses Zeichen – vom Mittelmeer bis zum Polarkreis – jedem vertraut, der sich auf einen lebendigen Trunk freut: Die Kanne im Schild vor einem gäbligen Haus verspricht geruchsfame Einkehr und einen guten Schluck Wein. Denn die Kanne, ob aus Zinn oder Steingut, ist ein Weingefäß; die schlanke Holzstange dagegen, der Kanne ähnlich, ist das Zunftzeichen der Schaffer (oder Böttcher), das auf einen Bierausfank hinweist. Ein grüner Weinlaubkranz um die Kanne bewies zudem die Schankgerechtigkeit (heutzutage nennt man es Schankkonzession), die beileibe nicht an jedermann vergeben

wurde, sondern nur an jene, die sich den strengen Bestimmungen der Obrigkeit zur ordnungsgemäßen Bewirtung der Gäste vorbehaltlos fügten. So waren also die Wirtshauswirtschafter von einst zugleich unmissverständliche Hinweise auf das in diesem Zeichen guter Gastlichkeit Gebotene!

Heute bürgt das Haus Asbach & Co. in Rüdesheim am Rhein mit dem Namen „Asbach Uralt“ dafür, daß dieser große Weinbrand seit Generationen von jener Art ist, die den Forderungen der Obrigkeit nicht nur genauestens entspricht, sondern sie weit übertrifft – was Kundige allzeit bekräftigen!



Im Asbach Uralt ist der Geist des Weines!

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



OLYMPISCHE WINTERSPIELE

Programm heute

7.00 Uhr: Eiskunstlauf: Pflicht, Damen
9.00 Uhr: Skilanglauf: 4x5-km-Staffel, Damen
9.30 Uhr: Eisschnelllauf: 3000 m, Damen
10.00 Uhr: Rodeln: Doppelsitzer
12.00 Uhr: Ski alpin: Abfahrt, Damen
13.00 Uhr: Eishockey: Norwegen - Österreich
13.30 Uhr: Eishockey: Finnland - USA
16.30 Uhr: Eishockey: Jugoslawien - Polen
17.00 Uhr: Eishockey: UdSSR - Schweden
20.00 Uhr: Eishockey: Deutschland - Italien
20.30 Uhr: Eishockey: CSSR - Kanada

Fernsehen

8.50-13.30 Uhr (ZDF)
Skilanglauf: 4x5-km-Staffel, Damen; Eisschnelllauf: 3000 m, Damen; Rodeln: Doppelsitzer; Ski alpin: Abfahrt, Damen
19.30-20.15 Uhr (ZDF)
Olympia-Studio, Bericht vom Tage
20.15-22.20 Uhr (ZDF)
Eishockey, Gruppe A: Deutschland-Italien (live)
22.15-0.15 Uhr (ZDF)
Eishockey: Zusammenfassung der Spiele Finnland - USA, UdSSR - Schweden, CSSR - Kanada



WELT-Tip

Ski-Langlauf, 4x5-km-Staffel, Damen - Unser Tip: 1. Norwegen, 2. UdSSR, 3. Finnland
Eisschnelllauf, 3000 m, Damen - Unser Tip: 1. Karin Enke (DDR), 2. Andrea Schöne (DDR), 3. Mary Doctor (USA) - Deutsche Teilnehmerin: Snuda (Ostbrunn)
Rodeln, Doppelsitzer - Unser Tip: 1. Exsak/Wiescha (UdSSR), 2. Belusow/Beljakow (UdSSR), 3. Stangassinger/Wembacher (Deutschland) - Weitere deutsche Teilnehmer: Schwab/Staudinger
Ski alpin, Abfahrt, Damen - Unser Tip: 1. Maria Walliser (Schweiz), 2. Michaela Figini (Schweiz), 3. Maria Kiehl (Deutschland) - Weitere deutsche Teilnehmerinnen: Irene Epple (Seeg), Mosenlechner (Inzell), Wiesler (Oberstaufen)

Wiesler statt Gerg

sid/tipa, Sarajevo
Die Hoffnung heißt Stangassinger/Wembacher und Schwab/Staudinger und kommt aus Berchtesgaden. Wenn die auch keine Medaille holen, dann kann man unsere Olympia-Bilanz wirklich deprimierend nennen", sagt Josef Fendt, 1978 Silbermedaillengewinner und in Sarajevo Rodel-Sportwart. Die Aktiven lassen sich aber nicht unter Druck setzen. "Ich kann denen auch nicht

Autonotfunk von AEG rettet Leben

Der von AEG-TELEFUNKEN entwickelte Autonotfunk hat seine technische Erprobungsphase bestanden. Nach einem über einjährigen Fraxtestzeit im Raum Darmstadt mit 200 Teilnehmern liegt nun bei den Bundesländern die Entscheidung für eine Einführung dieses modernsten und schnellsten Notrufsystems der Welt. Beim Autonotfunk wird aus dem Auto heraus per Knopfdruck über Funk Hilfe herbeigeholt. Die Rettungsleitstelle kann mit den Hilferufenden sprechen und dann gezielte Maßnahmen einleiten. Außerdem wird die Position des betreffenden Fahrzeuges ermittelt.

helfen", sagt Franz Wembacher, "ich bin auch kein Heiliger. Ich weiß nur, daß es für uns sehr schwer sein wird, auf einen Medaillensrang zu fahren."

Im abschließenden Training zur heutigen Damen-Abfahrt war Irene Epple gestern die Langsamste der deutschen Damen. Aber es ging nur darum, das lädierte Knie zu testen, in dem sie nun keine Schmerzen mehr spürt. In der internen deutschen Qualifikation für das heutige Rennen scheiterte Michaela Gerg (Langgries), da Heidi Wiesler (Oberstaufen) knapp eine Sekunde schneller war. Schnellste Deutsche in Training war Regina Mosenlechner (Inzell). Marina Kiehl (München) brauchte sich nicht mehr zu qualifizieren.

SKI ALPIN / Silbermedaille für Gastgeber Jugoslawien, aber die Zuschauer waren unfreundlich

Doch die Pfiffe stachelten Max Julen nur noch an

Von MARTIN HÄGELE

Max Julen - bereit zum ersten großen Sieg. Überschrift einer Story im Schweizer "Sport" vom Herbst, die Max Julen (22) gewidmet ist. Seit gestern kann man diese Geschichte in der Vergangenheit schreiben. Max Julen, der Mann, der fast immer hochgucken mußte, zu einem über sich - das Kapitel ist vorbei. Fünfmal Zweiter, einmal Dritter, einmal Vierter lauteten Julens Weltcup-Resultate der letzten Saison. Erst dann hat er einmal in Les Diablerets gewonnen. Aber gerade die Niederlagen gehören dazu, wenn man sich in einem olympischen Rennen durchsetzen will. Für Julen war die sportliche Bilanz vom ewigen Zweiten gestern am Bjelasnica goldwert. "Ich hatte nichts zu verlieren, deshalb habe ich wohl gewonnen."

Hinter der Aussage des Schweizer steckt mehr als nur so ein Spruch wie, "der Ball ist rot". Denn Max Julen hat sich die Goldmedaille nicht nur auf einem eisigen und steilen Hang und gegenüber hundert Konkurrenten geholt. Als er hinaus mußte auf die Piste, da ging es ihm wie einem Schotten, der im Londoner

Wembley-Stadion einen Elfmeterschützen muß. Es war wie beim Fußball. 30 000 Jugoslawen, vielleicht waren es noch mehr, pöffen und buhen schon als sich Julens pink-schwarzer Rennanzug im Starthaus zeigte. Dem Schweizer schloß häßliche Antipathie entgegen. Irgendwo verständlich, weil es für die Jugoslawen um die erste Medaille ging, seit sie an Winterspielen teilnehmen. Und diese Medaille sollte aus Gold sein.

Denn drei Läufer vor Julen hatte sich der Jugoslawe Jure Franko durch die Tore gestürzt. Wie ein Teufel. Ein 21-jähriger Hasardeur nutzte die Gunst der Stunde, fuhr auf totes Risiko, ließ sich von der Begeisterung seiner Landsleute den Berg hintertragen.

Von dem Augenblick an, in dem es galt, Jure Frankos Bestzeit zu brechen, vergaß das Publikum seine Pflicht als olympischer Gastgeber. Sekunden zuvor noch waren einander wildfremde Menschen um den Hals gefallen, hatten einander abgeküßt. Dann diente jene Einigkeit nur noch dazu, Jure, ihren neuen Ski-Champion, zu verteidigen. Der Österreicher Franz Gruber hat es als erster

spüren müssen. Er kommt mit bester Zwischenzeit, aber man merkt, daß die Pfiffe ihn treffen. Er wird langsamer, hektischer. Und am Ende nur Vierter.

Auch Andreas Wenzel wird seiner Nerven nicht Herr. Er schafft es nicht. Wie schon in Lake Placid bleibt für den Weltklassefahrer aus Liechtenstein Bronze. Allein Max Julen kann den Jugoslawen ihr Gold noch rauben. Wer weiß, was diesen Mann bewegt, als er hinunter muß. Doch ihn bremsen das Buuh nicht, die Pfiffe können ihm nichts anhaben.

Weiß Gott, was der Schweizer in diesem Augenblick gedacht hat. Julen ist überzeugter Christ, pilgert jedes Jahr im Sommer nach Lourdes. Vielleicht hat ihm in dieser Situation sein Glaube geholfen. Als Julen als Olympiasieger durchs Ziel schließt - mit 26 Hundertstelskunden Vorsprung vor dem Jugoslawen, der an diesem Tag über sich hinausgewachsen ist, vermeidet der Gewinner jegliche Art von Abrechnung. "Als ich die Pfiffe gehört habe, da wußte ich, daß ich schnell bin, und ich habe mich erst recht konzentriert", hat er auf die Frage geantwortet, ob ihm die offene Antipathie, die ihm unterwegs entgegenschlug, nicht gebremst hätte.

Julen, sowieso ein stiller Zeitgenosse war rundum glücklich. Und wieso sollte einer seines Schicksals in der Stunde des größten persönlichen Triumphes nun gleich die Sprüche hinausheulen. Julen nutzte seine Positionen nicht aus, und das macht ihn noch sympathischer. Während Julen seine Siegerinterviews gab, ließen die Jugoslawen ihren neuen Volkshelden Jure hochleben.

Am Berg Bjelasnica war gestern Nationalfeiertag. Eine slowenische Kapelle mit Akkordeon und Klarinetten spielte, was ihre Lungen und Instrumente hergaben. Immer wieder "Jure, Jure". Und die Leute, die in einer endlos langen und breiten Schlange zurück zu den Bussen stampften, waren plötzlich wieder friedlich und freundlich. Nicht mehr so verbissen wie eine Stunde zuvor, als sie die Finger zwischen die Zähne gesteckt hatten, um mit Pfiffen ihr Wunder zu retten.

Das traurige an diesem Sieg Julens: Er muß wohl leider immer damit leben, daß gestern die von Olympia ausgesperrten Ingemar Stenmark und Mark Girardelli, die beiden besten Slalomläufer unserer Tage, in Sarajevo nicht am Start waren. Alle anderen hat er besiegt. Und zwar eindrucksvoll. Sein bester Freund Pirmin Zurbriggen, mit dem Max Julen das Zinzer teilte, war gestürzt. Die Nummer eins im Weltcup hatte schon im ersten Durchgang seine Hoffnungen im Schnee begraben. Phil Mahre und Steve Mahre, der Weltcup-Sieger und der Weltmeister, sie hatten mit dem Ausgang des gestrigen Rennens ebenfalls nichts zu tun. Und auch Egon Hirt aus dem Schwarzwald konnte nicht über seinen Schatten springen, er wurde 13.

Dem Duell um den Sieg war eine verbale Auseinandersetzung zwischen Schweizer und Jugoslawen vorausgegangen. Der Schweizer FIS-Delegierte Peter Baumgartner rief den Zorn der Gastgeber dadurch hervor, daß er die Eispiste kurzerhand mit Kippstangen ausstecken ließ. Jugoslawiens Cheftrainer Tone Vogrinec protestierte: "Kippstangen sind bisher immer nur für den Slalom benutzt worden, noch nie aber für einen Riesenslalom."

Der Duell um den Sieg war eine verbale Auseinandersetzung zwischen Schweizer und Jugoslawen vorausgegangen. Der Schweizer FIS-Delegierte Peter Baumgartner rief den Zorn der Gastgeber dadurch hervor, daß er die Eispiste kurzerhand mit Kippstangen ausstecken ließ. Jugoslawiens Cheftrainer Tone Vogrinec protestierte: "Kippstangen sind bisher immer nur für den Slalom benutzt worden, noch nie aber für einen Riesenslalom."

Der Duell um den Sieg war eine verbale Auseinandersetzung zwischen Schweizer und Jugoslawen vorausgegangen. Der Schweizer FIS-Delegierte Peter Baumgartner rief den Zorn der Gastgeber dadurch hervor, daß er die Eispiste kurzerhand mit Kippstangen ausstecken ließ. Jugoslawiens Cheftrainer Tone Vogrinec protestierte: "Kippstangen sind bisher immer nur für den Slalom benutzt worden, noch nie aber für einen Riesenslalom."

BIATHLON/Silbermedaille für deutsches Team

Angerer gewohnt lässig: „Freue mich, daß ich wieder vorne dabei bin“

Von FRANK QUEDNAU

Erik Kvalfoss hielt es nicht mehr auf den Beinen. Die Skirutschen ihm zur Seite weg. Er fiel nach hinten, drohte auf sein Gewehr zu stürzen. Da griffen von rechts und links kräftige Hände zu, fingen ihn auf. Eine ungeduldige Handbewegung beendete diese Hilfsaktion. Der Norweger, 25 Jahre alt und Sportstudent aus Voss bei Oslo, wollte alleine aufstehen, möglichst schnell. Er mußte mitbekommen, was etwa 250 m Luftlinie hinter ihm geschah. Da stand Peter Angerer, sieben Minuten nach ihm gestartet, gerade beim Schießen.

Und plötzlich war alle Müdigkeit des Norwegers verloren, er riß die Ski hoch, ein rauher Schrei kam aus seiner trockenen Kehle. Was geschah hier, ist schnell erzählt: Peter Angerer, der Goldmedaillengewinner über 20 km, war auf die Bahn 30 ganz weit nach hinten in den Schießstand gefahren. Durch Atemübungen hatte er wie immer seinen Puls von etwa 200 Schlägen pro Minute auf 160 gedrückt. "Noch weniger sind nicht gut, dann kommst du schlecht wieder in Schwung", das Gewehr geladen, angelegt, gezielt. "Stehend mußst du auf Reflex schießen, wenn das Schwarze auftaucht, abdrücken". Angerer fing links an, wie immer, traf die beiden ersten Scheiben - dann kam die Fährkarte. Militärisch knapp heißt es später: "Schuß schräg rechts unten vorbei."

Das war der Moment, in dem Kvalfoss jubelte. Jetzt wußte er, daß er Gold gewonnen, diesen fast schon unheimlichen blonden Deutschen besiegt hatte. Angerer mußte eine Strafrunde laufen, die etwa 30 bis 35 Sekunden kostete. Was geschah wäre, hätte er auch die mittlere Scheibe getroffen, ist aus den Ergebnislisten abzulesen: Kvalfoss, der überragende Mann in der Loipe, der mit zwei Fehlschüssen (auch in Sarajevo passierte ihm dies) Weltmeister geworden war, obwohl Angerer damals alles traf, steht mit einer Zeit von 30:53,8 Minuten in den Ergebnislisten. Angerer folgt dahinter mit einem Abstand von 8,6 Sekunden. Das ist Silber, ein überwältigender Erfolg - aber wenn diese Strafrunde nicht gewesen wäre, die etwa 30 bis 35 Sekunden dauerte...

Peter Angerer, was sonst, nahm es gelassen und kommentierte seine zweite Medaille innerhalb von drei Tagen mit einer seiner typischen Unterbreitungen: "Ich freue mich, daß ich wieder vorne dabei bin." Dann tat er das, was für ihn wichtig war, nicht das, was das Reglement vorsieht. Er fuhr hinüber zu den kleinen Gruppen von Zuschauern, die eigens aus seinem Heimatort Hammer mit einer Blaskapelle angereist waren. Bei der Doping-Kontrolle wurde er derweil gesucht.

Leicht erlöst sei er gewesen, sagt zur gleichen Zeit Bundestrainer Jürgen Seifert, aber das habe ihn nicht behindert. Etwas anderes sei wichtiger gewesen: die plötzliche Hitze, nach der Goldmedaille, von einem Gratulationstermin zum anderen, von einem Interview zum nächsten. Montag mittag zog Angerer dann einen Strich. "Schluß jetzt, hat er gesagt", erzählt Fritz Fischer (Seifert). "Als Neunter wurde er unter Wert geschlagen". "Wir Langläufer haben es ja gut, wir schallen die Bretter unter die Füße und gehen in den Wald, dann sind wir verschwunden."

So verschwand Angerer also 20 Stunden vor dem Start, für niemanden mehr zu sprechen. Sie werden es jetzt alle wieder so machen, vor der Staffeln am Freitag. Da werden Walter Pichler (gestern auf Platz 16), Reiter, Angerer und Fischer (in dieser Reihenfolge) über 47,5 km mit den Teams der "DDR", Norwegens und der Sowjetunion um die dritte Medaille für einen der kleinsten Sportverbände in der Bundesrepublik kämpfen.

Die Stillen im Lande sind oft die Erfolgreichsten. 100 aktive Biathleten im Senioren-Alter gibt es bei uns, rund 150 Jugendliche kommen hinzu. Der erste BC Reichenhaller Jäger ist der einzige reine Biathlon-Klub in der Bundesrepublik. Helmut Weinbuch, Sportdirektor im Deutschen Skiverband, sagt: "Unsere Skijäger sind eine verschworene Truppe, mit denen zu arbeiten einfach Spaß macht." Früher, noch vor zehn Jahren, ist mit den Biathleten mancher Schabernack getrieben worden. "Warum tragt ihr keinen Rucksack, wenn ihr beim Laufen schon etwas auf dem Rücken haben müßt?" wurden sie gefragt.



Medaillengewinner unter sich. "Plundig, Peter, prima war's." So gratulierte Rudi Cerne (links) dem Silbermedaillengewinner Peter Angerer nach dem Biathlon-Wettbewerb. FOTO: AP

EISKUNSTLAUF / B. Orser nach Sieg im Kurzprogramm in Medaillennähe Fünf zeigten ein schwieriges Programm, doch Rudi Cerne hielt seinen dritten Platz

Der 25 Jahre alte Vize-Europameister Rudi Cerne bleibt bei den olympischen Eiskunstlauf-Wettbewerben in Sarajevo ein heißer Tip für die Medaillennähe. Gestern in der Pflichtkur, dem Kurzprogramm, belegte der Student aus Wanne-Eickel vor 3000 Zuschauern zwar den sechsten Platz, doch war dieser Rang durchaus einkalkuliert. Vor dem alles entscheidenden Kür am Donnerstagabend ist der zweimalige deutsche Meister weiterhin Dritter hinter Weltmeister Scott Hamilton (USA) und Jean-Christophe Simand (Frankreich).

Keinen Sprung nach vorne machte Vize-Weltmeister Norbert Schramm (Oberstdorf), für den der Wettbewerb mit dem neunten Rang in der Pflicht am Montag so katastrophal begonnen hatte. Er war in der Kurzprogramm-Werbung Siebenter, doch reichte das nicht aus, um näher an die Medaillennähe heranzurücken. Heiko Fischer (Stuttgart) verlor trotz einer fehlerfreien Leistung zwei Plätze und ist nun Achter.

Rudi Cerne durfte mit seiner Leistung voll zufrieden sein. Er mußte

als erster der guten Läufer auf das Eis und brachte die sieben erforderlichen Elemente noch sicherer als bei den Europameisterschaften in Budapest vor vier Wochen. Daß das Preisgericht dennoch fünf Läufer höher einstufte, lag an dem Schwierigkeitsgrad seines Programms. Während elf Läufer den dreifachen Lutz für ihre Sprung-Kombination wählten, sprang Cerne den etwas einfacheren dreifachen Toe-Loop. Im Durchschnit erhielt er Noten von 5,8, der deutsche Preisrichter Gerhard Frey aus Ladenburg war sogar so mutig, ihm eine 5,9 zu geben.

Gut erholt vom Pflicht-Schock zeigte sich der 23 Jahre alte Oberstdorfer Norbert Schramm. Müdig ging er an die sieben Elemente heran und hatte am Ende auch noch die Lacher auf seiner Seite, als er sich bei seiner Schlußpirouette verabschiedete auf den Eishallenboden setzte. Zum erstenmal mußte Schramm in den letzten drei Jahren in der Gruppe der schwächeren Läufer starten, und so ließen sich die Preisrichter auch nicht von Schramms Eis-Clownerie hinreißen und gaben ihm lediglich Noten um

5,5. Nur ein einziger Preisrichter zog die Note 5,8.

Schwächer als erwartet war der dreimalige Weltmeister Scott Hamilton aus den USA. Trotz einer wackeligen Pirouette zog das Preisgericht in der B-Note für den künstlerischen Wert sechsmal die 5,9 - eine Verbeugung vor dem großen Namen. Das war jedoch zu wenig, um den 23-jährigen Brian Orser zu besiegen, der leichtfüßig, elegant und doch kraftvoll vom siebenten Rang nach der Pflicht in die Medaillennähe sprang.

Kurzprogrammssieger wurde damit also nicht unerwartet der Kanadier. Der nur 1,80 Meter große Weltmeisterschafts-Dritte aus Orillia in Ontario begeisterte mit seinem temperamentvollen Programm die Zuschauer und wird in der Kür die größte Gefahr für Cerne bedeuten. Im Gesamtergebnis liegt er mit nur 0,4 Punkten Rückstand auf den Vize-Europameister auf dem fünften Rang. Allerdings ist der jetzt Zweitplatzierte Franzose Simand, in der Kür schwächer einzuschätzen, so daß Cerne den 23-jährigen Franzosen mit einer fehlerfreien Kür packen mußte.

Olympia in Zahlen

EISSCHNELLAUF
1000 m der Herren

Gold:	Boucher (Kanada)	1:15,80
Silber:	Schlepnikow (UdSSR)	1:16,63
Bronze:	Engelstad (Norwegen)	1:16,75

4. Thomez (USA) 1:18,85, 5. Hoffmann (DDR) 1:17,33, 6. Schascherin (UdSSR) 1:17,42... 15. Streib 1:18,6... 23. Oberhuber 1:19,13... 26. Lemcke (alle Deutschland) 1:19,39.

SKI NORDISCH
Biathlon, 10 km

Gold:	Kvalfoss (Norwegen)	30:53,8
Silber:	Angerer (Deutschland)	31:02,41
Bronze:	Jacob (DDR)	31:10,50

4. Soebak (Norwegen) 31:19,71, 5. Schalka (UdSSR) 31:20,8, 6. Mougell (Frankreich) 31:32,92, 8. Fischer 32:04,72... 16. Fichler (beide Deutschland) 32:20,21.

SKI ALPIN
Riesenslalom der Herren

Gold:	Julen (Schweiz)	2:41,18
Silber:	Franko (Jugoslawien)	2:41,41
Bronze:	Wenzel (Liechtenstein)	2:41,75

4. Gruber (Österreich) 2:42,08, 5. Strel (Jugoslawien) 2:42,38, 6. Strolz (Österreich) 2:42,71... 13. Hirt (Deutschland) 2:44,11.

MEDAILLENSPIEGEL nach 20 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
DDR*	6	8	3
UdSSR	3	5	8
Finnland	2	3	3
Norwegen	2	1	3
Schweden	2	-	1
USA	1	2	-
Deutschland	1	-	-
Kanada	1	-	1
Italien	1	-	-
Schweiz	1	-	-
Japan	-	1	-
Jugoslawien	-	-	1
CSSR	-	-	1
Frankreich	-	-	1
Liechtenstein	-	-	1

Situation im Eishockey

Gruppe A: Deutschland - UdSSR 1:8, Schweden - Polen 10:1, Jugoslawien - Italien 5:1.
Deutschland: Tor: Friesen - Abwehr: Kießling, Scharf, Bernander, Reil, Kreis, Niederberger. - Angriff: Steiger, Kühnhaack, Hiemer, Reindl, Trumtschka, Höfner, Roedger, Wolf, Kuhl, Ahne, Betz, Hegen.
Tore: 0:1 Makarow (6), 0:2 Kassatnow (8), 0:3 Drozdetsky (11), 0:4 Krutov (12), 1:4 Trumtschka (20), 1:5 Drozdetsky (23), 1:6 Kowin (29). - Strafbüßen: Deutschland 12 UdSSR 11.
1. UdSSR 4400 32:4 8:0
2. Schweden 4310 33:5 7:1
3. Deutschland 4211 18:13 5:3
4. Italien 4103 11:22 2:6
5. Jugoslawien 4103 7:29 2:6
6. Polen 4004 8:36 0:8
UdSSR damit für die Endrunde qualifiziert.
Gruppe B: Kanada - Norwegen 8:1, USA - Österreich 7:3, Finnland - CSSR 2:7.
1. CSSR 4400 34:7 8:0
2. Kanada 4400 24:8 8:0
3. Finnland 4202 24:16 4:4
4. USA 4112 13:14 3:5
5. Norwegen 4013 10:37 1:7
6. Österreich 4004 7:32 0:8
CSSR und Kanada in der Endrunde.

Der Verdacht auf einen Nasenbruch beim deutschen Nationalspieler Roy Roedger hat sich nicht bestätigt. Dem Deutsch-Kanadier vom Mannheimer ERC war bei der 1:8-Niederlage gegen die UdSSR kurz vor Schluß eine stark blutende Gesichtswunde zugefügt worden. Roedger klagt noch über Schmerzen, die durch einen Riß der Schleimhäute in der Nase hervorgerufen wurden. Daher ist auch sein Einsatz heute im letzten Gruppenspiel gegen Italien fraglich.

STAND PUNKT / Deutscher Adler hinter dem Horizont hoffnungsfroher Leistungsprognosen

Der bunte Adler auf dem Rücken der blauen offiziellen Kleidung der deutschen Mannschaft krallt nach einem blutigen Halbkreis. Ist es die Sonne? Geht sie auf, geht sie unter? Es muß der untergehende Planet sein. Der Adler versucht ihn nur festzuhalten, bevor er vollends hinter dem Horizont hoffnungsfroher Leistungsprognosen verschwindet. Bedauerlicherweise Adler. Ohnehin nicht jedermanns Geschmack, greift er ins Leere. Da versinkt etwas, Fährten droht trotz der Biathleten. Werden alle Plazierungen der bis Montagabend (Halbzeit der Spiele) gestarteten Athleten aus der Bundesrepublik addiert und durch ihre Anzahl dividiert, dann kommt die Platzzahl 19 heraus. Durchschnitt, fides Mittelmaß.

Und so beginnt jetzt ein Slalom besonderer Art. Links ein Fährten, auf dem steht: Wir verlieren, aber wenigstens mit den schönsten Ausreden. Rechts ein Fährten mit der Aufschrift: Wir sind eben nicht besser. Darzwischen wird die Idealspur gesucht, zickzack zu Tal.

Blieben wir bei dem, was war. Wer von der Hoffnung lebt, so schön sie auch sein mag, tanzt ohne Musik. Bosniens und Herzogowinas Hauptstadt Sarajevo ist die Heimat vieler weiser Worte. Fahren wir Slalom mit der deutschen Mannschaft anhand von Sprichworten aus der Region der Winterspiele.

Erstens: "Wer nach fremder Wollausgeht, kommt geschoren nach Hause."

Eishockey-Trainer Xaver Unsinn hat das Erreichen der Endrunde nach dem 1:1 gegen Schweden nicht mehr vom Können seiner eigenen Mannschaft abhängig gemacht. Er hat gesagt, er werde mal "mit meinem Freund Tichonow", dem Trainer der sowjetischen Mannschaft, wegen eines günstigen Ergebnisses reden. So etwas muß sich herumsprechen. Nun haben die Russen 6:1 gewonnen. Selbstverständlich, da es sich, ausgerechnet im Eishockey, nur Ruhe begeben würden, wenn sie derart zum gezielten Müßiggang aufgefordert werden.

Unsinn hat es nicht ernstgemeint. Aber der deutsche Sport leidet darunter, daß viele seiner Trainer oft mit einem lockeren Spruch von der Realität ablenken wollen und das ernste, auftrübende Wort zu spät sprechen. Hätte Unsinn Team doch 10:1 gegen Polen gewonnen, so wie es die gleichwertigen Schweden taten. Aber es wollte spazierengehen und hat fünf Gegenüber kassiert.

Zweitens: "Rascher ist der eigene Esel als des anderen Araber."

Als die Russen mit ihrem neuen Boh auftauchten, mußten bei uns unbedingt Kopien hergestellt, sie getestet und mit ihnen in der Vorbereitung gestürzt werden. Diese Unruhe hätte leicht vermieden werden können, wäre das vorhandene Material optimal verbessert worden. Der deutsche Sport leidet darunter, daß es allzu oft auf die anderen stiert, anstatt sich auf sich selbst zu verlassen. Nur die Fähigkeiten der Athleten können den Materialvorsprung der Konkurrenz ausgleichen. Drittens: "Erwerben ist leichter als Erhalten."

Norbert Schramm hat sich - be-rechtigt - den Ruf erworben, den Eiskunstläufer der 80er Jahre kreiert zu haben. Bunt, poppig, fröhlich, optimistisch. Doch als er oben stand, verlor er sich selbst zwischen den Einflüsterungen eines sogenannten Managers, Parties und Werbetermine mit Punker-Zöpfchen und Glimmer im Haar.

Der deutsche Sport leidet darunter, daß sich seine größten Talente allzu schnell Traumbilder von Ruhm, Größe und Geld aufbauen, bevor sie den sportlichen Alltag endgültig bewältigt haben. Viertens: "Selten kommen großes Glück und Verstand zusammen."

Jochen Behle ist ein Glück für den nordischen Skisport in unseren Breiten. Und er hat Verstand. Bundestrainer Detlef Nirschl: "Ich brauche ich nichts zu sagen, der weiß, was er zu tun hat." Aber Behle hat aufgegeben. Wie paßt das? Der Trainer will jetzt auch aufgeben, hat seinen Rücktritt angeboten. Warum, wo er doch Behle freie Hand, ihn seinen Trainingsaufbau weitgehend selbst bestimmen

läßt. Es ehrt Behle, daß er keine Ausreden sucht. Es ehrt Nirschl, daß er Verantwortung übernimmt. Doch hier ist halt auf gut Glück geplant worden. Zehn Tage vor dem olympischen Start waren die Deutschen Meisterschaften, bei denen sich der Läufer total ausgeben mußte, um Titel zu gewinnen. Die Trainer, die Aktiven, der Bundesausschuß für Leistungssport (BAL) waren gegen diesen Termin. Friedrich Martin, Sportwart der Nordischen Disziplinen, sagt, die Landesverbände müßten mit ihren Wünschen schließlich auch berücksichtigt werden. Helmut Meyer, Direktor des BAL, kontert: "Die Verbände selbst sind selbständig. Der Föderalismus ist oft kein Anreiz für uns." Martin sagt: "Unser Hauptziel war und ist es, in der Staffel eine gute Leistung zu bringen."

Ja, wenn das so ist, dann hätte sich Behle die Schmach der Aufgabe ersparen können. Er hätte wie Karin Jäger gar nicht an den Start gehen sollen. Wegen der Rückenschmerzen,

die er tatsächlich verspürte, die aber nur eine Folge psychischer Verkrampfung ist. Im nächsten Jahr, na bitte, sollen die Deutschen Titelkämpfe nach den Weltmeisterschaften stattfinden.

Behle ist ein Glück für den nordischen Skisport. Er hat auch Verstand. Sein Wort, über 30 km war der Schnee schlecht, heute war der Schnee gut, aber ich war schlecht", spricht für seine Ehrlichkeit. Warum also noch Ausreden?

Der deutsche Sport leidet allzu oft unter dem, was das fünfte bosnische Sprichwort aussagt: Während die Weisen grübeln, erobert die Dummen die Festung." Wenn's nicht so wäre, brauchen wir selbster die ang strapazierte Frage zu stellen: Wo ist Behle?

Der bunte Adler auf dem Rücken der Athleten aus der Bundesrepublik scheint nach einer halben, untergehenden Sonne zu kreisen. Schön wäre, er packte wenigstens diese Hälfte noch in den letzten Tagen der Winterspiele. FRANK QUEDNAU

Spanischer Importeur

möchte erstklassige Videorecorder-Marken kaufen. Bitte setzen Sie sich mit uns über eine der nachfolgenden Telex-Nummern in Verbindung:

Bilbao/Spain 32 182 und 32 783.

Als Referenz geben Sie bitte CENTRAL an.

Geschäftliches Engagement im Iran

Wir sind ein altansässiges Unternehmen, das sich verstärkt mit dem Export in den Iran beschäftigt. Seit Jahren verfügen wir im Iran über zwei Unternehmensorganisationen mit potenten Handelspartnern.

Wir suchen Kontakte zu Firmen, die alte Verbindungen für neue Lieferungen aller Art in den Iran wiederaufnehmen wollen oder Firmen, die neue Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte suchen.

Wir arbeiten je nach Vereinbarung auch auf eigenem Risiko und finanzieren die Lieferungen im Inland.

Ang. u. P. 4191 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schützen Sie Ihr Haus, Ihr Unternehmen, Ihre Familie, Ihre Datenverarbeitung - durch unser Wissen!

SAFETY & SECURITY

Am Bach 2, 493 Detm., T. 0 57 55 / 289

OVE

Hamburg-Office

Büroservice

bietet Ihnen eine Fülle von kostengünstigen Alternativen:

Sitzadresse

Firmensitz

Niederlassung

Kontaktadresse

Telefon-Service

Büroräume

lang- und kurzfristig

Sekretariats-Service

Telex/Telefon-Service

Telefax-Service

und vieles, was hier nicht genannt, von Ihnen aber benötigt wird.

Nennen Sie uns Ihre speziellen Wünsche, wir werden Ihnen ein entsprechendes Angebot unterbreiten.

Medienring 23, 2000 Hamburg 60

Telefon 0 40 / 3 50 91

1 1/2 Mill. DM

Aktive Beteiligung, gute Englischkenntnisse, wolgerecht. Ang. u. P. 4295 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kuriereinsatz

im Ruhrgebiet bis 20 kg verpackt u. unversichert.

Reservierte Kfz

4600 Dortmund 14, Woldenweg 73

Tele. 02 31 / 69 12 40

Erfolgreicher, dynamischer VERTRIEBSINGENIEUR

34. sucht ab sofort für Raum NRW interessierte, selbstständige, energiegel. Vorgesetzte Vertretung auf selbstständiger Basis. Akzeptanz nur gegenüber seriösen Firmen und hochwertigen Produkten aus dem technischen Investitionsgüterbereich. Ang. erb. u. P. 4298 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA, Export

Suchen Sie eine ständige Vertretung in USA? Wir sind in der Lage, Ihre Produkte auf dem US-Markt zu vertrieben.

Ang. u. K. 4209 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA

Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Verwandte von U.S.-Bürgern. Informationen: VIC GmbH, Wismarstr. 101, 8000 München 22

Tele. (089) 22 91 31 - Telex 5 216 534 inda

Übersetzen und Dolmetschen

Japanisch - Deutsch

sowie Englisch u. Französisch Sachgebiete: Technik, Wirtschaft, Wissenschaft, schnelle u. seriöse Bearbeitung

Y. Mizutani, A. Viet, M.A. - Übersetzungsbüro -

Klostergarten 2

5480 Remagen - 0 26 42 / 2 25 12

Geschäftsführer

Vertriebs-Verbindungs-Lösung oder sonstige Organisation für Sie nebenbei in 3 Mon. DM 50 000,- DM 300 000,- Provision.

Detaillierte Angaben erbeten unter G 4229 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PRODUZENT VERKAUF

ANANAS - COSTA RICA

2000 T. DISPONIBEL IN 84

REGELMÄSSIGE LIEFERUNG - 0,85 €/KG

Schreiben an: CIROLDI

RUE DE COURTRAI 23D

E - 8600 MENIN (BELGIEN)

Kfm. mit langj. Ausdiensterf.

Großh., Einzelh., Vertrieb, sucht lukrative Vertretung f. den Groß- u. Einzelh. mit Auslieferung. Büro u. Tel. sind vorh.

Zuschr. erb. u. P. 4297 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EL-Techniker übernimmt freiberuflich Planung, Bauleitung, Zeichnerarbeiten in In- und Ausland.

Ang. u. K. 4207 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Generalagenturen für Südafrika.

Ihr Partner mit Sitz im Cape Town, evtl. Beteiligung oder Sicherheiten bis 1 Mill. DM.

Ang. u. W. 4219 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsübernahme

von freiem Handelsvertreter ges.

Ang. u. B. 4192 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Weinimporteur

sucht Verb. von Handelsvertretern/Agenturen für alle PLZ, eingeführt im einschlägigen Fachhandel/Gastronomie, für den Vertrieb südafrikanischer Qualitätsweine.

Zuschriften erbeten unter P 47895 an WELT-Verlag, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 38

Deutschschweizer Firma übernimmt Vertretung deutscher Produkte / Dienstleistungen

deutschschweizerische Firmenleitung, administratives Potential vorhanden.

Nur seriöse Angebote an W 3-91878, Publicitas, CH-4010 Basel

Vertreter zu teuer? Direktwerbung ohne Resonanz?

Eingespieltes Team versucht, auch Ihre Produkte per TELEFON zu verkaufen. ☎ (0 46 36) 66 83

Junger Volljurist in Hamburg

29 Jahre, auslandserfahren, dynamisch und flexibel, fließend Englisch und Französisch, hinreichend Italienisch und Spanisch sprechend, 3 Jahre Geschäftserfahrung in der Vertretung US-amerikanischer Firmen in der EG, sucht Firmenvertretung oder -vertretung.

Alexander M. Valentin

Pörsdorfer Weg 7, 2000 Hamburg 13

Tele. (0 40) 45 44 45

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.

Handelswaren-Verkaufsbüro GmbH, Zimmerstraße 7, 3760 Lüneburg, Tel. 0 51 32 / 40 43, FS 5 23 450

Schützen Sie Ihr Haus, Ihr Unternehmen, Ihre Familie, Ihre Datenverarbeitung - durch unser Wissen!

SAFETY & SECURITY

Am Bach 2, 493 Detm., T. 0 57 55 / 289

Wir kaufen u. verkaufen

fast jeden Warenposten aus dem Food- und Non-Food-Bereich.

Tele. 06 51 / 5 78 11, FS 4 421 283

AUSTRALIEN BUSINESS CONTACTS/SERVICE AVAILABLE: ALL TRADES.

Zuschr. unter U 4196 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Diplom-Kaufmann

34, 5 J. Erf. im Kreditgeschäft, m. Sonderausb. in d. Zentrale einer gr. Regionalbank hohe Eigenverantwortung, 3 1/2 J. Assistent d. Gesch.-Leitung u. Projektleiter in d. Industrie, Erf. im Anlagenbau, Auto- u. Anlagensystemen (Kanada, USA), Umstrukturierung, engl. Verhandlungssicher, gr. Franz.-Kenntn. u. verantwortungsvolle Position, auch im Ausland, bevorzugt Norddeutschl. Zuschr. erbeten unter FS 4212 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Schmelzstoff-Fachmann

mit chem.-techn. Kenntnissen, bes. in der Metallverarb., Ind. u. L. Hochleistungsbereich mit langj. Know-how, Ausdiensterfahrung, sucht vergleichb. od. artverwandte Ausdiensterf., langfristige, wohnortnahe i. Rhein-Main-Geb. u. Umw. od. Rhein-Main, Rheinland-Pf. u. Saarland. Zuschriften unter K 4198 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Betriebswirt

44 Jahre, verch., ungenügend, mit ausgezeichneten Führungsqualitäten, 2. Zt. Verwaltungsleiter eines größeren Unternehmens, langjährige Tätigkeit als techn. Leiter, Metall- und Feinwerkzeugbranche, mit den Erfahrungswissen, Budget und Budgetkontrolle, Aufbau und Leitung von Cost-Controlling-Systemen und Personalwesen, sucht neue anspruchsvolle Tätigkeit im Raum Norddeutschland. Ang. erb. u. L. 4188 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Univ.-Absolventin (27)

Engl., Spanisch, Franz. in Schrift u. Wort, Kenntn. Ital., Port., Pers.; Lit./Kunsthist./musisch geb. kinstl. kreativ, vielseitige Auslandsarb., su. intern. Tätigkeitsfeld ab Mitte 84.

Tel. 0 44 89 / 54 36

Kälte-Elektromeister

E-Techn. (staatl. gepr.) 42 J. verch., z. Z. selbst. sucht neuen Wirkungskreis. Kurzfr. einsatzbereit, Erf. in der Projekt- u. Klein-u. Großanlagenbau, Steuer- u. Regeltech. sowie Service sucht entsp. verantw. Tätigkeit. Zuschr. erb. unter S 4257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bundeswehroffizier

Dipl.-Päd. und Betriebswirt (VWA) cand., 30 Jahre, sucht zum 1. 10. 1984 Minierg. in Unternehmensmanagement (bevorzugte Bereiche: betriebl. Ausbildung und Vertrieb).

Ang. unter N 4190 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nationaler Verkaufsleiter - Food

46 J. verch., prakt. Betriebswirt, seit 20 Jahren im Ausdiensterf., mit Org.- und Führungserfahrung, verfügt über gute Kontakte zu Bundeszentralen und Top-Kunden, kennt genau die Vertriebswege des Handels, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.

Ang. erb. u. Y 4199 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft

mit langjähriger Berufserf. im Werkseinsatz, z. Z. in ungeklärter Stellung in einem Großunternehmen tätig, sucht neuen Wirkungskreis als Leiter oder Vertreter einer Werkseinsatzabteilung.

Ang. erb. u. T 4194 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bürovorsteherin

in ungeklärter Stellung tätig in großer Anwaltskanzlei möchte sich verändern.

Zuschr. erb. unt. T 4238 an WELT-Verl., Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Friseurmeister

34 J., 10 J. selbständig, sucht neuen Wirkungskreis im Ausdiensterf. wegen Berufung, Reisebereitschaft, auch länger dauernd, vorhanden.

Angebote erbeten unter S 4195 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener Inkassofachmann

(auch Interventionskassen) sucht neuen Wirkungskreis.

Angebote erb. unt. K 4077 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Profilierter Ausdiensterf.

- Kaufmann/-Kassierer - sucht neuen Wirkungskreis.

Zuschr. u. P. 4235 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann

34 J. verch., 5-jährige Tätigkeit in Japan, 10-jährige Tätigkeit in Frankreich, reich in Fernost, Ang. u. P 47513 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Betriebswirt

40 J., mit langjähriger Erfahrung, sucht neuen Wirkungskreis.

Ang. erb. u. P 4769 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Angebender Betriebswirt

24 J., Wirtschaftswissenschaftler, sucht zum 1. 10. Aufgabe in Marketing/Personalwesen/Finanz (gern auch Auslandsdienst).

Ang. erb. u. E 4305 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbst. Kaufmann, 41 J., sucht neuen Wirkungskreis im AUSDIENSTERF./LIEFERUNGSSEKTOR

für Großraum Hamburg, Pkw, Büro, Lager (außerhalb H.H.), Tel. vorh.

Ang. erb. unt. L 4078 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Bauing. (FH)

Vertriebs- und Bauleitung, 25 J., led., orangeb., sucht Erstausschulung, Abschl. Lehr. zum Maschinenbau u. Elektrotechnik.

Helmert K. Stück, 2110 Buchholz, Imkerweg 12, Tel. 0 41 81 / 66 40

Hochschulabsolventin in den Fächern Deutsch und Englisch - Französisch ausbildungsb. - mit mehrjähriger Korrespondenz-Erfahrung, sucht baldmöglichst neuen Wirkungskreis. Zuschriften unter H 4188 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Pepler Großhandelsunternehmen sucht für den Verkauf von SD-Papieren an Formulardruckereien im Raum Norddeutschland einen branchenkundigen

Ausdiensterf.-Mitarbeiter

Festgehalt, Auslagenersatz und Provision sind der Aufgabe entsprechend angemessen und leistungsorientiert.

Bewerbungen unter L 4210 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

Diplom-Kaufmann

34, 5 J. Erf. im Kreditgeschäft, m. Sonderausb. in d. Zentrale einer gr. Regionalbank hohe Eigenverantwortung, 3 1/2 J. Assistent d. Gesch.-Leitung u. Projektleiter in d. Industrie, Erf. im Anlagenbau, Auto- u. Anlagensystemen (Kanada, USA), Umstrukturierung, engl. Verhandlungssicher, gr. Franz.-Kenntn. u. verantwortungsvolle Position, auch im Ausland, bevorzugt Norddeutschl. Zuschr. erbeten unter FS 4212 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Schmelzstoff-Fachmann

mit chem.-techn. Kenntnissen, bes. in der Metallverarb., Ind. u. L. Hochleistungsbereich mit langj. Know-how, Ausdiensterfahrung, sucht vergleichb. od. artverwandte Ausdiensterf., langfristige, wohnortnahe i. Rhein-Main-Geb. u. Umw. od. Rhein-Main, Rheinland-Pf. u. Saarland. Zuschriften unter K 4198 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Betriebswirt

44 Jahre, verch., ungenügend, mit ausgezeichneten Führungsqualitäten, 2. Zt. Verwaltungsleiter eines größeren Unternehmens, langjährige Tätigkeit als techn. Leiter, Metall- und Feinwerkzeugbranche, mit den Erfahrungswissen, Budget und Budgetkontrolle, Aufbau und Leitung von Cost-Controlling-Systemen und Personalwesen, sucht neue anspruchsvolle Tätigkeit im Raum Norddeutschland. Ang. erb. u. L. 4188 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Univ.-Absolventin (27)

Engl., Spanisch, Franz. in Schrift u. Wort, Kenntn. Ital., Port., Pers.; Lit./Kunsthist./musisch geb. kinstl. kreativ, vielseitige Auslandsarb., su. intern. Tätigkeitsfeld ab Mitte 84.

Tel. 0 44 89 / 54 36

Kälte-Elektromeister

E-Techn. (staatl. gepr.) 42 J. verch., z. Z. selbst. sucht neuen Wirkungskreis. Kurzfr. einsatzbereit, Erf. in der Projekt- u. Klein-u. Großanlagenbau, Steuer- u. Regeltech. sowie Service sucht entsp. verantw. Tätigkeit. Zuschr. erb. unter S 4257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bundeswehroffizier

Dipl.-Päd. und Betriebswirt (VWA) cand., 30 Jahre, sucht zum 1. 10. 1984 Minierg. in Unternehmensmanagement (bevorzugte Bereiche: betriebl. Ausbildung und Vertrieb).

Ang. unter N 4190 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nationaler Verkaufsleiter - Food

46 J. verch., prakt. Betriebswirt, seit 20 Jahren im Ausdiensterf., mit Org.- und Führungserfahrung, verfügt über gute Kontakte zu Bundeszentralen und Top-Kunden, kennt genau die Vertriebswege des Handels, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.

Ang. erb. u. Y 4199 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft

mit langjähriger Berufserf. im Werkseinsatz, z. Z. in ungeklärter Stellung in einem Großunternehmen tätig, sucht neuen Wirkungskreis als Leiter oder Vertreter einer Werkseinsatzabteilung.

Ang. erb. u. T 4194 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bürovorsteherin

in ungeklärter Stellung tätig in großer Anwaltskanzlei möchte sich verändern.

Zuschr. erb. unt. T 4238 an WELT-Verl., Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Friseurmeister

34 J., 10 J. selbständig, sucht neuen Wirkungskreis im Ausdiensterf. wegen Berufung, Reisebereitschaft, auch länger dauernd, vorhanden.

Angebote erbeten unter S 4195 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener Inkassofachmann

(auch Interventionskassen) sucht neuen Wirkungskreis.

Angebote erb. unt. K 4077 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Profilierter Ausdiensterf.

- Kaufmann/-Kassierer - sucht neuen Wirkungskreis.

Zuschr. u. P. 4235 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann

34 J. verch., 5-jährige Tätigkeit in Japan, 10-jährige Tätigkeit in Frankreich, reich in Fernost, Ang. u. P 47513 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Betriebswirt

40 J., mit langjähriger Erfahrung, sucht neuen Wirkungskreis.

Ang. erb. u. P 4769 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Angebender Betriebswirt

24 J., Wirtschaftswissenschaftler, sucht zum 1. 10. Aufgabe in Marketing/Personalwesen/Finanz (gern auch Auslandsdienst).

Ang. erb. u. E 4305 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbst. Kaufmann, 41 J., sucht neuen Wirkungskreis im AUSDIENSTERF./LIEFERUNGSSEKTOR

für Großraum Hamburg, Pkw, Büro, Lager (außerhalb H.H.), Tel. vorh.

Ang. erb. unt. L 4078 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,

Israelische Befürchtungen: „Nach den Panzern kämen die Berater“

Offiziere der Armee erläutern mögliche Konsequenzen deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien

R. SELIGMANN, Tel Aviv

Israelische Militärs erwägen für einen akuten „Spannungsfall“, den saudiarabischen Militärstützpunkt Tabuk, etwa 200 Kilometer südlich des israelischen Rote-Meer-Hafens Eilat, durch eine präventive militärische Operation zu zerstören. Armee-Kreise argumentieren, der jüdische Staat habe in einem solchen Fall keine andere Wahl: Riad habe sich schließlich an jedem arabisch-israelischen Krieg beteiligt, ohne je von Israel angegriffen worden zu sein. Die Militärbasis Tabuk ziele strategisch eindeutig gegen Israel. Zwischen Tabuk und Eilat bestehe auch kein „natürliches“ topographisches Hindernis.

Diese Überlegungen des Generalstabes in Tel Aviv gewinnen vor dem Hintergrund saudiarabischer Bestrebungen, deutsche Waffen direkt oder auf dem Umweg über deren Produktion in Ägypten (WELT vom 14. 2.) zu erwerben, besondere Aktualität. Bereits Ende Januar hatte der Staatssekretär im Amt des israelischen Premierministers, Matti Shmulevitz, warnt, Jerusalem könne sich im Falle deutscher Waffenlieferungen an Riad

zu militärischen Präventivschlägen gegen Saudi-Arabien gezwungen sehen (WELT vom 28. 1. 1984).

In der israelischen Armeeführung haben die jüngsten Berichte über die Möglichkeit, Saudi-Arabien könne sich in den Besitz deutscher Waffen setzen, „große Besorgnis“ hervorgerufen. „Wir wissen, daß es, sobald die erste deutsche Waffe nach Riad geliefert wird, nicht allein bei Waffen bleiben kann“, meinte ein hoher israelischer Offizier. „Die Saudis könnten die komplizierten deutschen Waffensysteme nämlich auf absehbare Zeit nicht allein beherrschen. Sie benötigen vielmehr deutsche Berater, Ausbilder und Wartungspersonal. Zumindest die Berater und das Wartungspersonal würden auf Jahre in Saudi-Arabien bleiben müssen. Im akuten Spannungsfall aber wird die israelische Armee der Regierung empfehlen müssen, Tabuk durch einen präventiven Angriff unserer Luftwaffe auszuschalten. Dies würde aber zwangsläufig auch Opfer unter dem deutschen Personal bedeuten. Wir wollen das nicht, aber im Spannungsfall hätten wir keine andere Möglichkeit“, meinte der maßgebliche israelische Militär.

Die Absicht Bonns, Riad nach genauer Prüfung lediglich „Defensiv-Waffen“ zu liefern, wird in der israelischen Armee als „Illusion“ abgetan. Gleiches gilt für die Ansicht, ein mit deutscher Hilfe in Ägypten produzierter Panzer würde nicht nach Saudi-Arabien gelangen. „In der modernen Kriegsführung mit verbundenen Waffensystemen läßt sich keine Unterscheidung zwischen Angriff- und Verteidigungswaffen treffen.“ Und: „Man hat beispielsweise im Golf-Krieg gesehen, daß importierte Waffen sehr schnell von einem in ein anderes arabisches Land transferiert werden können.“ Darüber hinaus sei die ägyptische Waffenindustrie auf Exporte angewiesen. Der hohe Offizier sagte weiter, von deutscher Waffenlieferungen an Riad würde auch die deutsch-israelische militärische Zusammenarbeit „betroffen“.

Ergänzt werden diese militärischen Argumente durch eine politische Überlegung: Wenn Deutschland Waffen für Milliarden nach Saudi-Arabien liefere, gerate Bonn in eine starke Abhängigkeit von Riad und bilde somit seine nützliche unabhängige Position im Nahen Osten ein.

US-Senator warnt: Nicht täuschen lassen

Fortsetzung von Seite 1

der außenpolitische Spielraum mancher Staaten des Ostblocks erweitert.

Die „DDR“ unter Honecker hat gegenüber der Bundesrepublik Deutschland Schritte eingeleitet, die noch vor Jahren unvorstellbar gewesen wären.

Unter Andropows Amtsführung konnte General Jaruzelski den Papst nach Polen einladen und eine gewisse Eigenwilligkeit praktizieren. Es gibt Hinweise, daß die polnische Führung durch die Wahl Tschernomkos in eine gewisse Unsicherheit gestürzt wurde. Sie fürchtet möglicherweise ein Anziehen der Zügel. Mit Unbehagen wurde offenbar auch die Begegnung zwischen Bundeskanzler Kohl und dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker ausgerechnet zum Zeitpunkt der Andropow-Trauerfeier verfolgt. Wittert Warschau etwa eine deutsch-deutsche Verständigung, möglicherweise zu seinen Lasten? Am Tag, an dem die ausländischen Transpässe zur Beisetzung Andropows in Moskau eintrafen, hielt der polnische Außenminister Olszowski eine Rede im Sejm („Parlament“), in der er vor revisionistischen und revanchistischen Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland warnte. War das die Begleitmusik zu dem Treffen Kohl-

Honecker? Nicht nur die Polen stellen die Frage, wie es unter dem neuen Mann in Moskau weitergehen wird. Die Führung der Tschechoslowakei hat Andropow vermutlich kaum nachgetrauert, denn sie sah in ihm einen unruhigen Geist. Jede Stärkung der Breschnew-Erben in Moskau könnte der Prager Führung wohl nur zugute kommen. Wenn es stimmt, daß Tschernomkos Wahlspruch „Keine Experimente“ lautet, dann können Gustav Husak und seine Leute auf dem Hradschin aufatmen.

Tschernomko beschrieb in seiner Trauerrede gestern die Zielrichtung seiner Politik gegenüber dem Westen: „Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zu Verhandlungen, allerdings zu ehrlichen Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichheit und der gegenseitigen Sicherheit. Durch Drohungen lassen wir uns nicht einschüchtern.“

Außenminister Gromyko sekundierte: „Die Sowjetunion tritt entschieden für Vereinbarungen ein, die das Vertrauen stärken könnten.“

Starkes „DDR“-Interesse an fortgesetztem Dialog

Noch kein Termin für Bonn-Besuch Honeckers vereinbart

DW. Moskau
Bei der ersten Begegnung zwischen Bundeskanzler Kohl und dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker ist noch immer kein Termin für einen Besuch Honeckers in Bonn vereinbart worden. Regierungssprecher Peter Boenisch beschränkte sich nach der Unterredung in Moskau auf die Bemerkung, die Bonner Einladung an Honecker bestehe aber weiter.

Als Honecker die Gästevilla der sowjetischen Regierung auf den Lenin-Hügeln, wo er mit dem Bundeskanzler gesprochen hatte, verließ, charakterisierte er den Meinungsaustausch als „ausgezeichnet“.

Wie es hieß, sind die deutsch-deutschen Beziehungen nicht im Detail erörtert worden, man habe aber gespürt, daß „das große Interesse der DDR“ vorhanden sei, Dialog und Zusammenarbeit fortzusetzen. In diesem Sinne äußerte sich auch die „DDR“-Seite.

Aus Bonner Delegationskreisen wurde weiter bekannt, der SED-Chef habe wie in seinen jüngsten öffentlichen Reden auch bei dem Treffen mit dem Kanzler deutlich gemacht, daß die NATO-Nachrüstung zwangsläufig „eine gewisse Pause“ in den innerdeutschen Beziehungen herbeifüh-

ren würde. Beide Seiten seien sich aber einig gewesen, daß die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR“ alles in ihrer Macht Stehende tun sollten, um die Lage in Europa zu verbessern.

In Bonn bewertete der deutschlandpolitische Sprecher der CDU-CSU-Fraktion, Edward Lintner, das Moskauer Treffen als eine „weitere Möglichkeit“, die Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit zwischen Bonn und Ost-Berlin zu festigen. Der Bundestag, darauf wies Lintner hin, habe erst in der vergangenen Woche in einer gemeinsamen Entscheidung von Union, FDP und SPD die Bereitschaft bekräftigt, die Beziehungen zur „DDR“ weiterzuentwickeln. Mehrere Passagen dieser Erklärung, vor allem die, in denen auf das Offenhalten der deutschen Frage hingewiesen wurde, waren von der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ scharf kritisiert worden. Der polemische Ton des SED-Blattes – unter anderem wurde Bundesminister Heinrich Windelen angegriffen – wurde in der Bundeshauptstadt aber vor allem damit begründet, daß Ost-Berlin irritierte Funktionäre beruhigen müsse. Auch Windelen sprach von „gewissen Irritationen“ in der „DDR“.

„Lex Hersant“ vom Parlament verabschiedet

AFP, Paris

Nach 17-tägigen heftigen Debatten hat die französische Nationalversammlung in der Nacht zum Dienstag mit 328 gegen 159 Stimmen das umstrittene neue Pressegesetz verabschiedet, das vor allem auf eine Zerschlagung des Konzerns Robert Hersant abzielt, der in Opposition zur Regierung steht. 2598 Änderungsanträge hatten zu einer Rekorddauer der Debatten geführt. Dabei gab es so scharfe Auseinandersetzungen zwischen der sozialistisch-kommunistischen Regierungsmehrheit und der bürgerlichen Opposition, daß die Nationalversammlung erstmals seit 1950 drei Redner der Opposition mit Disziplinarstrafen belegte.

Das neue Gesetz sieht vor, daß sich höchstens 15 Prozent der nationalen Presse oder zehn Prozent der nationalen und regionalen Presse in einer Hand befinden dürfen. Die Eigentumsverhältnisse müssen einer „Kommission für die Transparenz und den Pluralismus der Presse“ offengelegt werden. Die Befugnisse dieser Kommission wurden während der Debatte gegenüber dem Regierungsentwurf auf Betreiben der Kommunisten und der Opposition jedoch eingeschränkt.

Kreml-Chef zu mehr Realismus gemahnt

Mertes stellt Tschernomko kritische Fragen / Keine Wende der Westpolitik erwartet

CO. Bonn

Kritische Fragen an den neuen Kreml-Chef hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), gerichtet. Andropows Nachfolger habe durchaus die Chance, „trotz der von ihm verkündeten Kontinuität neue Elemente eines stärkeren und konstruktiveren Realismus gegenüber den USA, Westeuropa und Japan in die sowjetische Politik einzuführen und sich damit vorteilhaft von den Verhärtungen und Fehlkalkulationen seines Vorgängers zu unterscheiden.“

Doch fragte der CDU-Politiker zugleich: „Wird Tschernomko den deutsch-sowjetischen Dialog von verschiedenen Belastungen – unter anderem von der psychologischen Kriegsführung zwecks Abkoppelung Bonns von Amerika, von dem drastischen Rückgang der Aussiedlung

deutscher Volkszugehöriger in Rußland – befreien? Wird er dem verheerenden Krieg in Afghanistan ein Ende setzen? Wird er die ausgestreckte Hand Amerikas und Westeuropas ergreifen und zu einer redlichen Politik ausgewogener Abrüstung bereit sein?“

Eine „Konstantinische Wende der sowjetischen Westpolitik“ ist nach Mertes Ansicht von Tschernomko kaum zu erwarten. „Doch wäre eine Hinwendung zu stärkerem Dialogwillen und realistischerer Kompromißbereitschaft schon sehr viel. Allerdings wird auf Dauer ohne Entlastung der sowjetischen Europapolitik eine dauerhafte Friedensordnung auf der Grundlage von Menschenrecht und Selbstbestimmung nicht möglich sein.“

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion

stehe „die ungelöste nationale Frage des deutschen Volkes mit ihren vielen Belastungen, darüber hinaus aber auch das politische Expansionsstreben Moskaus mittels Übermacht und Einschüchterung“ erklärte Mertes. Beide Staaten verbinde aber auch „die Notwendigkeit und der Nutzen zuverlässiger Friedenserhaltung und einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit“.

Der Wunsch des CDU-Politikers nach „stärkerem Dialogwillen“ entsprach den Hoffnungen, die schon von den Bonner Koalitionsparteien und der Opposition geäußert worden waren. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt plädierte für einen Dialog zwischen Tschernomko und der amerikanischen Führung, „damit das Wettstreiten unter Kontrolle gebracht und die Anstrengungen der Völker auf friedliche Ziele gerichtet werden können“.

Dresden: Christen beten für Frieden

An der Ruine der Frauenkirche gedachten 1000 Menschen des Infernos von 1945

DW. Dresden

Die Ruine der Frauenkirche in Dresden – mahnende Erinnerung an die Zerstörung der Stadt in der Bombennacht des 13. Februar 1945 – hat für die unabhängige Friedensbewegung in der „DDR“ besondere Symbolkraft gewonnen. Am späten Montagabend zogen etwa 1000 junge Menschen nach einem ökumenischen Friedensgebet mit Kerzen und Fackeln in der Hand – von der nahegelegenen evangelischen Kreuzkirche zu der Ruine am Neumarkt. Die große Zahl ziviler „Sicherheitskräfte“ blieb beobachtend im Hintergrund.

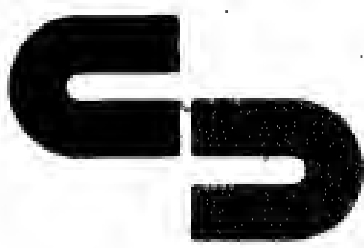
Die jungen Menschen verharren still im Gedenken an das Inferno vor 39 Jahren. Gruppen stimmten Friedenslieder an. Zu dieser späten Stunde wirkten jene Mitglieder des staatlichen Jugendverbandes FDJ etwas

verloren, die seit dem Nachmittag an der Ruine der Frauenkirche mit brennenden Fackeln Mahnwache hielten.

Vor dieser Demonstration christlichen Friedenswillens hatten sich in der Kreuzkirche mehr als 3000 Menschen zum Gebet versammelt. Propst Collin Semper aus dem britischen Coventry zog in seiner Ansprache den Vergleich zwischen den Zerstörungen in seiner Stadt und Dresden während des Zweiten Weltkrieges, er erinnerte an gemeinsame „schmerzvolle Geschichte“ und fragte: „Welche Stadt wird morgen das Opfer sein?“ Doch er warnte zugleich vor Resignation.

Skeptische Fragen nach der Wirksamkeit der Friedensbewegung wurden in einer weiteren Dresdner Kirche von etwa 200 Teilnehmern eines Forums gestellt. Da war Resignation

durchgeklungen: Die Friedensbewegung habe weiteres Aufrüsten nicht verhindern können, obwohl sie sich inzwischen als eine politische Kraft darstellen könne und sich international ausgeweitet habe. Dem hielt der Dresdner Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider entgegen, die unabhängige christliche Friedensbewegung in der „DDR“ habe dazu beigetragen, daß beide deutschen Staaten trotz der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa im Gespräch geblieben seien. Und Oberlandeskirchenrat Reinhold Fritz sagte, die Kirche müsse und werde für pazifistische Gedanken Raum haben, auch wenn sie sich insgesamt nicht auf den Pazifismus festlegen könne. Die Friedensbewegung habe etwas verändert, und „die Mächtigen auch bei uns haben es schwer, die Aufrüstung durchzusetzen“.



Schneider macht Fernsehen zukunftssicher. Bei Schneider können Sie schon heute Videotext- oder später Bildschirmtext-Decoder* einfach selbst dazustecken.

Wenn Sie heute ein neues Stereo-Farbfemsehgerät kaufen, treffen Sie die Entscheidung darüber, ob Sie morgen die Annehmlichkeiten neuer TV-Technologien nutzen können. Videotext, Bildschirmtext, Kabelfernsehen usw. stehen „vor der Tür“.

Ein TV-Gerät muß deshalb mehr als gute Bildqualität und hohen Bedienungskomfort bieten. Es muß vor allem zukunftssicher sein. ● Neu von Schneider: auf der Geräterückseite befindet sich eine Kontaktleiste, in die Sie



*Ab Sept. '84: Bildschirmtext-Decoder (CEPT-Standard). Notwendig: problemloser Btx-Postanschluß.

Videotext- oder später Bildschirmtext-Decoder* (als Zubehör auf Wunsch) mit einem einzigen Handgriff dazustecken. Mit dieser intelligenten Innovation von Schneider – dem Erfinder des „Direct Contact“ Stecksystems bei HiFi-Stereo-Anlagen – sparen Sie Transport und Montagezeiten in der Werkstatt.

● Auch für Kabel- und Satellitenfernsehen sind die Schneider Stereo-Farbfemsehgeräte ausgerüstet. Außerdem: anschlussbereit für Videorecorder oder Bildplattenspieler, Heimcomputer, Telespiele sowie HiFi-Stereo-Anlage.

100 Kanäle, 30 Programmspeicherplätze, 2-Ton-Empfang mit Kopfhörer/Lautsprecher, umschaltbar. Anschluß für 2 externe Boxen. Infrarotfernbedienung. Frontale Klangabstrahlung. Inline-Farbbildröhre. Elegantes „regalfreundliches Design“ in colinalbraun und Nußbaum.

Schneider STV 6000, DM 1.648,-* (56 cm Bild)

Schneider STV 7000, DM 1.798,-* (67 cm Bild)

* Unverbindliche Preisempfehlung ohne Videotext-/Bildschirmtext-Decoder. Im Fachhandel und in Fachabteilungen.

Schneider. Intelligente TV-Technik.

Schneider
TV made in Germany

Schneider Rundfunkwerke GmbH & Co., 8939 Türkheim

Makler und Recht

Bm. - Heute wird sich in Bonn das Kabinett mit den Wünschen der deutschen Immobilienmakler beschäftigen. Beraten wird ein Gesetzentwurf, der die Paragraphen 553 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches reformieren soll. Im Mittelpunkt dieser Reform steht der Anspruch der Makler auf Alleinvermittlung gegenüber einem Klienten, der verkaufen möchte.

Bisher wurde der Alleinauftrag immer nur in den Verträgen zwischen Makler und Klient festgehalten - aber nicht immer in juristisch so einwandfreier Form, daß der Makler zu seinem Geld kam, wenn er hintergangen worden war. Ein Schwanz von Prozessen war bisher die Folge, denn es war bei manchen Immobilienhändlern zum „Sport“ geworden, die Kontakte des Maklers zum Markt und dessen Apparat zu nutzen, dann aber das Objekt entweder selbst oder über einen anderen zu verwerfen.

Dieser Zustand der Unklarheit seiner Arbeit soll nun mit einer Novelle beendet werden. Versteht man sich auf einen Klienten, so wird er qua Gesetz zum Schadensersatz verpflichtet. Über die Höhe des Schadensersatzes ist man sich natürlich noch nicht einig. Die Makler wünschen einen hundertprozentigen Ersatz ihrer Ausgaben, die bisherige Rechtsprechung legt hier al-

Aussichtslos

des - Was mag den zuständigen Richter am Amtsgericht Hannover dazu bewegen haben, das Konkursverfahren über die Hanomag GmbH zu eröffnen? Schon in seiner Funktion als Vergleichsverwalter hatte Egon Kretschmer ohne Umschweife erklärt, daß es „in diesem Trümmerhaufen nichts zu holen“ gebe. Spätestens seit dem Scheitern der Verhandlungen mit Orenstein & Koppel ist klar, daß bei dem hannoverschen Baumaschinen-Hersteller nichts mehr geht, auch nicht in Teilbereichen. Mindestens 80 Mill. DM würde ein Engagement bei Hanomag kosten, die Risiken aus dem brüchigen Paragraphen 613 a nicht mitgerechnet. Wer sollte bereit sein, das zu finanzieren. Mittlerweile sind Absetzbewegungen in vollem Gange. Das gilt für die Handerschaft wie für die qualifizierten Hanomag-Techniker und -Konstrukteure. Angesichts der Aussichtslosigkeit der Situation kann es für den Konkursverwalter nur noch darum gehen, das Umlaufvermögen zu verwerfen, die Bestände günstig an den Mann zu bringen.

Reform überfällig

Von HEINZ HECK

Die FDP reagiert wohlwollend, Finanzminister Stoltenberg hielt sich - wie immer - mit Äußerungen zurück. Dabei bieten die Eckwerte für eine Steuerreform, die die Experten der Bonner Unionsfraktion vor einer Woche auf einer Klausurtagung erarbeitet haben, durchaus eine Diskussionsgrundlage für eine überzeugende Lösung.

Denn das anvisierte Finanzvolumen von etwa 25 Milliarden Mark gestattet fühlbare Entlastungen in der Größenordnung von zehn bis 14 Prozent. Wenn jahrelang die heimlichen Steuererhöhungen zweistellige Milliardenbeträge in der Progressionszone abschöpfen, kann man den Steuerzahler mit einer „Reform“, die ihm den Gegenwert von zwei bis drei Schachteln Zigaretten zurückgibt, nicht nur zur Weisheit, sondern noch tiefer in die Staatsverdrössenheit treiben. Die Union hat aus der Opposition den Anstieg dieses gesetzlich garantierten Zugriffs auf das Einkommen der Bürger immer wieder zu Recht kritisiert. Wenn diese Argumente jetzt nicht in der Regierung auf sie zurückgeschlagen sollen, muß sie weiter dazu stehen. Das bedeutet zugleich, daß dieses Volumen überwiegend durch Einsparungen, also durch Verzicht auf den progressionsbedingten Einnahmeseggen, aufgebracht werden muß. Das ist für Finanzminister wie Stadtkämmerer schmerzhaft, aber nicht zu vermeiden.

Eine Finanzierung der Steuerreform und der Verbesserung des Familienlastenausgleichs allein durch Umschichtung, also durch Steuererhöhung an anderer Stelle, könnte zwar gewisse steuersystematische Verbesserungen bringen, würde aber an dem Grundübel, dem leistungsfeindlichen Griff nach dem Geld des Bürgers, nicht viel ändern und den Anreiz zur Schwarzarbeit nicht mindern.

Das Expertenpapier der Union ist insofern konsequent, als es fordert, das „Entlastungsvolumen sollte zum größten Teil durch Steuerverzicht (Rückgabe heimlicher Steuererhöhungen) finanziert werden“. Hier sind die Vorstellungen mit denen der FDP deckungsgleich. Bedenkt man, daß allein das Lohnsteueraufkommen von 1983 bis 1987 in eine Größenordnung von über 190 Milliarden oder um knapp 50 Prozent steigt (dabei

wurde geltendes Recht unterstellt, also keine Tarifänderung), so wird der akute Handlungsbedarf deutlich. Schätzungsweise die Hälfte der Mehreinnahmen dürfte auf sogenannte heimliche Steuererhöhungen entfallen.

Daher bleibt der öffentlichen Hand keine andere Wahl als der Verzicht, wenn die Steuerlastquote nicht weiter steigen soll - eine Entwicklung, die als Markenzeichen der „Wende“ höchst ungeeignet wäre. Die „Rückgabe“ muß auch dort stattfinden, wo am stärksten kassiert wird. Rund 93 Prozent des Aufkommens aus der Lohn- und Einkommensteuer stammt aus der Progressionszone. Also ist hier auch die Korrektur des Steuertarifs fällig, sie ist eher überfällig.

Damit ist man bei der umstrittenen Frage des Inkrafttretens. Generell gilt: je früher, desto besser. Daher kann die FDP den Steuerzahler mit ihrer Forderung nach 1986 am ehesten überzeugen (auch wenn dies für die Begründung des Wirtschaftsministers die Haushaltskonsolidierung bis Ende 1985 abgeschlossen, nicht gilt). Allerdings wäre eine Einigung auf den 1. Januar 1987, wie der FDP-Steuerexperte Gattermann sie jetzt - im Gegensatz zu Graf Lambsdorff - signalisiert hat, auch noch akzeptabel. Immer vorausgesetzt, daß die Entlastung als ein Paket (Tarif und Familienlastenausgleich) kommt.

Würde die Familienkomponente zeitlich vorgezogen (mit diesem Modell liebäugeln nicht nur einige Landesregierungen, sondern dem Vernehmen nach auch Stoltenberg), bestünde die Gefahr, daß sie zu teuer wird. War zunächst von etwa fünf Milliarden die Rede, so spricht Fraktionschef Dräger jetzt bereits von acht. Dabei wird übersehen, daß auch die Tarifentlastung schon eine Entlastung der Familie bedeutet.

Stoltenberg darf trotz Steuerentlastung die Haushaltskonsolidierung nicht aus dem Auge verlieren. Die Neuverschuldung des Bundes dürfte aus heutiger Sicht bis 1987 auf unter 20 Milliarden (1983: 31,5) zurückgehen. Ein einmaliger erneuter Anstieg wäre aber mit Blick auf die Steuerreform gesamtwirtschaftlich eher zu vertreten als eine - dauerhaft wirkende - Steuererhöhung.

OSTHANDEL / Die kleineren RGW-Länder fielen weiter zurück

Die Sowjetunion und China wurden 1983 zu den bedeutendsten Kunden

Aufgrund der weit überdurchschnittlich gestiegenen Exporte, vor allem in die Sowjetunion und nach China, konnte im deutschen Osthandel 1983 wieder ein Überschuss von 370 Millionen Mark erzielt werden. Im Jahr zuvor lag das Defizit noch bei 837 Millionen. Mehr als die Hälfte des Warenaustausches mit den Staatsbündnissen entfällt bereits auf die Sowjetunion. Für das laufende Jahr wird für den Osthandel mit einem weiteren Wachstum, aber nicht mit spektakulären Zuwachsraten gerechnet.

Deutscher Osthandel in leichtem Aufwind - so kommentiert der Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft die Bilanz des vergangenen Jahres. Geprägt wurde die Entwicklung fast ausschließlich durch den Warenaustausch mit der Sowjetunion und mit China. Der deutsche Export in die kleineren Mitgliedsländer sank.

Während die deutschen Ausfuhren 1983 insgesamt um 1,1 Prozent zunahm, kletterten die Lieferungen in die Staatsbündnisse um 10,3 Prozent auf 22,6 Milliarden Mark. Sie erreichten damit einen Anteil von 5,2 Prozent an den deutschen Gesamtexporten. Auf der Importseite ist das Gefälle nicht so groß. Die deutsche Gesamteinfuhr legte um 3,7 Prozent zu, während die Importe aus dem Osten um 4,2 Prozent auf 22,2 Milliarden Mark stiegen. Dies waren 5,7 Prozent der Gesamteinfuhr.

Der mit weitem Abstand bedeutendste Ost-Markt für die deutsche Wirtschaft war die Sowjetunion. Die deutschen Lieferungen zogen um nahezu ein Fünftel (19,7 Prozent) auf 11,2 Milliarden Mark oder 2,6 Prozent der deutschen Gesamtexporte an. Die

deutschen Bezüge erhöht sich um 4,5 Prozent auf 11,9 Milliarden Mark oder drei Prozent der Gesamteinfuhr. Durch diese Entwicklung verringerte sich das deutsche Defizit gegenüber der Sowjetunion von 1982 auf 619 Millionen Mark.

Die starke Zunahme der deutschen Lieferungen in die Sowjetunion lag im vergangenen Jahr nicht mehr an dem Erdgasröhrengeschäft. Immerhin sind die Verkäufe von Stahlröhren sogar gesunken. Getragen wurde das rasche Wachstum vor allem von Maschinen- und Walzwerksanlagen-Lieferungen. Für das laufende Jahr sprechen die Experten von einer soliden Grundlage für eine weitere Aufwärtsentwicklung. Wegen der Vorbereitung des nächsten Fünfjahresplans, der 1986 in Kraft tritt, könnte sich der Abschluß größerer Projekte verzögern. Der Modernisierungsbedarf der sowjetischen Wirtschaft wird sehr hoch veranschlagt. Mehr als 80 Prozent der deutschen Bezüge aus der Sowjetunion bestehen aus Energierohstoffen.

Auch der Handel mit China stieg wieder. Im vergangenen Jahr kletter-

ten die deutschen Lieferungen um 32,9 Prozent auf 2,8 Milliarden Mark. Die Käufe erhöht sich um 15,4 Prozent auf 1,9 Milliarden Mark. Peking setzt bei der Modernisierung der Wirtschaft jetzt verstärkt Zulieferungen aus dem Westen ein, nachdem sich die Regierung damit in den letzten Jahren noch zurückgehalten hatte. Fast 40 Prozent der deutschen Exporte entfallen bereits auf Maschinen.

Für die Experten überraschend haben sich die deutschen Lieferungen nach Polen stabilisiert. Sie sanken nur noch um 0,7 Prozent auf 2,1 Milliarden Mark, nachdem es 1982 einen Einbruch von mehr als 23 Prozent gegeben hatte. Die deutschen Käufe in Polen erhöht sich um 2,2 Prozent auf 2,2 Milliarden Mark. Am kräftigsten, und zwar um 23,0 Prozent auf 702 Millionen Mark, gingen die deutschen Lieferungen nach Rumänien zurück. Aufgrund des wenig attraktiven Angebots sanken die rumänischen Lieferungen auch um 7,1 Prozent auf 1,3 Milliarden Mark.

Während die Exporte nach Ungarn um 7,2 Prozent auf 2,4 Milliarden Mark sanken, erhöht sich die nach Bulgarien um 3,1 Prozent auf 1,3 Milliarden und in die Tschechoslowakei um 0,1 Prozent auf 1,95 Milliarden Mark. Die Bezüge aus der Tschechoslowakei nahmen um 7,8 Prozent auf 2,2 Milliarden und aus Ungarn um 1,5 Prozent auf 1,9 Milliarden Mark zu. Die Käufe in Bulgarien sanken um 5,3 Prozent auf 447 Millionen Mark.

AUF EIN WORT



Die Verkürzung der Arbeitszeit ausgerechnet jetzt forcieren zu wollen, nimmt sich wie eine Kapitulation vor der Krise aus. Sie erscheint als die zwangweise Fortschreibung einer Teilzeitarbeitslosigkeit für alle. Das schließt nicht aus, daß längerfristig, wenn das Einkommensniveau wieder stärker gestiegen ist, auch die Arbeitszeit erneut zur Diskussion steht.

Prof. Dr. Bruno Möller, Volkswirtschaftliches Institut der Universität Würzburg. FOTO: DIE WELT

Preisaufruf beschleunigt

Der Preisaufruf im deutschen Großhandel hat sich im Januar 1984 auf eine Jahresrate von 3,4 Prozent beschleunigt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg der Index der Großhandels-Verkaufspreise von Dezember 1983 bis Januar 1984 um 0,7 Prozent. Die Jahressteigerungsrate hatte sich im Dezember auf 1,7 Prozent und im November auf 0,7 Prozent belaufen. Im Januar verteuerten sich im Vergleich zum Vormonat vor allem Stahlblech (plus 20 Prozent), Maschinengüter (plus 16 Prozent), inländische Äpfel (plus neun Prozent), Seefische (plus 8,4 Prozent).

VOLKSBANKEN

Schwachwährungen sollten beizeiten abgewertet werden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Bernhard Schramm, rechnet wegen der ausländischen Einflüsse nicht mit deutlichen Zinsänderungen. Die Wechselkurse der Dollarentwicklung seien noch nicht ausstehend und von der Flexibilität an den amerikanischen Finanzmärkten drohen weitere Unsicherheiten.

Probleme sieht Schramm auch innerhalb des europäischen Währungssystems. Die Erholung der D-Mark könne hier schon bald zu ersten Spannungen führen. Der belgische Franc werde derzeit bereits durch Interventionen der Zentralbanken gestützt. Schramms Forderung: Die Schwachwährungen müßten rechtzeitig abgewertet werden.

HANDELSGESPRÄCHE EG-JAPAN

Brüssel dringt stärker auf Abbau der Überschüsse

dpa/VWD, Tokio

Die Europäische Gemeinschaft hat am ersten Tag ihrer im halbjährigen Turnus stattfindenden Konsultationsrunde in Tokio die Japaner erneut aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Rekordüberschuss im Handel mit der EG zu reduzieren.

„So kann es nicht weitergehen“, erklärten die Vertreter der EG-Kommission am Montag angesichts des 10,4 Milliarden Dollar-Defizits (26,5 Milliarden Mark) der Zehnere Gemeinschaft im vergangenen Jahr.

Wie ein EG-Sprecher gestern mitteilte, verlangten die Europäer eine verbindliche Festlegung auf quantitative Importzölle sowie Maßnahmen zur Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens für Chemikalien und Medikamente. Japans wirtschaftliche Erholung dürfe nicht allein zu Lasten der Handelspartner gehen, sondern müsse sich auch auf eine Belebung der japanischen Binnennachfrage stützen.

Der Direktor für Außenbeziehungen in der EG-Kommission, Raymond Phan Van Phi, erläuterte, Japans rapide anwachsende Leistungsbilanzüberschüsse werde 1984 etwa 33 Milliarden Dollar betragen. Das wären mehr als zwei Prozent des japanischen Bruttoinlandsproduktes.

Die japanische Delegation verwies ihrerseits auf Erleichterungen, die im Handel mit der PEG bereits durchgesetzt worden seien, wie zum Beispiel bei vereinfachten Standardtests. Das schnelle Anwachsen des Leistungsbilanzüberschusses führe sie vor allem auf kurzfristige Faktoren, hauptsächlich die niedrigen Ölpreise, zurück. Die Gespräche sollen heute mit einer Plenarsitzung aller Delegationen abgeschlossen werden.

OECD-MINISTERRAT

Lambsdorff für bessere Beachtung der Gatt-Regeln

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Für eine stärker an den ökonomischen Kernfragen orientierte Strategie zum Abbau der „untolerierbaren hoch gewordenen Arbeitslosigkeit“, die der Interdependenz der Weltwirtschaft mehr Rechnung trägt, hat sich Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff vor einem Langfristigen gewidmeten Sonderministerrat der OECD in Paris ausgesprochen. Die allgemeine Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums werde hierfür günstige Voraussetzungen schaffen.

So schnell wie möglich forderte der Minister konkret neue Liberalisierungs-Initiativen für den Welthandel, das heißt eine vorgezogene Zolllenkung des Gatt. In einer zweiten Phase müßte dann ein wirklich substantieller Abbau des Protektionismus und des Subventionismus folgen. Die übrigen Wirtschaftsminister der westlichen Industriestaaten pflichteten dem grundsätzlich bei.

Mit allerdings unterschiedlichem Echo seiner Kollegen forderte der Minister außerdem, die bestehenden Gatt-Regeln zu stärken und darauf hinzuwirken, daß sie als „multilaterale Verpflichtungen“ von allen voll akzeptiert und befolgt werden. Es dürfe hier nicht mehr bei bloßen öffentlichen Deklarationen bleiben.

Anderserseits warnte Lambsdorff ausdrücklich vor Defensivstrategien. Insbesondere eine rigide Strukturhaltungspolitik, die auf kurzfristige Beschäftigungsauswirkungen be-

dacht sei, ziele letztlich darauf ab, nicht mehr länger wettbewerbsfähige Industrien künstlich am Leben zu halten. Staatliche Hilfen würden aber die nichtsubventionierten Bereiche benachteiligen und schwächen. Sie kämen außerdem dem Staat sehr teuer zu stehen.

Scharf kritisierte der Bundeswirtschaftsminister als neue subtile Form des Protektionismus das sogenannte „Industrial Targeting“, bei dem, ausgehend von bestimmten Vorgaben unter administrativer Anleitung und Unterstützung, sektor- und produktionsbezogene Innovationen konzentriert herbeigeführt werden. Dies führe zum Aufbau überdimensionierter Produktionskapazitäten, was beträchtliche Marktstörungen und Forderungen nach Importschutz auslösen könne.

Schließlich warnte Lambsdorff davor, die Verschuldungskrise in der Dritten Welt und in Osteuropa zu unterschätzen. Dank der internationalen Kooperation sei bisher nur eine Atempause für dauerhafte Lösungen erreicht worden, die vor allem darin bestehen müßte, diesen Ländern zu verstärkten Exporten zu verhelfen. Neue Sonderziehungsrechte zur Deckung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten oder gar für einen scheinbar strukturellen Kreditbedarf einzelner Länder lehnte der Minister ausdrücklich ab. In diesem Punkt differiert die deutsche Auffassung vor allem von der französischen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Portugal: IWF beharrt auf seinen Bedingungen

Lissabon (dpa/VWD) - Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält an seinen harten Bedingungen für Kredite an Portugal fest. Eine IWF-Delegation beendete am Dienstag einen zweiwöchigen Aufenthalt in Portugal, in dessen Verlauf die Regierung von Mario Soares um eine Neuverhandlung des Abkommens mit dem IWF vom Herbst letzten Jahres gebittet hatte. Die IWF-Delegation beharrte darauf, daß die Inflationsrate von 30 Prozent (1983) auf 20 Prozent in diesem Jahr gesenkt und das Zahlungsbilanzdefizit von gegenwärtig 1,8 auf 1,2 Milliarden Dollar begrenzt werden müsse. Die Auslandsschuld Portugals betrug Ende 1983 rund 14,5 Milliarden Dollar.

Verbrauchsrückgang

Brüssel (AP) - Der Energieverbrauch der Europäischen Gemeinschaft ist 1983 das vierte Jahr hintereinander gefallen. Wie die EG-Kommission bekanntgab, ging der gesamte Verbrauch um ein Prozent zurück. Dabei sank der Anteil des Erdöls von 49 auf 47 Prozent. Der Anteil der Atomenergie stieg dagegen von 7,2 auf 8,9 Prozent.

Übernahme angeboten

New York (rt) - Der amerikanische Ölbranche steht offenbar die größte Unternehmensfusion aller Zeiten bevor. Nach einem Bericht der „New York Times“ hat der Ölkonzern Atlantic Richfield Co. (Arco) für die Gulf Oil Corp ein Übernahmeangebot im Wert von fast elf Milliarden Dollar abgegeben. Es sei jedoch von Gulf Oil im gegenwärtigen Stadium zurückgewiesen worden. Die Arco, bisher in der Rangliste der US-Ölgesellschaften auf Platz elf, würde nach der Übernahme von Gulf Oil auf den vierten Platz vorrücken.

Abwertung dementiert

Brüssel (dpa/VWD) - Der belgische Premierminister Wilfried Martens ist überzeugt, daß der belgische Franc

seine Stabilität wiedererlangen wird. Gegenüber Journalisten betonte Martens, eine Abwertung des Franc sei „absolut ausgeschlossen“. Belgien habe seine Zahlungsbilanz und seine Exportsituation in „aufseherregender Weise“ verbessern können. Allerdings sei es noch nicht gelungen, das Defizit der öffentlichen Finanzen abzubauen.

Produktion gesunken

Düsseldorf (dpa/VWD) - Die deutschen Hüttenwerke lieferten 1983 knapp 18,2 Millionen Tonnen Stahlfertigerzeugnisse aus, ein Prozent weniger als im Vorjahr. Die Auftragslage stieg dagegen um drei Prozent auf rund 18,5 Millionen Tonnen. Die Auftragsbestände waren nach Mitteilung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie am Jahresende 1983 mit 3,5 Millionen Tonnen um eine halbe Million Tonnen höher als Ende 1982.

Anleihe mit acht Prozent

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Europäische Investitionsbank (EIB), Luxemburg, legt eine 250-Millionen-Mark-Anleihe unter der Konsortialführung der Deutschen Bank AG, Frankfurt, auf. Wie aus Rentenhandelskreisen zu erfahren ist, hat die Anleihe einen Nominalzins von acht Prozent, eine Laufzeit von zehn Jahren und einen Ausgabekurs von 100 Prozent.

Überschuß im USA-Handel

Eschborn (dpa/VWD) - Eine beachtliche Verbesserung weist die deutsche Handelsbilanz mit den USA für 1983 aus. Mit einem Exportüberschuß von mehr als 5,1 Milliarden Mark erzielte die Bundesrepublik erstmals seit fünf Jahren wieder einen nennenswerten Überschuß mit diesem Handelspartner. Dies ergibt sich aus ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Im Vorjahr war ein Defizit von 75,8 Millionen, 1981 von 2,4 Milliarden und in 1980 von 4,2 Milliarden Mark hinzunehmen.

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

PKV will für ihre Mitglieder nach einer Lösung suchen

GISELA REINERS, Bonn

Die privaten Krankenversicherer wollen ihre Kunden „nicht im Regen stehen lassen“, wenn ein Privatversicherter im „Extremfall“ bei Arbeitslosigkeit Nachteile erleidet, versichert der Verband der privaten Krankenversicherungen (PKV) in Köln. Diese Nachteile können frühestens 1985 entstehen durch das Haushaltsbegleitgesetz für 1984.

Dieses Gesetz sieht vor, daß von 1984 an Arbeitnehmer von ihrem Krankengeld Beiträge an die Arbeitslosen- und Rentenversicherung zahlen müssen. Das Krankengeld setzt in der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit ein. Während zur Rentenversicherung problemlos Beiträge auch von Privatversicherten zu entrichten sind (freiwillige Beiträge), geht das bei der Arbeitslosenversicherung nicht.

Nach Aussagen des Staatssekretärs im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, wirkt sich die Vorschrift des Haushaltsbegleitgesetzes nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen nachteilig auf Privatversicherte aus. Das Ministerium prüft deshalb in Zusammenarbeit mit dem PKV, ob eine Regelung gefunden werden kann, die ohne Präjudiz für eine freiwillige Versicherung die Nachteile für Privatversicherte ausschließt.

Anspruch auf Arbeitslosengeld hat nur, wer in den drei Jahren vor der Arbeitslosigkeit ein Jahr lang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat. Hier kann unter Umständen ein Privatversicherter die Frist nicht erfüllen. Der PKV will jedoch, selbst wenn die Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium scheitern sollten, mit einer „internen Lösung“ helfen.

ARBED SAARSTAHL / Ausfallbürgschaft der Landesregierung

Doch wieder nur ein Zeitaufschub

JOACHIM WEBER, Völklingen

Die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, die erneut in eine akute Liquiditätskrise geraten war, ist wieder einmal bis auf weiteres gerettet. Am Montagabend beschloß die saarländische Landesregierung, das Unternehmen noch einmal mit einer Ausfallbürgschaft von 30 Millionen Mark zu stützen. Diese Summe deckt den aktuellen Mittelbedarf des Unternehmens weitestgehend ab, da der Betrieb aufrechterhalten werden kann.

Vorausgegangen war ein Versuch von Arbed Saarstahl, eine zweite Rate von 45 Millionen Mark aus dem für 1984 zugesagten Bundes- und Landeskreditvolumen von 100 Millionen Mark abzurufen. Bonn sah indessen die Voraussetzungen für eine Auszahlung noch nicht als erfüllt an, zumal im Januar bereits eine Tranche von 40 Millionen überwiesen worden war. Dieses Problem ist mit der Saar-

Bürgschaft keineswegs gelöst, es wird weiterverhandelt.

Für die neue Liquiditätskrise der Saarhütten gibt es mehrere Gründe. Von der Landesregierung in Saarbrücken werden vor allem jene 100 Millionen Mark angeführt, die die Saarstahl-Mutter Arbed S.A. in Luxemburg bereits 1983 zu zahlen versprochen hatte. Doch diese ausstehende Überweisung steht im Zusammenhang mit einer „Paketlösung“ der Saarstahl-Probleme, die ebenfalls bereits 1983 realisiert werden sollte. Danach sollen die Finanz- und Entscheidungskompetenzen der deutschen Gruppe, die angesichts des Drei-Milliarden-Volumens an Staatskredit- und -bürgschaften ohnehin de facto der öffentlichen Hand gehört, im Lande gehalten werden.

Wie bei jeder Entflechtung - und darum handelt es sich letztlich - gibt es auch hier Probleme. Uneins ist man immer noch über die Entfän-

dung der Arbed-Tochter EBV, die sich seit 1973 in der von der Arbed S.A. gestellten Sicherheitsmasse befindet. Ungelöst ist auch noch das Problem von Landesbürgschaften aus Nordrhein-Westfalen (80 Millionen Mark) und dem Saarland (20 Millionen Mark) für die deutschen Welterverarbeitungsunternehmen der Arbed, die bei Saarstahl immer noch ungeplant hoch in der Kreide stehen. Und schließlich steht auch noch der Verkauf der Arbed-Beteiligung von 50 Prozent an der PEG-Weserhütte an Hoesch aus, eine weitere eingeplante Liquiditätsquelle.

Und bei wieder anziehendem Geschäft (das vorerst freilich nur der Menge, nicht den Preisen nach zuzurechnen ist) verschärft sich überdies noch das „Medio-Problem“ - zwischen dem Ausgabenschwerpunkt in der jeweils ersten und den Einnahmen in der zweiten Monatshälfte klafft eine ansehnliche Lücke.

RAT

Unsere Experten übernehmen Stabsarbeit für Ihr Investitionsvorhaben und liefern wertvolle Planungs- und Entscheidungsgrundlagen. Zum Beispiel für Neuerrichtungen, Betriebsverweiterungen, Standortverlagerung, Rationalisierung, Produktionsumstellungen, Kooperationen oder Innovationen. Fragen Sie uns. Wir sind für Sie da.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH

KAVALIERSTRASSE 8-10, 4000 DÜSSELDORF 1, TELEFON 0211/3 00 00
POSTFACH 200 309, TELEFAX 8 587 830

BUTTERFAHRTEN

Verstoß gegen EG-Regeln

WILHELM HADLER, Brüssel
Der Europäische Gerichtshof hat die geltenden Steuerbefreiungen auf Ausfuhrschiffen für unzulässig erklärt und damit den unstrittigen „Butterfahrten“ in der Nord- und Ostsee die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Auf eine Klage der Brüsseler Kommission entschied das Gericht, daß die Bundesregierung gegen ihre Verpflichtungen aus den Römischen Verträgen verstoßen habe, als sie die bei den Butterfahrten erworbenen Waren des persönlichen Reisegepäcks von Umsatzsteuer und Sonderverbrauchssteuern befreite.

Bereits 1981 hatten die Europarichter die Abgabenfreiheit als einen Verstoß gegen die Bestimmungen der Zollunion bezeichnet. Bonn führte daraufhin zwar die Zölle und Agrarabschöpfungen auf Drittlandswaren wieder ein, weigerte sich jedoch, auch die Steuern zu erheben.

Nach dem zweiten Urteil ist die im Rahmen des Reiseverkehrs geltende Steuerbefreiung unzulässig, wenn wie bei den Butterfahrten die Waren auf hoher See steuerfrei erworben und über die Seegrenzlinie in das gemeinsame Zollgebiet einlaufen, ohne daß vorher in einem anderen Mitgliedsstaat oder in einem Drittland ein wirklicher Landgang stattgefunden hat. In einer Vorabentscheidung auf Antrag des Finanzgerichts Hamburg stellt das Gericht unter anderem fest, daß auch im kombinierten Reiseverkehr innerhalb der EG (Fährschiff/Bus) die Steuerbefreiung dann nicht gilt, wenn der Aufenthalt im anderen Land lediglich symbolischen Charakter hat.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: Katharina Schmidt geb. Hauck, Inh. d. Kaufhauses Hauck Bräunschweig; Nachd. d. Elise Schenk geb. Stephan; Bankleider Hans-Peter Dunker, Kaufmann; Düsseldorf: Gerd Fuge GmbH; Hamburg: Betonsteinwerk Carl Steiner jr. GmbH; Hannover: Nachd. d. Elfride Kramer geb. Balthus; Günter Meyer, Herrf. v. Lötzen u. a., Münsingen-Rietheim; Schweinfurt: Kosmetik Klingshofen Kurhotel GmbH u. Co., Liegen-schaften KG Betriebsbes. Bad Klingshofen; WITTICH: Wilhelm Knod u. Co. Maschinenbau oHG, Traben-Trarbach.

USA / Drastische Zunahme der Leistungsbilanzdefizite - Finanzierung durch höhere Kapitalimporte

Auf dem Weg, 1986 ein Schuldnerland zu werden

H.A. SIEBERT, Washington
Eine weitere Verschlechterung der US-Außenposition, die dramatische Ausmaße annimmt, sagt das Institute for International Economics (IIE) in Washington voraus. So soll das amerikanische Handelsbilanzdefizit, das 1982 und 1983 bereits 42,7 und 69,4 Milliarden Dollar erreichte, 1984 und 1985 auf 120 und 150 Milliarden Dollar steigen. Der Passivsaldo in der US-Leistungsbilanz erhöht sich auf 100 und 125 (1982: 11,2; 1983: 40) Milliarden Dollar.

Wie der Leiter des mit deutschen Marshall-Plan-Geldern geförderten Forschungsinstituts, Fred Bergsten, weiter erklärte, „führt dies zu massiven Netto-Kapitalzuflüssen, die zur Finanzierung der US-Defizite benötigt werden. Das Ergebnis wird sein, daß die Vereinigten Staaten 1986 fremden Nationen mehr schulden als sie im Ausland Vermögen in Form von Investitionen besitzen“. Zum erstenmal seit dem Ersten Weltkrieg würden die USA wieder ein Netto-Schuldnerland, wobei die Verbindlichkeiten absolut etwa dem derzeitigen mexikanischen und brasilianischen Schuldenniveau entsprächen.

Bergsten ist nicht der einzige Rufer in der Wüste, so daß seine Projektionen durchaus ernst genommen werden müssen. Der Vorsitzende der US-Notenbank, Paul Volcker, rechnet zum Beispiel für 1984 mit einem Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 80 Milliarden Dollar und sieht Amerika ebenfalls als künftiges Schuldnerland. Der amerikanische Handelsminister Malcolm Baldrige veranschlagt das US-Wirtschaftsdefizit in diesem Jahr überdies inzwischen auf 110 Milliarden Dollar. Bergsten war vier Jahre lang Staatssekretär in der Treasury für internationale Angelegenheiten während der Carter-Administration.

Nach Kalkulationen des IIE verlieren die USA durch die Umkehrung der internationalen Investitionsposition die wichtigste Stütze ihrer Leistungsbilanz. Durch die enormen Zinszahlungen an Ausländer wird der Überschuß im Dienstleistungsverkehr und bei den einseitigen Übertragungen, der 1981 mit 33 Milliarden Dollar - ein Rekord - zu Buche schlug, rapide abgebaut. Trotz der wieder höheren Gewinnrepatriierung, die aus der besseren Konjunktur in anderen Staaten resultiert, kann er 1984 schon auf 20 Milliarden Dollar sinken und 1986 ganz verschwinden.

Folgt man Bergsten, dann zahlen die USA einen hohen Preis für die Rekordhaushaltsdefizite und die gewaltigen Realzinsen. So hat die Verschlechterung der realen Netto-Exporte von Waren und Dienstleistungen 1983 die allgemeine wirtschaftliche Wachstumsrate um ein Viertel gedreht, und zwar von 4,4 auf 3,3 Prozent. Die Überbewertung des Dollar schätzte Bergsten auf mindestens 25 Prozent, wobei jedes Prozent ein Minus von zwei bis drei Milliarden Dollar in der US-Handelsbilanz über ein bis zwei Jahre bedeutet.

Das weitere Abrutschen der USA im Weltmarkt ist laut Bergsten deshalb programmiert, weil die amerikanische Wirtschaft auch künftig rascher wächst als andere Industrieländer. Außerdem ist die Preiselastizität, die den Umfang der Importe bestimmt, in Amerika größer als im Ausland. Selbst eine Reduzierung des Dollarwertes um zehn Prozent

würde wegen der verzögerten Preiseffekte in diesem Jahr nicht durchschlagen, sondern das US-Handelsdefizit zunächst um zehn bis 15 Milliarden Dollar erhöhen.

Bergsten hält es praktisch für ausgeschlossen, daß die starke Überbewertung des Dollar durch einen Abbau der Washingtoner Haushaltsdefizite und damit der US-Zinsen schnell korrigiert werden kann. Deshalb werden die wichtigsten Kapitalexporthäuser nichts anderes übrigbleiben, als befristete Maßnahmen zur Eindämmung der Abflüsse zu ergreifen, betonte er. Bergsten tippt in diesem Fall auf Zinsausgleichsteuern, die in den USA 1963 eingeführt wurden, um Kapitalabflüsse zu erschweren.

Der Rückfall der USA in eine internationale Netto-Schuldnerposition läßt sich laut Bergsten nur noch durch ein Wunder verhindern: Nach seiner Rechnung summieren sich Amerikas Leistungsbilanzdefizite von 1983 bis 1985 auf mehr als 250 Milliarden Dollar. Ende 1982 betrug die Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland 168 Milliarden Dollar.

CITROËN / Belegschaftsabbau vor allem durch freiwillige Frühpensionierungen

Gastarbeiter sollen Rückkehr-Hilfen erhalten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französische Automobilgesellschaft Citroën, die gegenwärtig 43.000 Personen beschäftigt, will mindestens 3500 Arbeitsplätze beseitigen. Im Unterschied zu Talbot, die ebenfalls zum Peugeot-Konzern gehört, soll aber auf Entlassungen - jedenfalls zunächst einmal - verzichtet werden. Die Verwaltung zieht damit die Konsequenzen aus dem schweren Sozialkonflikt, zu dem es Anfang Januar in dem Talbot-Werk von Poissy bei Paris gekommen war.

Der Belegschaftsabbau bei Citroën, so eröffnete Generaldirektor Raymond Raveland jetzt dem zentralen Betriebsrat, soll vor allem durch freiwillige Frühpensionierungen erfolgen. Für diesen Zweck wurde eine Befragung der dafür in Frage kommenden 3500 Mitarbeiter in der Altersgruppe von 35 bis 60 Jahren erfolgt. Auf die Betriebe der Pariser Region entfielen hiervon 1900 Personen.

Außerdem sind alle Gastarbeiter aufgefordert worden, die Direktion wissen zu lassen, ob sie grundsätzlich

bereit wären, in ihr Heimatland zurückzukehren. Sie würden über die näheren Bedingungen der Rückkehrhilfen informiert, sobald die Regierung diese präzisiert habe. Trotz dieses eher vorsichtigen Verfahrens haben die Gewerkschaften heftig gegen den Umstrukturierungsplan protestiert.

Citroën-Präsident Jacques Calvet, der gleichzeitig Präsident von Talbot ist, hatte schon Anfang Februar den Gewerkschaften und der Regierung angekündigt: „Entweder man vermindert die Belegschaft, oder aber Citroën wird in drei Jahren nicht mehr existieren“. Über den Umfang der in dieser Zeit notwendigen Reduzierung machte er zwar keine Angaben. Jedoch veranschlagt man inoffiziell den Bedarf auf mindestens 4500 Personen.

Ein zweiter Kürzungsplan erscheint danach wahrscheinlich. Dies schon dann, falls sich nicht genügend Kandidaten für die Frühpente - man schätzt sie auf 2000 bis 2500 - und für

die Gastarbeiterrückkehr finden sollten. Schließlich macht das Unternehmen weiter hohe Verluste, nachdem es in den letzten drei Jahren mit mehr als drei Milliarden Franc (eine Milliarde DM) in die roten Zahlen geraten war. Der Produktivitätsrückstand gegenüber den Konkurrenten begünstigt sich nach Angaben Calvets inzwischen auf 15 bis 20 Prozent.

Nachdem jetzt der private Peugeot-Konzern (Peugeot, Talbot und Citroën) seine Belegschaftsreduzierung weitgehend bekanntgegeben oder durchgeführt hat, erwartet man, daß der staatliche Renault-Konzern (200.000 Mitarbeiter und ca. zwei Milliarden Franc Verluste) auf seiner zum 21. Februar einberufenen Betriebsratsversammlung Farbe bekennen. Nach Gewerkschaftsangaben plant die Verwaltung mehr als 10.000 Freisetzung. Dieses Projekt könnte aber inzwischen deshalb begrenzt worden sein, weil Renault dieser Tage einen außergewöhnlich hohen Staatskredit von 750 Millionen Franc zu Vorzugsbedingungen erhalten hat.

Ambrosiano-Lösung rückt näher

Bei vertraulichen Gesprächen in der Schweiz sind nach Angaben von Bankkreisen in Rom und London die Grundlinien eines möglichen Kompromisses in dem seit 18 Monaten andauernden Rechtsstreit um die Folgen des Zusammenbruchs des italienischen Banco Ambrosiano ausgearbeitet worden. Nach der in der vergangenen Woche in Zürich erreichten Vereinbarung würden die im August 1982 zusammengebrochene Bank und ihre luxemburger Holdinggesellschaft rund 600 Millionen Dollar zur Begleichung von über zwei Dritteln der bestehenden Gläubigeransprüche bezahlen, hieß es.

Darauf hätten sich die Liquidatoren des Banco Ambrosiano jetzt verständigt. Zu den noch ungeklärten Punkten zählte vor allem die Haltung der Vatikan-Bank Istituto per le Opere di Religione. Die Vatikan-Bank besitzt nach eigenen Angaben zehn panamaische Gesellschaften, in denen 1,3 Milliarden Dollar an Ambrosiano-Kredit verschwinden sind. Gleichzeitig lehnt die Bank aber die Verantwortung für die Tätigkeit der Panama-Gesellschaften ab.

TEXACO / Weg frei für Fusion mit Getty

Behörde beschließt Auflagen

Die amerikanische Kartellbehörde FTC hat zumindest vorläufig den Weg für die geplante Fusion von Texaco Oil und Getty Oil freigegeben. Mit einem Volumen von 10,1 Milliarden Dollar ist dies die bislang größte Fusion zweier Firmen in der Unternehmensgeschichte der Vereinigten Staaten.

Allerdings haben die US-Wettbewerbswächter die für Texaco zweifellos äußerst attraktive Ehe mit Getty an eine Reihe von Auflagen gebunden. Für die Übernahme von Getty muß sich Texaco, wie Vertreter der „Federal Trade Commission“ (FTC) mitteilen, von einer Reihe von Geschäftsbereichen trennen.

Nach Bekanntwerden des Volumens der FTC hatte Texaco bereits mitgeteilt, daß alle 35,1 Millionen bislang angelegten Getty-Stammaktien im Rahmen der Übernahme-Offerte zu 128 Dollar je Stück erworben worden seien.

Mit der Übernahme von Getty verdoppeln sich die Ölereserven der Texaco auf rund 3,9 Milliarden Barrel, und die Gasreserven wachsen um 25 Prozent auf 12.000 Milliarden Kubik-

fuß. Nach der vorläufigen Genehmigung durch die FTC kann während einer Frist von 60 Tagen die Öffentlichkeit zu der Transaktion Stellung nehmen. Zu den Auflagen zählt eine Abtrennung von Pipeline- und Raffinerie-Aktivitäten sowie anderer Bereiche innerhalb eines Jahres.

Unter anderem muß Texaco, die nach der Fusion weiterhin drittgrößter Ölkonzern der USA nach Exxon und Mobil bleiben wird, die Getty-Beteiligung an einer Pipeline in Colorado, an der Texaco ebenfalls bereits einen Anteil hält, abtrennen. Zudem muß das Unternehmen sich von der Getty-Pipeline in El Dorado und anderen Vermögenswerten in Kansas trennen. 1900 Getty-Tankstellen und neun Benzin-Terminals sowie die Raffinerie in Eagle Point und die Vertriebs- und Transportaktivitäten in 15 US-Bundesstaaten abgeben. Die FTC verpflichtete Texaco außerdem, die unabhängigen Raffinerien in Kalifornien, die derzeit im Rahmen eines Fünfjahresvertrages von Getty beliefert werden, zu den gleichen Konditionen weiter zu versorgen. Texaco bezieht die Auflagen der FTC als akzeptabel.

BINNENSCHIFFFAHRT / Frachtsystem

Gesetzesänderung abgelehnt

Der Bundesverband der Deutschen Binnenschiffahrt wehrt sich entschieden gegen die vorgeschlagene tarifpolitische Lockerung des Ordnungrahmens der deutschen Seehäfen. Ihr Vorsitzender, Hans-Joachim Guschall, erklärte in Bremen: „Der Bundesverband ist einhellig für die Beibehaltung des jetzigen Frachtsystems“. Eine Liberalisierung bringe den deutschen Seehäfen keine Tonne Ladung mehr. Diese Haltung will der Bundesverband morgen bei Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsministerium einnehmen.

Die Binnenschiffer, die zu 88 Prozent in diesem Verband organisiert sind, lehnen die geplante Gesetzesänderung ab, die unter bestimmten Voraussetzungen Sonderabmachungen ermöglichen soll. Eine solche Regelung führe zur Aufweichung des Frachtsystems und zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des Gewerbes. Insbesondere seien damit

mittelstandsfeindliche Wirkungen zu erwarten.

Zudem wäre die Wasser- und Schifffahrtsdirektion, die als Kontrollorgan die Anwendung der Sonderabmachungen zu überwachen habe, überfordert. Guschall: „Es ist ein Irrglaube, daß sich die Tarifordnung des FTB negativ auf die Umschlagentwicklung der deutschen Seehäfen auswirkt“. Denn der Anteil der deutschen Häfen sei im Vergleich mit den anderen Nordseehäfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam (ARA-Häfen) zwischen 1973 und 1982 von 18,7 auf 20,9 Prozent gestiegen - bei insgesamt sinkendem Umschlagsvolumen von 479 auf 444 Mill. Tonnen.

Den ARA-Häfen böten sich einmal Vorteile, weil sie von größeren Seeschiffen angefahren werden könnten, dies würde sich auf die Seefrachtfraten schon mit ein bis zwei Dollar pro Tonne auswirken. Außerdem sei bei diesen Häfen ein besserer Ablauf ins Binnenland naturgegeben. Der Rhein lasse größere Binnenschiffe zu, die wesentlich effizienter arbeiten könnten.

Kongresse · Tagungen · Konferenzen

Hotel Schloß Gevelinghausen
Das gute und preiswerte Hotel für alle Tagungen und Seminare. Tagungsräume für 10 bis 50 Personen, 50 Betten, sämtliche Zimmer mit Bad/Dusche, WC, Radio, Telefon und Bierservice. Schwimmbad, Sauna, Solarium und eigene Tennisplätze. In unmittelbarer Nähe des bekannten Freizeit-Zentrums PORT FUN mit den vielen Möglichkeiten aktiver Entspannung. Überzeugen Sie sich, fordern Sie unsere Tagungsguide mit Spezialangeboten an.
Hotel Schloß Gevelinghausen
5787 Ottersberg 8 - Gevelinghausen - Telefon (02304) 2074

KUR-HOTEL AM KAISERBRUNNEN BRAKEL
Ruhe - Erholung - Entspannung zwischen Bad Driburg und Hörter (nahe Verlaßerstraße, direkt am Wald und Kaiserbrunnen, herrliche Rundwanderwege, Mädeljäger Komit, Loggia, Kuchenspezialitäten, beheiztes Hallenschwimmbad - Sauna, Massage, Friseur, Lift, Badestube (privat), -Grillstube - Wellnessbereich - Elgastube, Bitte Tagungsguide anfordern.
2402 Brakel (Weserbergland), Telefon (05272) 91 31 - 31 34

Burghotel (am Wildpark)
2843 Dinklage i. O. Tel. 0 44 43/10 25-26 o. 777
Mitten im Burgwald gelegen.
Ideal für Tagungen, Betriebsfeste, Kegelausflüge etc.
Nur 1400 m von der Abfahrt
Lohne - Dinklage der Autobahn Hansalinie (50 km nördl. Osnabrück).

Reisen Rasten Rothenburg
HOTEL GOLDENER HIRSCH
Rothenburg ob der Tauber
Komfort und Ruhe über dem Taubertal
Restaurant: Die Blaue Terrasse
145 B. - Tagungsräume - Garagen u. P.
Telefon: 0 93 61 / 20 61 - Telefax 05-1372

Seminare + Tagungen in der Mitte der Bundesrepublik Siegerlandhalle
• 11 Kongress- und Tagungssäle
• Moderne Kongressküche
• Bewirtung in allen Räumen und Sälen
• 300 Autos - 1000 Personen
• Tagungsservice im Grünen
• Direkter Autobahnanschluss A 45 (Sauerlandring)
Veranstaltung d. Siegerlandhalle, Kollmannstr. 151, 59003 Siegen, Tel. (0271) 2370-10 bis 72 500

Seminare Tagungen Kongresse!
Bitte Veranstalter Broschüre anfordern!
Bremen
Die Partner:
Verkehrsverein der Freien Hansestadt Bremen
Mitglied GCB, ICCA
0204 21-32 73 00, 2 244 854

Wir empfehlen uns für Ihre nächste Tagung BURGHOTEL SCHNELLENBERG
Ruhige, wunderschöne Einzelgäste, geeignete Räume für Tagungen bis zu 80 Personen.
Spezialküche - elegante und rustikale Restaurants - Kammerzimmer - Tennis - Kegelbahn pp. - komfortable Hotelzimmer - geschlossen von Anfang Januar bis Anfang Februar
BURG SCHNELLENBERG
Familie Bilsing - 5652 Attendorf am Biggensee (Sauerland) - ☎ (0 27 22) 40 81, Telefax 8 78 732 burgs d

Sport-Hotel Vogelsberg
MAN TAGT BEI UNS
mitten in HESSEN
* 3 km von der BAB Kassel-Frankfurt *
* Abfahrt Alsfeld-West *
* Tennisplätze, Sauna, Hallenbad *
* Messungen, Solarium, Kegelbahnen *
* Tagungsgelände bis 500 Pers. *
* komplettes Tagungsequipment *
ARRANGEMENTS ab 99,- DM je Person

Intermar
Glücksburg - Mecklenburg
Tagungen im Intermar-Stil
Tagungen, Konferenzen, Seminare im Intermar-Stil sind zu einem Begriff geworden.
Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.
Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenende und Freizeit.
Ihre Buchung nimmt jedes Intermar-Hotel entgegen oder informieren Sie sich bei der Zentralen Reservierung, Strandstr. 94, 2408 Wismar-Strand, Tel. 0383/66 26 26, 21 61 640

HOTEL HEIDELBERG
Hallenbad 7x12
mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium
Für Urlaub und Wochenende
Restaurant im rustikalen Stil, altsächsisches Bierhaus, 30 Betten, alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, Radio, 2 T. mit Südbalkon, Lift, Badestube, Kegel- und Tagungsräume
5102 Hermannsburg
Lüneburger Heide
Telefon (0 53 53) 34 61

Tagen im grünen des Odenwaldes
Ringshotel Grasslebenbach
Es erwartet Sie ein komfort. Landhotel in 85 Zimmern, alle m. Du. o. Bad/WC, gut beleuchtete Straßen, landschaftl. Ruhe, Hallenbad, Sauna, Solarium, Spezialküche leicht u. bekömmlich.
Räume f. 10-60 Personen, Leinwand, Reperitur, Richtiges Overhead-Projektor.
Auf Wunsch besondere Extras und Incentive-Programme.
Fordern Sie unser Tagungsangebot an
Siegfriedbrunnen
6140 Grasslebenbach, Knechtelbach
Odenwald 430 m, Tel. 0 62 07/14 21

revita
Ob Sie eine Geschäftsbesprechung für 6 Personen oder eine Veranstaltung für 600 Teilnehmer ausrichten müssen, im revita-Hotel kein Problem.
15 Veranstaltungsräume mit modernster Ausstattung, 600 Betten, mehrere Restaurants, Cafés, Bars, aufmerksamer Service, vernünftige Preise.
Hotel - Kongresszentrum
3422 Bad Lauterberg/Harz
Tel.: (0 53 24) 8 31 - Telefax: 9 6 245

Weiterer Erscheinungstermine der Sonderwerbung Kongresse, Tagungen Konferenzen
14. März
18. April
18. Mai
16. Juni
11. Juli
15. August
12. September
10. Oktober
14. November
12. Dezember

Anzeigen-Abteilung - DIE WELT -
Kaiser-Wilhelm-Straße 1
2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 3 47 44 83

IHR HOTEL IN WIESBADEN
Seminare, Tagungen, Konferenzen
157 Zimmer mit Bad, WC, Mini-Bar, TV
Sauna, Solarium, Swimming-Pool, Fitness, Massagen
Kostenlose Parkplätze
5 Tagungsräume bis zu 80 Personen
Moderne Ausstattung
Video-Großbildschirmanlage, BETA-System
Abraham-Lincoln-Str. 17
6200 Wiesbaden
Tel. 0 61 21 / 7 78 11
Reservierungen:
0 61 21 / 7 40 41

Forum Hotel Wiesbaden
157 Zimmer mit Bad, WC, Mini-Bar, TV
Sauna, Solarium, Swimming-Pool, Fitness, Massagen
Kostenlose Parkplätze
5 Tagungsräume bis zu 80 Personen
Moderne Ausstattung
Video-Großbildschirmanlage, BETA-System
Abraham-Lincoln-Str. 17
6200 Wiesbaden
Tel. 0 61 21 / 7 78 11
Reservierungen:
0 61 21 / 7 40 41

SCHLIERSEE
Im Herzen Oberbayerns
800-1900 m
KURZENTRUM
mit HALLENBAD
TAGUNGSRÄUME
bis 500 Personen
RESTAURANTS
VERANSTALTUNGEN
Tagen u. Entspannen, direkt am SEE
AUSKUNFT:
Kurverwaltung
8162 Schliersee, PF 148
Telefon (0 86 26) 47 56
Der bestgeeignete Ort für Ihre TAGUNGEN-KONFERENZEN

Hotel Knoche Rimberg
In schattiger u. ruhiger Umgebung des Hochsauerlandes, 713 m ü. d. d. Meereshöhe, herrliche Wald- und Wanderwege, Hallenbad, Sauna, Solarium, Fitness, Kinderspielplatz, Tennis, best. Küche - auch über 120 Jahre Familienbetrieb.
5948 Schmallenberg-Rimberg, Tel. 02974/7011

Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide
Ringshotel, 2112 Jostberg, Tel. 0 41 63 / 20 44
Zimmer mit Bad/WC/Radio/TV
70 Betten, Lift, Konferenzraum, Kegelbahn, 10-80 Personen.
Hallenbad mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Solarium

Tagen Sie mal auf unsere Kosten
Wenn Sie mit dem Tagungsgeschäft zu tun haben, dann laden wir Sie ein: Tagen Sie mal auf unsere Kosten in einem DORINT Hotel Ihrer Wahl. Damit Sie den Coupon ausfüllen - und ein hübsches Glück! Denn gewonnen Sie eines von DORINT Hotels in Arolsen - Amberg - Bad Brückenau - Bad Kissingen - Bad Neuenahr - Biersdorf/Südlich - Feldberg/Schwarzwald - Dreilich bei Frankfurt - Gießen - Hatten - Inzell/Ober-Kalsersee - Kassel - Leoni am Starnberg - München/Gladbach - Schöneberg/Ostsee - Tübingen - Wiesbaden sowie Hotels in Belgien und der Schweiz.
Namen, Funktion, Firma, Anschrift:
Telefonnummer (falls vorhanden) und die Adresse, wo der Coupon eingereicht werden soll:
Gewinnspiel bis 31. März 1984
DORINT-Tagungsservice an Ort und Stelle leisten können. Sie brauchen nur den Coupon ausfüllen - und ein hübsches Glück! Denn gewonnen Sie eines von DORINT Hotels in Arolsen - Amberg - Bad Brückenau - Bad Kissingen - Bad Neuenahr - Biersdorf/Südlich - Feldberg/Schwarzwald - Dreilich bei Frankfurt - Gießen - Hatten - Inzell/Ober-Kalsersee - Kassel - Leoni am Starnberg - München/Gladbach - Schöneberg/Ostsee - Tübingen - Wiesbaden sowie Hotels in Belgien und der Schweiz.
Gewinnspiel bis 31. März 1984
Tagungsbüro, Postf. 641
40550 Mönchengladbach 2
Tel. 0 21 56-45 88-0

ERICSSON / Informationssysteme sind Umsatzträger

Weiter auf Expansionskurs

HARALD POSNY, Düsseldorf
Die expansive Tochter des schwedischen Telekommunikations- und Informationskonzerns, die Ericsson Information Systems GmbH, Düsseldorf, hat 1983 ihre ohnehin hochgesteckten Wachstumspläne "übererfüllt". Nach Angaben des Koordinators der Ericsson-Unternehmen in der Bundesrepublik, Magnus Falk, stieg der Auftragseingang um 84 Prozent auf knapp 201 Mill. DM, der Umsatz um 64 Prozent auf 175 Mill. DM. Falk wies darauf hin, daß reichlich die Hälfte des Auftragsengangs aus der Übernahme der Facit- und David-Computeraktivitäten stammten, der übrige Zugang - auch im Umsatz - sei ausschließlich auf Mengensteigerungen zurückzuführen. Der Löwenanteil des Umsatzes, rund 155 Mill. DM, entfiel auf Informationssysteme. Auf dem deutschen Markt verfügt Ericsson bei Telefon-Nebenstellenanlagen über einen Marktanteil von weniger als 1 Prozent, bei Bildschirm-Terminals je nach Produktabgrenzung zwischen 7 und 15 Prozent, im Bereich der Sprech- und Personensuchanlagen

jedoch bereits zwischen 20 und 25 Prozent.

Im Ertrag ist Ericsson nach Angaben Falks zwar nicht annähernd so stark gewachsen, jedoch arbeiten Ericsson und die letzten Jahre übernommene David-Computer GmbH mit "schwarzen Zahlen". Die Eigenkapitalquote liegt nach Erhöhung des Gesellschaftskapitals Ende 1983 auf 40 (29) Mill. DM bei 40 Prozent.

Im laufenden Jahr will Ericsson das einmal eingeschlagene und zur Unternehmensstrategie auf dem deutschen Markt gehörende Expansions tempo beibehalten. Falk erwartet "mit den heutigen Ericsson-Unternehmen" einen Umsatz von 280 Mill. DM. Quasi zur Auffüllung des im letzten Jahr bereits für 1984 gesteckten Ziels von 350 Mill. DM wartet Falk auf Verkaufsofferten von Produktions- und Vertriebsunternehmen.

Konkrete Vorhaben gibt es jedoch nicht. Derzeit beschäftigt Ericsson 650 Mitarbeiter. Die schwedische Ericsson-Gruppe (70 000 Beschäftigte) erzielte in den ersten 9 Monaten des Jahres 1983 einen Umsatz von umgerechnet 5,3 Mrd. DM, 31 (18) Prozent mehr als im Vorjahr.

KRAUSS MAFFEI / Am starken Wachstum hatte die Wehrtechnik den entscheidenden Anteil

Der Ertrag hielt mit dem Umsatz Schritt

DANKWARD SEITZ, München
Auf ein sehr positiv verlaufenes Geschäftsjahr 1983 kann die Krauss Maffei AG, München, zurückblicken. Mit einem Umsatzsprung um 43,2 Prozent auf 2,24 Mrd. DM wurde, wie Vorstandsvorsitzender Hans-Heinz Griesmeier in einem ersten Überblick ausführte, ein neuer Höchststand in der Unternehmensgeschichte erreicht.

Mit einem "zweistelligen Millionen-Gewinn vor Steuern" wird diese Umsatzsteigerung diesmal ihren Niederschlag auch auf der Ertragsseite finden. 1982 war nur ein spärlicher Jahresgewinn von 3 Mill. DM erwirtschaftet worden, nachdem von der Muttergesellschaft Buderus AG, Wetzlar, 1981 noch ein Verlust von 25,8 Mill. DM übernommen werden mußte. Auch wenn über die Gewinnabführung noch nicht entschieden ist, dürften es dennoch mehr als die 2,9 Mill. DM für 1982 sein.

Entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung hatte nach den Worten von Griesmeier die Wehrtechnik, die bei einer Verdoppelung ihres Exportanteils auf 55,8 (25,9) Prozent ein Um-

satzplus von 53,2 Prozent auf 1,88 Mrd. DM erreichte. Auch das umfangreiche Zivilprogramm übertraf mit 363 Mill. DM das Vorjahresniveau noch um 7,1 Prozent. Daß in diesem Bereich ein leichter Exportrückgang auf 52,1 (53,1) Prozent zu verzeichnen war, sei "zu begrüßen, weil Krauss Maffei früher im Inland eher unterrepräsentiert" gewesen sei. Insgesamt erhöhte sich der Exportanteil in der Gruppe von 31,7 auf 55,2 Prozent.

Nachdem inzwischen ein neues Auftragslos für den Kampfpanser Leopard 2 von der Bundeswehr erteilt worden ist, füllte sich das Auftragspolster wieder auf 3,6 Mrd. DM. Vor diesem Hintergrund erwartet Griesmeier für 1984 zumindest wieder einen Umsatz in der Größenordnung von 2,1 bis 2,2 Mrd. DM. Lieferbedingung werde der wehrtechnische Umsatz gewissen Schwankungen unterliegen, jedoch könne davon ausgegangen werden, daß die Umsätze im Zivilprogramm um rund 10 Prozent steigen und an die 400-Mill.-DM-Marke herankommen können.

Bis Ende 1987 liefert Krauss Maffei an die Bundeswehr 990 Leopard 2

und an die Niederlande 278 Einheiten. Mit der Schweiz wurde ein Optionsvertrag über die Lieferung von 35 dieser Kampfpanser aus deutscher Produktion und der Peripherie für 385 in der Schweiz in Lizenz zu fertigende Leo 2 abgeschlossen. Insgesamt bedeutet dies ein Auftragsvolumen von mehreren 100 Millionen Mark.

Abgeschlossen wurde jetzt mit der Bundeswehr die Konzeptphase Leo 3. Bis 1986 sollen Studien über verschiedene Varianten eines Kampfpanzers für die 90er Jahre erarbeitet werden. Daneben bewirbt sich Krauss Maffei derzeit in Konkurrenz zu den deutschen Firmen MAK, Rheinmetall und Thyssen, wie Griesmeier mitteilt, als Generalunternehmer für den Bau einer Panzerhaubitze 155-1. Bei diesem Waffensystem handelt es sich um eine Entwicklung zwischen Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik. Zwischen 1988 und 1993 sollen 711 Geschütze für die drei NATO-Länder gebaut werden. Der Bedarf der Bundeswehr wird bei etwa 400 Einheiten (Stückpreis etwa 4,5 Mill. DM) liegen.

Weiterhin gute Chancen sieht Griesmeier im größten zivilen Geschäftszweig Kunststoffmaschinen, der 1983 auf ein Umsatzplus von 8,5 Prozent auf 205 Mill. DM kam. Zum einen habe man bei der Zusammenarbeit mit anderen kleinen Unternehmen hier noch einiges in petto. Zum anderen habe Krauss Maffei mit dem zunehmenden Einsatz der Elektronik einige Vorteile gegenüber der Konkurrenz.

Sorgenkind ist nach wie vor der Bereich Verkehrstechnik, auch wenn hier 1983 der Umsatz um 83,3 Prozent auf 44 Mill. DM ausgeweitet werden konnte. Belastet wurde das sehr restriktive Beschaffungsprogramm der Deutschen Bundesbahn, deren Minimalprogramm Ende 1984 auslaufe. Zumindest für 1985 fehlten Anschlußaufträge, was sich schon heute negativ auf die Kapazitätsauslastung auswirke. Wenn nicht spätestens in den nächsten Monaten die neuentwickelte Elektrolokomotive E120 bestellt würde, seien 1986 ebenfalls keine Lieferungen an die Bahn mehr möglich. Auch das Auslandsgeschäft sei fast zum Erliegen gekommen.

TRUSTHOUSE FORTE / Höhere Dividende

Bisher bestes Ergebnis

WILHELM FURLER, London
Der britische Hotel-, Raststätten- und Catering-Konzern Trusthouse Forte, eine der führenden Hotelgruppen der Welt, hat sein bisher bestes Geschäftsergebnis vorgelegt. Der Gewinn vor Steuern erhöhte sich im vergangenen Geschäftsjahr zum 31. Oktober 1983 um 25 Mill. auf 82,1 Mill. Pfund (326 Mill. DM). Nach Abzug von Steuern bleibt ein Reingewinn in Höhe von 62 Mill. Pfund (246 Mill. DM) gegenüber 46,8 Mill. Pfund im vorangegangenen Geschäftsjahr. Die Jahresdividende wird von sieben auf 8,25 Pence je 25-Pence-Aktie angehoben.

Nach Angaben der Geschäftsführung haben alle Unternehmensbereiche zu dem Rekordergebnis beigetragen. Auch das etwas schwierige USA-Geschäft habe sich gut erholt. Die Geschäftslage in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres habe sich weiter deutlich verbessert. Der Umsatz liege um etwa 30 Prozent über der gleichen Zeit des Vorjahres.

Trusthouse Forte gehören mehr als 200 Hotels in Großbritannien und Irland, mehr als 550 Hotels in den USA, 34 Hotels in Europa und der restlichen Welt, zehn erstklassige Restaurants, 27 Steak-Häuser, mehr als 200 Rasthäuser und Autobahn-Raststätten, ein Flugzeug-Catering-Dienst für gegenwärtig rund 100 Fluggesellschaften, etliche Duty-Free-Läden sowie ein weitverzweigter Essensdienst für mehr als 2 300 Kunden.

Zum Betriebsgewinn in Höhe von 102,7 Mill. Pfund (407 Mill. DM) trugen die Hotels in Großbritannien 50,7 Mill. Pfund (Vorjahr 41,7 Mill.) bei, die Hotels in den USA 12,5 (8,8) Mill., die in Europa und anderswo 9,8 (6,1) Mill. und das Catering-Geschäft 17,7 (17,5) Mill. Pfund. Die Belegung der Londoner Hotels erreichte im vergangenen Jahr einen Schnitt von 62 Prozent, während sie in den übrigen britischen Hotels bei 62 Prozent lag. Die Hotelpreise werden nach Angaben der Geschäftsführung im April "in bescheidenem Umfang" angehoben.

Lufthansa: Mit Fracht im Aufwind

rtr, Köln

Die Deutsche Lufthansa hat das Jahr 1983 mit Zuwachsraten in den Transport-Bereichen abgeschlossen. Wie die Fluggesellschaft gestern mitteilte, wurden im vergangenen Jahr über 14,3 (Vorjahr 13,8) Millionen Passagiere und rund 457 400 (394 100) Tonnen Fracht befördert. Das sind Steigerungsraten von 3,3 beziehungsweise 16,1 Prozent. Zusammen mit der Postbeförderung verzeichnete die Lufthansa eine Leistungssteigerung gegenüber 1982 um 12,1 Prozent auf 4,23 (3,77) Milliarden bezahlte Tonnenkilometer. Der stärkste Zuwachs, nämlich um 21,3 Prozent auf 1,95 (1,60) Milliarden Zahl-Tonnenkilometer, wurde bei der Fracht erzielt. Der Nutzlastfaktor konnte um 3,3 Punkte auf 62,6 Prozent verbessert werden. Der Sitzladefaktor nahm dagegen nur geringfügig um 0,4 Punkte auf 60 Prozent zu. Die 110 Lufthansa-Flugzeuge legten 1983 auf fast 183 000 Flügen (plus 4,3 Prozent) rund 227 Millionen Flugkilometer zurück, 5,1 Prozent mehr als 1982.

FORD / Kräftige Steigerung der Verkäufe in den USA - Position in Europa behauptet

Nach drei Verlustjahren wieder Gewinn

H.-A. SIEBERT, Washington
Nach einer Durststrecke, die drei Jahre dauerte und dem zweitgrößten US-Automobilunternehmen einen kumulierten Verlust in Höhe von 3,28 Milliarden Dollar bescherte, schwimmt die Ford Motor Company, Dearborn (Michigan), wieder ganz oben. Wie ihr Vorstandsvorsitzender Philip Caldwell mitteilte, verdiente der Konzern 1983 nach Steuern 1,87 Milliarden Dollar, verglichen mit einem Minus von 658 Millionen Dollar im Vorjahr. Weltweit erhöhten sich die Umsätze um 20 Prozent von 37,07 auf 44,45 Milliarden Dollar, abgesetzt wurden mehr als fünf Millionen Pkw, Lkw und Traktoren (plus 15 Prozent).

Ermöglicht worden sei die "größte Wende innerhalb eines Jahres in der Geschichte der Ford Company" durch eine Kombination von höheren Umsätzen, marktrechten Modellen und verbesserter Produktivität im Zuge der mehrjährigen Umstrukturierung. Den letzten Gewinn (1,16 Milliarden Dollar) erzielte das Unterneh-

men 1979; in den Rezessionsjahren 1980 und 1981 schlugen die Verluste mit 1,54 und 1,06 Milliarden Dollar zu Buch.

Das meiste Geld hat Ford diesmal in den USA verdient. Hier betrug der Nettogewinn 1983 nahezu 1,52 Milliarden Dollar, gegenüber einem Verlust von 1,12 Milliarden Dollar 1982. In Amerika machte der Umsatz 28,4 Milliarden Dollar aus, die Verkäufe nahmen um 28 Prozent auf 2,69 Millionen Fahrzeuge zu, darunter 1,67 (1982: 1,39) Millionen Pkw. Fords Anteil am US-Markt für Personenkraftwagen betrug im Jahresdurchschnitt 17,2 Prozent und stieg im vierten Quartal auf 18 Prozent - dem höchsten in drei Jahren. Bei Lkw war Ford mit 31,3 Prozent Marktführer.

Außerhalb der USA sank der Nettogewinn um 109 auf 351 Millionen Dollar. Caldwell machte hierfür Währungsverluste (21 Millionen Dollar) sowie höhere Einführungs- und Marketingkosten, besonders in Europa, verantwortlich. Die Bilanz ver-

schlechtert haben zudem Stilllegungen. Die Auslandstochter verbrachte Umsätze in Höhe von 16,1 Milliarden Dollar, ihre Fahrzeugverkäufe stiegen um drei Prozent auf rund 2,31 Millionen Einheiten.

Zum zweitenmal hintereinander betrug Fords Anteil am europäischen Automarkt 12,6 Prozent - ein Konzernrekord. In Großbritannien hielt das Unternehmen seine Spitzenposition. In der Bundesrepublik nahmen die Pkw- und Lkw-Verkäufe von 797 850 auf 833 119 zu. Als besonders erfolgreich bezeichnete Caldwell den neuen Sierra, den Sierra XR4i und den Orion. In Lateinamerika hält Ford Marktanteile von 19 und 25,8 Prozent im Pkw- und Lkw-Geschäft.

Fords Aktiva haben sich 1983 von 22 auf nahezu 23 Milliarden Dollar erhöht, das Betriebskapital stieg von 2,6 auf fünf Milliarden Dollar. Per 31. Dezember wurden die Schulden weltweit um eine auf 3,7 Milliarden Dollar abgebaut. In der Kasse waren 3,2 (1,6) Milliarden Dollar.

KEMPEN

Neue Wege mit Franchising

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als erstes Unternehmen des deutschen Reifenhandels hat die Reifen- und Autoservice Kempfen GmbH, Köln, für sich das Franchising-System eingeführt. Das Tochterunternehmen der Deutschen Goodyear GmbH, nach eigenen Angaben mit 65 Einzelhandelsbetrieben Nr. 4 im deutschen Reifenhandel, will mit diesem Konzept die eigene Position auf dem hart umkämpften Reifenmarkt stärken. Kempfen stellt seinen Franchise-Nehmern Verkaufs-, Betriebsführungs- und Marketingkonzepte zur Verfügung. Auch wird den Franchise-Partnern der ganzjährige Vertrieb von Autobehör sowie umfassender Reparatur-Service und Schnellservice angeboten.

Die 1926 gegründete Kempfen GmbH gehört seit 1972 zu Goodyear. Mit 500 Beschäftigten wurde 1982 ein Umsatz von rund 125 Mill. DM erzielt. Das Dienstleistungs- und Warenangebot ist auf die Erneuerung auf Auspuffanlagen, Bremsen, Stoßdämpfern sowie Diagnosen und Tests aller Art ausgerichtet.

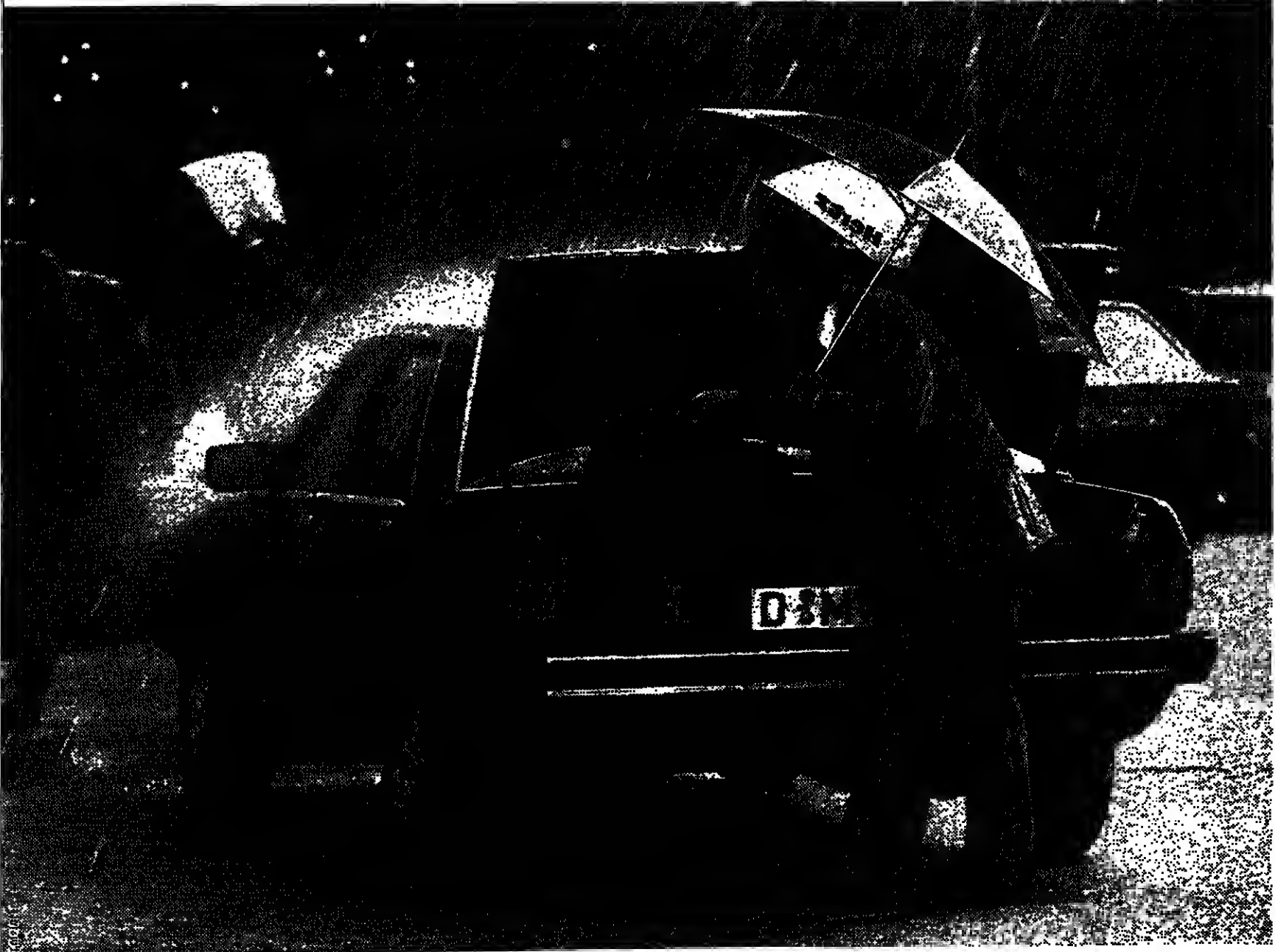
NAMEN

Helmut Thoma, ehemaliges Vorstandsmitglied der Kaufhof AG, Köln, starb unerwartet am 12. Februar im Alter von 67 Jahren. Bis zu seiner Pensionierung im April 1981 leitete Helmut Thoma das Ressort Personalplanung, Technische Leitung und Wirtschaftspolitik. Er war Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels von 1974 bis 1979 und unter anderem Vorsitzender des Vorstandes der Nürnberger Akademie für Absatzwirtschaft, Vorstandsmitglied im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW) und Carl-Duisberg-Gesellschaft.

Dipl.-Betriebswirt Peter F. Liebl ist als geschäftsführender Gesellschafter in die Karl-Ernst-Wolff-Managementberatung GmbH, Frankfurt, eingetreten.

Kurt Haag, Geschäftsführer der AVT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, vollendet am 16. Februar das 60. Lebensjahr.

Hertz läßt Deutschlands Manager nicht im Regen stehen.



Da ist man gerade auf dem Weg zu einem wichtigen geschäftlichen Termin, und ausgerechnet dann bricht ein Donnerwetter über einen herein. Es regnet in Strömen,

die gute Laune kommt ins Schwimmen.

Damit Sie Ihre Aufträge trotzdem sicher ins Trockene bringen können, finden Sie in jedem Hertz Fahrzeug zum Beispiel einen Regenschirm.

Aber auch viele andere Dinge, die Ihnen unterwegs weiterhelfen.

Angefangen vom Verkehrsfunk-Decoder, der vor Engpässen warnt, bis hin zum Näh-Set, das Ihnen knopflose Besprechungen erspart.

Das Ganze nennt sich Hertz Business Class und läßt sich dank moderner Computer-Reservierung schnell und unbürokratisch buchen.

Außerdem bietet die Business Class spezielle, für Sie besonders günstige Tarife. Damit Sie bei der Reiseabrechnung nicht aus allen Wölkchen fallen.

Buchen Sie über Ihr Reisebüro oder über unser zentrales Reservierungsbüro zum Ortsrat unter folgender Telefonnummer: 0130-2121. Aus Frankfurt erreichen Sie uns unter 730404. Weitere Reservierungen möglich unter Zürich 01-2418077 und Wien 0222-731596. Telex Frankfurt 414991.

Fahren Sie Business-Class. Hertz
Hertz vermietet Ford und andere gute Wagen.

olivetti
er Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Wer bleibt konsequent?

P. Ja. - Frauen, paßt auf! Da ist doch aus Hamburg ein schrecklicher Fall von Wissenschaftsbau und akademischem Chauvinismus zu vermelden. Die Universität verschickte dieser Tage nämlich eine Pressemitteilung mit der recht ambivalenten Schlagzeile: "Wie Frauen anders als Männer sprechen." Darin wird von den Ergebnissen einer empirischen Untersuchung des Germanistischen Seminars von Professor Wolfgang Bacher über die "geschlechtsspezifische Sprache" berichtet.

Aus der Analyse von Familiengesprächen und Fernsehdiskussionen soll sich demnach ergeben haben, daß Frauen sich häufiger wiederholen und sich im Gespräch eher unterbrechen lassen. Auch seien sie eher bereit, auf die Gesprächsführung des Partners einzugehen und dessen Themen aufzunehmen. Die Männer dagegen belästen immer strikt beim Thema, selbst wenn sie wiederholt unterbrochen würden.

Sie würden - anders als die Frauen - ihre Aussagen weniger in Zweifel ziehen. Und wenn es sich um eine gemischte Gesprächsrunde handele, dann hebe sich feststellen, daß Männer sich bevorzugt an den männlichen Gesprächspartner wenden. Auch wenn Frauen und Männer dieselbe Sprache sprechen - sie sprechen sie keineswegs gleich, heißt die Schlussfolgerung.

Offenbar wendet sich diese Pressemitteilung nur an die Männer, um sie in ihrem Männlichkeitswahn zu bestärken. Denn wie kann ein Thema, das so offensichtlich die Interessen der Frauen betrifft, untersucht werden, ohne daß eine Vertreterin der "Frauenwissenschaft", die sich an der Universität der alma mater (sic) zu etablieren versucht, herangezogen wird? Die hätte sich gewiß nicht geschämt, einmal, zweimal oder auch dreimal zu wiederholen, daß diese Untersuchung ein schrecklicher Fall von Wissenschaftsmißbrauch und akademischem Chauvinismus ist. Denn schließlich steht fest, daß die Emanzipierten gleichfalls mehr als einmal gesagt - daß Frauen die besseren und darum vernünftigeren Menschen sind.

Streit um die Sammlung Stavenhagen in Mexiko

Aus Liebe zu Püppchen

Nun werden sich in Mexiko-City mexikanische Museumsdirektoren in die Haare geraten; denn viele werden sich bemühen, die bedeutendste Privatsammlung präkolumbischer Kunst zu bekommen. Sie wurde angelegt von dem 1899 in Frankfurt am Main geborenen Kurt Stavenhagen (s. WELT v. 2. 8. 83), der 1936 Deutschland verlassen mußte, und sich 1940 in Mexiko-City niederließ. Der ehemalige Juwelen-Großhändler hatte Ästhetik studiert und begann im Exil eine passionierte und ruhmreiche Sammelstätigkeit.

Als im Vorjahr das ZDF einen Film über sein Lebenswerk zeigte, bemühten sich sofort deutsche Museen darum, die Kollektion oder Teile daraus zu erwerben. Aber das Kultusministerium in Mexiko-City hat Rechte angemeldet; die Mexikaner wünschen nicht, daß weitere Kunstwerke außer Landes gebracht werden. Alle Objekte der Sammlung Stavenhagen sind längst amtlich registriert. Der Besitzer durfte nicht einmal eine Skulptur im Nachbarhaus vorzeigen, wenn er sich nicht strafbar machen wollte. In Mexiko war das Sammeln und Handeln mit alten Kunstwerken bis 1974 legal. Eine neue Gesetzgebung verbot danach sowohl den Ankauf wie den Verkauf.

Kurt Stavenhagen: "Wenn man an den Vandalismus denkt, der sich in manchem Land ausgetobt hat, so ist für jeden kultivierten Menschen die neue Gesetzgebung durchaus begründbar." Allerdings meinte er auch: "Ich glaube, daß die Kunstwerke aller Völker über die ganze Welt verteilt werden sollten, so daß sie allen Menschen zugänglich sind. Wenn jedes Land nur seine eigene Kunst besitzt, dann wäre das höchst bedauerlich." Stavenhagen wies immer wieder darauf hin, daß es deutsche, englische und amerikanische Wissenschaftler gewesen sind, die erst die grundlegende Erforschung des mittelamerikanischen Altertums vorgenommen haben.

Ehe Stavenhagen nach Mexiko verschlagen wurde, wußte er wenig von mexikanischer Kunst. Er studierte am Ort zunächst die monumentalen Steinskulpturen und dachte sich da-

bei, es müßte doch außerdem kleinere Kunstwerke geben: "Ich erinnere mich, wie ich vor etwa 40 Jahren durch den Staat Oaxaca reiste. Ich beobachtete Kinder, die mit großen Steinen nach einer schönen Tonfigur solange warfen, bis sie zerbrach. Ich dachte, das ist doch entsetzlich! Hier gehen alle Kunstwerke zum Teufel, die wir unbedingt erhalten müssen." Und so begann er auf seinen Forschungsfahrten zu sammeln, was immer er an Figuren, Schalen, Tellern, Töpfen bekommen konnte. Experten erklärten ihm, daß es sich vorwiegend um bislang unbekannte präkolumbische Schöpfungen handele. Er gab nicht preis, woher die Raritäten noch zu finden seien und kaufte statt dessen selber alles auf, was er bekommen konnte.

Etwa 7000 Objekte hat er gesammelt und in seiner Wohnung in dem Stadtteil San Angel von Mexiko-City aufgestellt, in der ihn letzte Woche der Tod ereilte. Solcherlei Figuren nennt man in Mexiko Idolos oder Mucenas, zu deutsch Püppchen. Stavenhagen: "Ich würde also ein Püppchen-Sammler."

Im Laufe der Jahre konzentrierte er sich auf das menschliche Element in der altmexikanischen Kunst. Der menschliche Alltag - von der Geburt bis zum Tod - wird in dieser Kunst in unendlichen Variationen dargestellt. Die Skulpturen sind aus unterschiedlichem Material: aus Terrakotta, Stein, Jade, Knochen, Bergkristall, Gold oder Holz. Stavenhagen sammelte alles.

Stavenhagen kannte auch die Kunst Europas gut und daher wußte er zu vergleichen. So gibt es einerseits in seiner Sammlung z. B. eine Tonfigur aus Jalisco (etwa 800 bis 800 n. Chr.), die an den "Penseur" von Rodin erinnert. Andererseits sind im Werk Henry Moores Skulpturen zu bewundern, die sicherlich ohne die Begegnung des Engländers mit der Sammlung Stavenhagens kaum entstanden wären.

Es ist bedauerlich, daß die von einem Deutschen angelegte Sammlung nicht in einem deutschen Museum ihre Heimat finden kann.

ROLF ITALIAANDER

Oper „Der Widerspenstigen Zähmung“ von H. Götz

Kampf der Geschlechter

Nach der englischen Erstausführung äußerte sich G. B. Shaw ungewöhnlich begeistert über „Der Widerspenstigen Zähmung“ von Hermann Götz (1840 bis 1876), dessen einziger vollendeter Oper in allen Nachschlagewerken ein bevorzugter Platz unter den deutschen Spielopern des 19. Jahrhunderts eingeräumt wird. Das Stadttheater Hagen gibt nun wieder einmal Gelegenheit, diese Shakespeare-Oper aus dem Nachbiermeier in Gänze kennenzulernen. So Unrecht haben die Musikhistoriker nicht: Es ist eine äußerst geschickt gearbeitete Literaturoper, Handlung und Personal wurden vom Librettisten Joseph Viktor Widmann stark gestrafft, ohne die Essenz der Shakespeare-Vorlage zu beschädigen. Die Bühnenwirksamkeit des Originals erreicht die komische Oper allerdings nicht.

Cole Porters Musical-Fassung „Kiss me Kate“ steht da Shakespeare an Witz und Spontaneität bedeutend näher. Für die Zähmung einer widerspenstigen Frau durch einen Prachtkünstler und Prahlker von Mann hat der Komponist formbetonte, elegante und vor allem im Lyrischen überzeugende Nummern gefunden, die weit mehr als illustrierenden Charakter aufweisen, aber gegenüber der kraftvollen Originalvorlage recht blaß bleiben. Eher melancholisch als witzig, eher betörend als frisch rinkt die Musik dahin. Im Schlagausschlag der Individualisten Catharina und Petruccio erreicht sie eine Unmittelbar-

keit, die Shakespeare angemessen akzentuiert. Ansonsten bleiben der rezeptive Gestus und ein schmelzender Formwille die vorherrschenden Eindrücke.

Die Hagen-Aufführung verdient ihren unbestrittenen Erfolg dem Leistungsfähigen Regisseur Manfred Schnabel gelang eine seiner besten Regiearbeiten, weil er ohne Originalitätsanspruch auf die Aufführungstradition der Shakespeare-Komödie vertraute und mit der zwar stimmlich anfechtbaren Maria Candida als Catharina und dem Gast Willi Nett als Petruccio eine Sopranistin und einen Bariton zur Verfügung hat, die ihre nicht unbedeutenden darstellerischen Fähigkeiten selbstbewußt und ungehemmt in den komischen Kampf der Geschlechter einbringen.

Der Bühnenbildner Gerold Howland läßt in einer von Spiegelwänden umstellten Bühne allerlei bunten Renaissance-Phänomere aufleben. Endlich einmal ein Bühnenbildner, der sich der Versuchung entzieht, mit dem armen Ausstattungsetat eines mittleren Stadttheaters den Luxus einer Festspielproduktion nachzuahmen. Die größten Verdienste erwirbt sich das Orchester unter Martin Fischer-Dieskau. Er spürt den instrumentalen Flüssen der Partitur mit einer Ernsthaftigkeit nach, die dem Zuhörer Respekt vor dem Komponisten Hermann Götz einschärft, wenngleich der Respekt nur selten in Begeisterung umschlägt.

ALBIN HANSEROTH

„Emilia Galotti“ in Zürich und in München

Lessing war doch kein Tragiker

Auf den ersten Blick scheint Lessings „Emilia Galotti“ ein Stück von gestern zu sein: Ein absolutistischer Fürst liebt ein Mädchen, läßt es kurz vor der Hochzeit entführen, den Bräutigam töten und das Mädchen zwecks Verführung auf Lustschloß bringen, wo freilich der puritanische Vater zum Dolch greift, die Tochter lieber dem Tode als der Macht des Fürsten zu übergeben. Schon Schiller war das, laut Goethe, „zuwider“, obwohl seine „Kabale und Liebe“ so weit entfernt davon ja auch nicht sie delte.

Nun spielt man das intrigante Trauerspiel gleich zweimal, in Zürich, wo Jürgen Fimm Regie führte, und in München, wo Thomas Langhoff inszenierte. Fürstentum und Bürgerrecht - was soll uns das? Aber so einfach hat schon Lessing sein Werk nicht gesehen. Wenn Emilia ihren Vater bittet, sie zu töten, so tut sie das bezeichnenderweise nicht aus Angst vor der Gewalt, sondern aus Kenntnis ihrer eigenen Gefühle: „Ich habe Blut, mein Vater, so jugendliches, warmes Blut als eine.“

Auch Emilias Mutter ist nicht so weltfremd identisch mit der Weltvorstellung ihrer Gesellschaft, als daß sie nicht sähe, welche lockenden Grenzen da zu überschreiten wären. Selbst der Fürst stimmt nicht in letzter Konsequenz mit der Rolle überein, die er zu spielen hat. Er spielt sie, aber doch mit jener Distanz, die mehr Liebe zum Theater als Besessenheit von der Macht zu nennen wäre.

Und von daher spielt man in Zürich und München letztlich in Über-einstimmung das ganze Stück: Menschen an der Grenze ihrer selbst; Menschen, die nicht konstruktiv handeln, sondern aus Furcht vor der Grenzüberschreitung. Das macht sie unfrei, nicht der Zwang ihrer Gesellschaftsordnung und ihrer Moral.

Jürgen Fimm inszeniert das konsequenter, pointierter als Langhoff. Er hat sich von Rolf Glittenberg wieder einen jener kunstvoll einfachen Bühnenkisten mit hohen schmalen Türen und hellen Lichtern bauen lassen, worin sich von vornherein nur Theater ereignet. Ein riesiges Bild liegt quer über der Bühne - hinter aufgemalten Schleien verbirgt sich ein Gegenstand (oder eine Welt?), der (die) sich nie ganz enthüllt. Der Schleier liegt über allem Tun: Nichts

ist so, wie es sein könnte.

Fimm hat für das Theater im Theater eine dramaturgische Begründung: Der Prinz von Guastalla und sein Kammerherr Marinelli, der das Mordkomplott inszeniert, spielen eben Theater, manchmal widerwillig, manchmal mit Lust. Sie wollen das Böse nicht, sie nehmen es nur in Kauf, weil es sich mit einer Konsequenz entwickelt, die sie nicht absehen können. Das Theater wird zu einer Art Wirklichkeit, die sie selbst überrascht.

Christoph Bantzer als Prinz schminkt sich des Morgens wie ein Mime vor dem Auftritt. Mitunter hält er mitten in einer natürlichen Reaktion inne, besinnt sich auf seine Rolle und mimt den Fortgang. Auch Fritz Schediwy ist nicht der klassische Bösewicht, als den man Marinelli kennt. Wenn er dem Bräutigam (Thomas Stuckenschmidt) Graf Appiani ein gelangweilter Schlenker mit einem Auftrag seines Herrn wegschicken möchte, dann tut er das mit der Virtuosität eines geübten Chorgespielers. An Appiani ist er überhaupt nicht interessiert.

Es gibt eine Szene im dritten Akt, die vielleicht den Glanzpunkt der Inszenierung darstellt: Emilia (mit lebensfrischer Inbrunst: Marina Wandruszka) kommt ins Lustschloß, und aus allen Türen und Fenstern treten die „Häuser“ auf sie zu. Das wohlinszenierte Theater schlägt in Wirklichkeit um, freilich in eine sinnbildhafte, wiederum künstlerische. Das Mädchen ist umstellt. Nun muß es sich entscheiden. Sie geht auch der Mutter (von angenehmer Frische des Gefühls: Eva Rieck) und dem Vater (Sinnbild des Ohnemißs: Hubert Kronachner) so. Sie sind plötzlich von einer Realität eingeholt, gefangen, die sie bislang - aus verschiedenen Perspektiven - kannten, liebten oder ablehnten, aber nicht ernstnahmen.

Inszeniert Jürgen Fimm also eine Tragödie der Weltverfälschung, so entfaltet Thomas Langhoff in München eine Tragödie der Verirrungen. Auch bei ihm sind die Menschen in ihren Rollen nicht heimisch. Aber Langhoff setzt mehr auf die innere Tragik. Im Schlafzimmer des Fürsten dreht sich eine Rokoko-Puppe (Bühnenbild: Jürgen Rose). Das zeigt an: Deformationen durch Erfüllung der Erwartun-



Jeder ist sein eigenes Abziehbild: Michael König als Prinz in der Münchner Lessing-Produktion. FOTO: RABANUS

gen, die die Außenwelt stellt. Diese Welt ist graugetönt. Sie ist voller Spiegel (im Lustschloß), in denen sich die Menschen permanent anschauen, sich kontrollieren, sich schließlich verirren, weil soviel Spiegelung die Identität des Ichs zerstört.

Bei Langhoff sind die Menschen in gewissem Sinn kaum weniger Theaterwesen als bei Fimm. Michael König hat als Fürst in Unterhosen eine fröhliche Sinnlichkeit; kaum zieht man ihn an, scheint nur noch manchmal das Menschliche aus seinen Gewändern hervor. Die Mutter (eine ältere Matrone mit Sinn für das, was ihrer Tochter guttut: Doris Schade), der Vater (mit dem moralischen Hochmut des Abscheitenden: Rolf Boyesen), Kammerherr Marinelli (kein Bösewicht, sondern ehrlicher Freund des Fürsten: Edgar Selge) - sie alle erfüllen die Abziehbilder fremder Vorstellungen.

Und Emilia? Sunny Melles fühlt sich durch des Prinzen Verehrung mehr geschmeichelt als sinnlich verlockt. Sie ist mehr die Tochter ihres Vaters. Sie ist weit entfernt von jener Grenze, die Lessing beschreibt. Keine Verführbarkeit der Sinne, eher eine Verführbarkeit der Vorstellungen. Und in diesem Sinne ist die Forderung an den Vater, ihr den Tod zu geben, auch viel eher eine moralische. Sie fühlt sich verwerflich, aber nicht gefährdet.

In Zürich wie in München sind zwei Dinge ähnlich. Der Tod der Emilia ist kaum eine Tat des Vaters, eher eine der Tochter. Und in beiden Inszenierungen heißt das Opfer Gräfin Orsina (Anne-Marie Kuster bzw. Margit Carstensen). Ihr Schrei hängt über dem Ende: Was ist denn das für eine Welt, in der niemand den Mut hat, fühlend zu handeln?

LOTHAR SCHMIDT-MÜLLISCH

JOURNAL

Neuer Filmpreis gestiftet

dpa, Berlin

Während des Internationalen Forums des jungen Films im Rahmen der Berliner Filmfestspiele wird in diesem Jahr erstmals das „Domnick-Film-Stipendium“, ein Filmpreis in Höhe von 20 000 Mark, vergeben. Der 76jährige Stuttgarter Psychiater, Kunstsammler und Filmregisseur Prof. Otto Domnick, der 1957 mit dem abendfüllenden experimentellen Spielfilm „Jonas“ als Filmautor bekannt wurde, stiftete diesen Preis, um deutsche Nachwuchsfilmemacher zu fördern, die auf dem Gebiet des experimentellen Films arbeiten. Der Preis soll künftig alle zwei Jahre vergeben werden.

Chinesische Schätze kommen nach Berlin

PHG, Berlin

Die Volksrepublik China ist bereit, Kunstobjekte von höchster Qualität aus der ehemaligen kaiserlichen Sammlung im Palastmuseum Peking, der Verbotenen Stadt, nach Berlin zu geben. Dies ist das Ergebnis von Verhandlungen, die der Berliner Kultusenator Dr. Volker Hassemer in Peking geführt hatte. Dabei ging es vor allem um die Ausstellung „Kaiserliche Sammlung - Schätze aus der Verbotenen Stadt“, die im Rahmen des Festivals „Horizonte“ vom 12. Mai bis 18. August 1985 im Martin-Gropius-Bau gezeigt wird.

Dresdner Mal- und Zeichenkunst

DW, Pforzheim

Die Ausstellung „Dresdner Mal- und Zeichenkunst vor 1945 und danach“, die von der Ravensburger Galerie Döbele zusammengestellt und in Teilen auch auf dem Kölner Kunstmarkt gezeigt wurde, ist jetzt im Reichlinhaus Pforzheim zu sehen. Mit fast dreihundert Werken - Gemälden, Zeichnungen und Graphik - vermittelt sie einen Eindruck von der Bedeutung Dresdens als eines Zentrums moderner Kunst. Die Ausstellung ist in Pforzheim bis zum 11. März zu sehen. Anschließend geht sie nach Offenbach und Singen. Der Katalog kostet 15 Mark.

Zwei Ausstellungen: Isaac Ricardo Stein

DW, Dortmund/Bochum

Nach einer jüdischen Überlieferung wird die Welt auf dem Kopf stehen, wenn der Messias kommt. Deshalb malt Isaac Ricardo Stein oft den Menschen kopfüber (das ist also nicht eine Übernahme der Masche von Baszili). Eine Auswahl der Gemälde Steins zeigt jetzt das Museum am Ostwall in Dortmund bis zum 11. März. Gleichzeitig sind in Bochum seine Zeichnungen zu sehen. Der gemeinsame Katalog kostet 13 Mark.

„Atlantic-Preis“ für Bürger der Nato-Staaten

AFP, Brüssel

Einen „Atlantic-Preis“ für Bürger aus den Mitgliedsländern der Atlantischen Allianz hat die Nato in Brüssel begründet. Die Auszeichnung soll alljährlich außergewöhnliche Leistungen bei der Förderung der Ziele entsprechend Artikel 2 des Nordatlantikvertrags belohnen, besonders auf dem Gebiet der Förderung und friedlichen Koexistenz und der Stärkung der unabhängigen Institutionen in den Mitgliedsstaaten. Der Preis für das Jahr 1984 wird mit 5000 Dollar dotiert sein.

„Die Zeitschrift, die es trotzdem gibt“

DW, Zürich

Dizzy Gillespie einmal nicht mit Trompete, sondern an den Bongos zeigt das Titelbild der Schweizer Zeitschrift „Jazz“ in der Nummer 1/1984. Im zweiten Jahr erscheint „Die Zeitschrift, die es trotzdem gibt“, wie sie sich, sozusagen mit trotziger vorgereicherter Kinn, im Untertitel nennt. „Jazz“, das durch ein originelles Layout und ungewöhnliches Format (40 x 28 Zentimeter) besticht, bietet in der jüngsten Ausgabe u. a. Porträts des Trompeters Jabbo Smith, Interviews mit dem Jazz-Promoter Horst Jürg und dem Schweizer Musiker Jopi Solothurn. Eine Liste der „aktiven“ New Yorker Jazzclubs (mit Straße und Telefonnummer), Neuigkeiten aus der Szene und Termine runden das Heft ab.

Auf den Zahn gefühlt - aber mit Kunst

DW, München

Den alten Turm der Gedächtniskirche nennen die Berliner „hohler Zahn“. Deshalb wählte der Graphiker Peter Paul die Turmruine als Motiv einer Lithographie, die er im Auftrag der blend-a-med-Forschungsgruppe als Kunstgabe für Zahnärzte schuf. Es ist eine von elf Graphiken und einer Plastik - u. a. von Paul Wunderlich, Rudolf Hansner, Allen Jones - zum Thema „Zahn“, die Zahnärzten zum Kauf angeboten werden.

Bernd Jentzsch startet den „Rüsselspringer“

Medaillons vom Zeitgeist

Der Rüsselspringer ist unter uns. Er bewegt sich springend vorwärts. Das ist seine Natur. Sein Kennzeichen ist ein Rüssel. Daher der Name. Seine bevorzugte Tätigkeit? Schnüffeln, mal hier, mal dort. Vielleicht ist er aber auch ein Nager. Vermutlich ist er beides, Nager und Schnüffler.

„Der Rüsselspringer“ ist jedenfalls kein Phantom, er ist ein Wappentier, erfunden von dem Grafiker Jürgen Seuss und dem Schriftsteller Bernd Jentzsch. Die beiden geben eine neue Buchreihe heraus, deren erste vier Nummern schon im Braun/Glas Verlag Assenheim (8361 Niddatal) erschienen sind: eine Folge von Heften mit Originaltexten zeitgenössischer deutscher Autoren. Man will den Rüssel hineinstecken, sich einmischen in den literarischen Betrieb, weniger in den Markt als in den Zeitgeist. Und dies nicht auf krachender Weise, sondern mit Spürsinn, zum Beispiel mit „unbekannten Gedichten“, wie der Untertitel einer Lyrikantwahl von Wolfgang Weyrauch lautet, mit der die Reihe ihren Anfang nimmt.

Unbekannt sind 24 Gedichte, weil sie aus dem Nachlaß des 1980 verstorbenen Autors stammen. Unbekannt dürfen aber auch die anderen sein, weil sie bislang nur an entgegengehaltene Stellen nachzulesen waren. Etwa das sich über fünf Seiten hin erstreckende Gedicht „Berlin“, von Alfred Döblin 1947 in seinem „Goldenen Tor“ veröffentlicht - ein Gedicht über die Zeit, als der Krieg zu Ende ging, als Mütter und Söhne, Blindgänger und Gespenster, Ankläger und Mithwillige zu einem neuen Anfang ansetzten.

Zur Fortsetzung gedacht sind die 32 Prosastücke von Gerhard Zwerenz aus Heft 2: Berichte aus der Autorenwerkstatt, Analysen über literaturspezifische Produktionsmechanismen (Schreiben, Verlegen, Werben, Lesen, Managen, Sponsoring, Kritisieren, Rezipieren). Der ungebundene Zwerenz nimmt kein Blatt vor den Mund. Das hat einerseits zur Folge, daß er streckenweise ins pure (großschraufliche) Schwatzen verfällt, und zwar immer dann, wenn er über angeblich allgemein interessierende Belange schreibt, wo er in Wahrheit nur von sich selbst spricht. Andererseits gelingt ihm, auf stechende Weise witzig, auf gallige Weise geistreich, stilistisch turbulente Medaillons, gebunden zu einem Kranz von Sotissen, die nur notdürftig als Feuilletons getarnt sind.

In scheinbar scharfem Kontrast zu diesem Tanz der Skalpelle steht die Erzählung „Anton und Marinette“ von Heinrich Droege aus dem 3. Heft des „Rüsselspringers“. Es ist eine

ganz und gar unaufdringliche Geschichte, durch und durch konventionell erzählt, in Struktur, Durchführung und Stil. Auch das Thema könnte altmodischer nicht sein: eine Liebesgeschichte, selbst wenn sie im Frankreich der Résistance spielt, wo ein bretonisches Mädchen einen jungen Deutschen vor der Polizei versteckt hält.

Aber aus diesem bescheidenen Stück Prosa ist ein überzeugendes Stück Literatur geworden, eine bedrückende Parabel über das Ghetto von Gefühlen. Die Ökonomie der Sprache erlaubt kein überzähliges Wort. Das Wesentliche wird nicht um und umgewandelt, es wird klar und einfach benannt: „die Liebe einer Frau, einige wenige gute Freunde, ein freier Kopf und die Möglichkeit, zu tun und zu sagen, was man tun und sagen muß“. Und es wird gesagt, mit Präzision und in Andeutungen, die sich vibrierend die Waage halten. Man wollte gerne mehr von dem Autor lesen, wenn man nur wüßte, wer dieser Heinrich Droege ist. Das wird vom Verlag aber nicht mitgeteilt.

Roderich Feldes dagegen ist durch so manche Prosaveröffentlichung schon besser eingeführt. Auch er schreibt eine Liebesgeschichte, aber eine von heute und in einem Jargon: zärtlich wie eine Betonmischmaschine. Die Örtlichkeiten stecken den Rahmen ab und verweisen zugleich auf Zentrum: Kneipe, Fußballplatz, Disko. Das Zentrum selbst ist eine Ehe auf Probe: Liebe, Vertrauen und Einliegerwohnung, alles zum Ausprobieren. Dann Heirat und Hausbau. Aber Vorhänge wie Gewitterwolken. Der junge Mann hält nicht vom Aufsteigergelb, will raus, dreht durch. Er ist der Erzähler, er beschreibt, wie's gewesen ist, in einer Sprache ohne Seitenblick, immer direkt drauf los: hemdsärmelig, kleinräumig, großkotzig, armselig, trocken, ahnungslos, aber ehrlich. Eine Geschichte wie am Stammtisch - oder aus dem Beichtstuhl.

„Der Rüsselspringer“, so viel läßt sich nach den ersten Nummern sagen, ist eine Büchererei, die die literarische Kurzform pflegt. Man ist, an keine Schule oder Chique gebunden, offen nur für literarische Qualität. Ein Anfang ist gemacht, beherzt und vielversprechend.

WOLFGANG MINATY

Wolfgang Weyrauch: Dreimal geköpft. Unbekannte Gedichte. Mit einem Nachwort von Helmut Heisenbüttel. 90 S., 12 Mark. Gerhard Zwerenz: Schöne Niederlagen. Ein polemisches Fragment. 117 S., 14 Mark. Heinrich Droege: Anton und Marinette. Eine Liebesgeschichte. 40 S., 9 Mark. Roderich Felder: In einem toten Haus. Erzählung. 80 S., 10 Mark.

Guerras Film „Eréndira“ nach García Márquez

Durchs Tal der Tränen

Märchen dürfen maßlos sein. Maßlos in ihrer Traurigkeit, maßlos in ihren glücklichen Fügungen. Gabriel García Márquez, weltberühmt für seine großen Epen aus dem kolumbianischen Tropendorado Macondo, hat 1972 ein schaurig-schönes Märchen geschrieben: „Die unglaubliche und traurige Geschichte von der unschuldigen Eréndira und ihrer herzlosen Großmutter.“

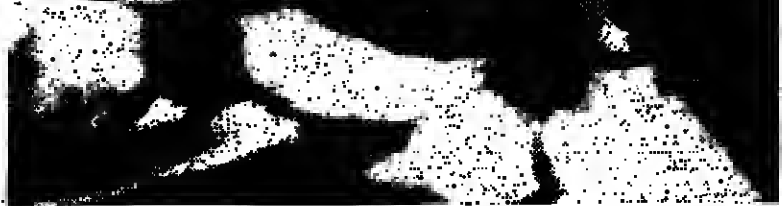
Während diese Großmutter in Erinnerungen an ihre wilden Jahre als Banditenbraut schwelgt, fällt Eréndira bei ihrer Sisyphosarbeit im kitschig überladenen Herrenhaus immer wieder in tiefe Trance. Und eines Abends vergift sie, die Kerze zu löschen. Ein Windstoß, die Gardine streicht die Flamme, und schon ist die Villa in eine rauchende Ruine, Eréndiras Leben in einen Alptraum verwandelt. Denn Großmutter übt Vergeltung. Fortan trägt Eréndira in einem Zeit ihren kindlichen Körper zu Markte, um Peso für Peso die Schuld zu bezahlen. Doch wo die dunklen Mächte derart ungestüm walten, sind auch lichte Gestalten nicht weit. Schließlich entpuppt sich ein sanfter blonder Jüngling als rettender Prinz, tötet die böse Hexe, wird am Ende aber doch um seinen Lohn gebracht.

Märchenfilme müssen behutsam sein. Denn jedes Bild zwingt die Phantasie des Zuschauers in ein Korsett. Trotzdem Raum zu lassen für bunte Hoffnungen und Ahnungen, darin besteht die Kunst des Regisseurs. Roy Guerra („Die Gewehre“, der als Mitbegründer des brasilianischen Cinema Novo einige Verdienste hat, beherrscht sie nicht. Bei Márquez, der das Drehbuch schrieb, zucken über karger Wüstenlandschaft surreale Blitze. Guerra hingegen läßt in fast jeder Szene die Farben um die Wette leuchten und richtet schwülstige Tableaus an.

Der fragilen Claudia Ohana glaubt man die keusche Kindfrau Eréndira, die trockenen Fußes durch das Tal der Tränen wandert. Irene Papas aber, schon in „Alexis Sorbas“ als schwarze Witwe zu sehen, macht sich mit finsterner Maskerade und dämonischem Augenrollen daran, alle grausamen Augen der Weltliteratur in dieser Großmutter zu vereinen. Ein Kraftakt, der die fette Márquez-Heldin zur grotesken Furie macht.

Was dieser Film dennoch hätte sein können, verrät er nur am Rande: Sehr eindringlich, weil wortkarg und nicht unnötig forciert, gerät etwa die kleine Tragödie eines per Fahrrad durch die Wüste reisenden Fotografen. Und die schönste Szene gehört Michael Lonsdale, der als schwitzender Politiker Sanchez seiner eigenen Lügen überdrüssig ist, den nahen Tod spürt und ungelent um Eréndiras Zuneigung wirbt. Dieser Mimese spielt souverän jene Trümper der Vorlage aus, die Roy Guerra meist vergißt: Einfühl-samkeit und messerscharfe Präzision.

HARTMUT WILMES



Das Leben, ein Alptraum: Claudia Ohana als Eréndira in Roy Guerra's Film. FOTO: DW

